

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 38 Pf. (bei den Monatsnummern 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.). Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Entgegengenommen in die Post-Verwaltung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne über deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Berichterstattungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jeder Brief 30 Pf. (jeweils 2 getrennte Briefe), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Gekreuzte Antworten.

In den fünf großen Versammlungen, die am Sonntag in Berlin stattgefunden haben und in den Rufsen, die die demonstrierenden Massen ausbrachten, ist dem Herrn Reichskanzler sehr deutlich gesagt worden, was die arbeitenden Massen nicht nur der Reichshauptstadt, sondern ganz Deutschlands über die agrarische Politik denken, die die Regierung auf die Spitze getrieben hat und über eine Regierung, die so lange als nur irgend möglich die Not ableugnete und untätig blieb, um dann viel zu spät viel zu geringfügige, viel zu wenig wirksame Maßregeln zu ergreifen, zur Bewichtigung der immer stärker anschwellenden Volksbewegung. Aber nicht geringer als die Erbitterung über die materielle Not kam in den Versammlungen die Erbitterung über das politische Stund zum Ausdruck, durch das das deutsche Volk gezwungen wird, um etwas zu kämpfen, was überall sonst die erste und selbstverständliche Maßnahme der Regierung wäre, um die Einberufung des Reichstags.

Unter dessen hatte auch der Herr Reichskanzler wohl endlich erkannt, daß er die Eingabe der stärksten Fraktion des Reichstags nicht ohne Antwort lassen dürfe. Und so ist denn am Sonntagabend ein Schreiben an den Genossen Webel abgegangen. Da aber Webel von Berlin abwesend ist, konnte es nicht bestellt werden und wurde Montag dem Genossen Haase als zweiten Vorsitzenden der Fraktion zugestellt. Die Antwort des Reichskanzlers lautet:

Der Reichskanzler. Berlin, 28. September 1912.

Auf die Eingabe vom 5. d. M. erwidere ich ergebenst, daß die von mir und der königlich preussischen Staatsregierung gegenüber der zurzeit bestehenden Fleischsteuerung ergriffenen Maßnahmen heute durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht worden sind. Von diesen Maßnahmen würde nur der Entwurf eines Gesetzes, betreffend vorübergehende Zollrückstellungen bei der Fleischzufuhr, der Zustimmung des Reichstags bedürfen. Zunächst unterliegt er der Beschlußfassung des Bundesrats.

Ich darf anheimelken, den Herren Mitunterzeichnern der Eingabe hiervon Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll
b. Bethmann Hollweg.

An Herrn A. Webel,
Mitglied des Reichstags,
Hochwohlgeboren.

Nun für so naiv, wie sich Herr von Bethmann in dieser Antwort stellt, halten wir ihn doch nicht. Daß seine Maßnahmen nicht der Einberufung des Reichstages bedürfen, das brauchen wir nicht erst durch ihn zu erfahren. Und deshalb hat auch kein Mensch die Einberufung des Reichstages verlangt. Gerade weil eben die Maßnahmen, die auf dem Beratungsweg allein erlassen werden können, gänzlich ungenügend sind, weil sie selbst dann gänzlich ungenügend bleiben, wenn die Regierung ohne Rücksicht auf das agrarische Diktat alles, was ihr zustünde, verordnet hätte, gerade deshalb ist ja die Gesetzgebung, also das Parlament notwendig.

Herr von Bethmann tut so, als ob der Reichstag nur dem zustimmen dürfte, was die Regierung vorzuschlagen geruht. Und darin erscheint wiederum der ganze Hochmut dieses parlamentfeindlichen Bureaucraten. Wir aber meinen, daß der Reichstag das Recht wie die Pflicht hat, die gänzlich ungenügenden Maßnahmen der Regierung durch wirkungsvolle zu erweitern. Der Reichstag selbst hat den Willen dazu schon im Frühjahr bekundet, als die Not noch lange nicht so groß war. Damals schon hat er in einer Resolution die Aenderung des Fleischbeschaugesetzes gefordert, die die Einfuhr des Gefrierfleisches endlich ermöglichen würde. Jetzt, wo die Not unterdessen so sehr gewachsen ist, bedürfte es einer durchgreifenden Reform der ganzen Wirtschafts- und Steuergesetzgebung, um den Massen ihre Lage einigermaßen erträglich zu gestalten. Vor allem aber müßte der insame Zustand beseitigt werden, der ein Schandmal unserer Gesetzgebung ist, daß die Großgrundbesitzer für die Ausfuhr des Getreides noch Prämien aus der Staatskasse erhalten. Und ebenso müßten sofort die bauernfeindlichen Futtermittelzölle beseitigt werden, damit die bäuerliche Viehzucht gefördert und dadurch dauernd der Fleischnot entgegen gewirkt werden könne. Und völlig unerträglich ist es, daß die Fleischzölle auch weiterhin die ohnehin unerträglichen Preise erhöhen sollen zu einer Zeit, wo selbst diese Agrarier-Regierung die schwere Belastung des Volkes durch die Teuerung ausgehen muß. Deshalb also hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages gefordert, nicht um Herrn v. Bethmann Hollweg zu beschäftigen, daß er in seiner Weisheit schon das Richtige getroffen hat, sondern weil nur der Reichstag wirksame Abhilfe schaffen kann.

Herr v. Bethmann Hollweg sagt in seiner Antwort ja nicht ausdrücklich, daß er den Reichstag nicht doch noch früher einberufen werde. Und wenn er die Kritik würdigen kann, die seine Maßnahmen erfahren haben, so müßte er sich selbst beiläufig, das Verlangen unserer Fraktion zu erfüllen. Denn jetzt bekommt er verdientermaßen seine Prügel von rechts wie von links. Die Agrarier schelten ihn, um ihn noch mehr ein-

zuschüchtern und seinen Widerstand gegen die unumgänglich notwendig weiteren Maßnahmen zu verlängern. Und alle nichtagrarischen Kreise unterziehen seine Maßnahmen der verdienten vernichtenden Kritik. Es läge also im eigenen Interesse des Herrn von Bethmann, dessen Autorität ja bei keiner Partei hervorragend ist, dem Reichstag selbst die Verantwortung zu überlassen und ihm nicht seine Meinung aufzutrotzen zu wollen. Aber das ist schließlich des Herrn Kanzlers Sache. Entscheidend ist, daß die Ueberzeugung immer weitere Kreise ergreift, daß es so nicht weiter gehen kann, daß wir uns die Herrschaft der agrarischen Ausbeutungspolitik einfach nicht weiter gefallen lassen dürfen. Es sind nicht wir, sondern es ist die „Frankfurter Zeitung“, die schreibt: „Es wird keine Ruhe in Preußen-Deutschland geben, bis dieses Verlangen befriedigt ist. Der Kampf dauert fort und er wird immer schärfer werden.“ Und es sind nicht wir, sondern es ist die Stadt Berlin, die konstatiert, daß die Regierung nichts Durchgreifendes tut, sondern das zunächst Wirkame, die Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches, verhindert.

Und an dieser schweren Schädigung des deutschen Volkes trifft diesen Herrn von Bethmann Hollweg, diesen Kanzler der Pfaffen und Junker, direkt persönlich die Schuld. Man weiß, daß der bayerische Minister des Innern, Herr von Soden, nach Rücksprache mit den Berliner Stellen auf die Interpellation unserer Genossen im Landtag eine Antwort erteilt hat, die so unbefriedigend wie sonst war, doch erwarten ließ, daß die Reichsregierung der Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches und der Aufhebung des Fleischbeschaugesetzes keinen Widerstand entgegenzusetzen werde. Damals war Herr von Bethmann Hollweg allerdings fern von Berlin und Herr Dr. Delbrück, der Staatssekretär des Innern, ist immerhin etwas weniger Gefangener der Agrarier als der Herr Reichskanzler. Es war der millionenreiche Großgrundbesitzer, der heute als Vertrauensmann der Junker und als Liebbling Wilhelm II. preussischer Ackerbauminister ist, Herr v. Schorlemer, der sich von Anfang an sehr energisch gegen jeden wirklich wirksamen Abhilfevorschlag des Reichstags gewandt hatte. Als Herr v. Soden sprach, konnte man aber doch noch erwarten, daß wenigstens in der Gefrierfleischfrage diesmal die Agrarier ihren Willen nicht durchsetzen würden. Sobald aber Herr von Bethmann Hollweg in Berlin war, wurde das Ministerium homogen, agrarisch homogen, jede Aenderung des Fleischbeschaugesetzes wurde verworfen und die Einfuhr des Gefrierfleisches damit unmöglich gemacht.

Und so wollen wir denn dem Herrn Reichskanzler auf sein Schreiben antworten: Dringender als je ist heute die Einberufung des Reichstags geworden, seitdem die Regierungsmassnahmen gezeigt haben, daß der oberste Beamte des Reiches weder fähig noch willens ist, Abhilfe für die Not des Volkes zu schaffen. Die Einberufung des Reichstags ist notwendig, damit geschehen kann, was die Regierung versäumt hat. Der Kampf geht weiter.

Berlin zur Regierungsfaktion.

Das städtische Nachrichtenamt des Magistrats Berlin verbreitet folgende Mitteilung:

Angesichts der von der Staatsregierung bekannt gegebenen Maßregeln zur Abmilderung der Fleischnot haben im Schoße des Magistrats alsbald weitere Beratungen stattgefunden. Bekanntlich hatten die Gemeinden Groß-Berlins vor wenigen Tagen in einer Eingabe an den Reichskanzler nachgewiesen, daß der Fleischnot nur durch Zulassung der Einfuhr von außereuropäischen Ländern, insbesondere von gefrorenem argentinischen und australischem Fleisch begegnet werden könne und daß bei Beschränkung der Einfuhrerleichterungen auf europäische Probenienzen sich sehr bald herausstellen würde, wie sich damit eine durchgreifende Wirkung nicht erzielen lasse. Auch bei den heutigen Beratungen wurde an dieser Auffassung festgehalten. Man war insbesondere der Meinung, daß sich auf die freigegebenen Bezugsquellen sofort ein lebhafter Ansturm entwickeln würde, der die Preise notwendig in die Höhe treiben müsse, eben weil die Vorräte zu gering seien. Gleichwohl wurde es selbstverständlich als Pflicht betrachtet, den Versuch zu unternehmen, in welchem Maße die vorgesehenen Erleichterungen für Berlin nutzbar gemacht werden können. Deshalb hat der Magistrat an den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten schon heute den Antrag gestellt, der Stadt Berlin die umgehende Genehmigung zur Einfuhr von lebendem Rindvieh aus den Niederlanden, ferner von frischem Rindfleisch aus dem europäischen Rußland und von frischem Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien zu erteilen. Auch wurde um die Genehmigung nachgesucht, die Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland zuzulassen, da man im Magistrat der Meinung war, daß die Beschränkung dieses Teiles der Einfuhr lediglich auf die größeren Städte des äußersten Ostens nicht beabsichtigt sein könne, weil ja alsdann die Staatsregierung die Erreichung ihres Zieles, zur Abmilderung der Fleischnot beizutragen, noch mehr erschwert werden würde.

Ueber die Erfüllung der von der Staatsregierung vorgeschriebenen Voraussetzungen sind schleunigst Verhandlungen mit Sachverständigen und Interessenten eingeleitet.

Vorsorglich hat der Magistrat, um ein Zusammenwirken der Gemeinden Groß-Berlins offen zu halten, darum nachgesucht, daß die Nachbargemeinden Berlins in die Bewilligung eingeschlossen werden können.

Die größte Gemeinde des Deutschen Reiches beantwortet die Maßnahmen der Regierung mit einer vernichtenden Kritik: durch die Regierungsvorschläge läßt sich eine durchgreifende Abhilfe der Fleischnot nicht erzielen; sie bedeuten vielmehr zu einem Teil geradezu eine Erschwerung der angeblich gewünschten Linderung. Was weiß der Herr Reichskanzler darauf zu erwidern?

Gesamteingabe der deutschen Unterbeamten wegen der Teuerung.

Man schreibt uns:
 Nachdem bereits die unteren Postbeamten auf ihrem soeben abgehaltenen Verbandstage eine bedeutsame Kundgebung zur Frage der Teuerung erlassen haben, wird am Sonntag, den 5. Oktober, in sämtlichen Lokalen der Hofenstraße vom Bunde der Zeitbefolgten in Gemeinschaft mit sämtlichen übrigen Beamtenorganisationen ein zweiter deutscher Beamtenkongress veranstaltet werden, der nach den getroffenen Vorbereitungen zu schließen, alle bisherigen Kundgebungen der Beamenschaft in den Schatten stellen dürfte.

Wie tief die Teuerungssfrage besonders in den Haushalt der gering besoldeten Beamten einschneidet, geht aus einer Eingabe hervor, die soeben die gesamte Unterbeamtenchaft zum erstenmal einheitlich durch den Verband der Unterbeamten des Deutschen Reiches an sämtliche Reichsämter und Ministerien hat überreichen lassen. In dieser Eingabe heißt es:

Unter dieser drückenden Teuerung leiden von allen Volksschichten am empfindlichsten unzweifelhaft die Unterbeamten, weil ihr Einkommen so gering bemessen ist, daß es schon in normalen Zeiten der äußersten Wirtschaftlichkeit bedarf, um mit den vorhandenen Mitteln durchzukommen, in Zeiten solcher Teuerung aber, wie sie jetzt herrscht, und wie sie noch niemals in ähnlicher Schwere hervorgetreten ist, steigert sich die Unzulänglichkeit des Einkommens zu einem Zustande dauernder Not, unter dem das gesamte Familienleben schwer leiden muß. Durch statistische Erhebungen bei der Reichspostverwaltung ist festgestellt worden, daß die Postunterbeamten im Durchschnitt 4,2 Kinder zu ernähren haben, und ähnliche Verhältnisse liegen ohne Frage auch hinsichtlich des Ainderreichtums aller übrigen Kategorien von Unterbeamten vor; jede Preissteigerung für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände macht sich also ganz besonders im Haushalt aller Familien mit zahlreichen Kindern und geringem Einkommen bemerkbar.

Den Bemühungen vieler Unterbeamten, sich einen Nebenverdienst zu verschaffen, stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Abgesehen davon, daß solche regelmäßigen Nebeneinnahmen ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde verboten sind, ist es den meisten Unterbeamten bei einem täglichen Dienst von durchschnittlich zehn Stunden auch gar nicht möglich, ohne Zulassung der Nacht noch darüber hinaus zu arbeiten. . . . Es bleibt als einzige Möglichkeit, das Einkommen zu erhöhen, nur ein Nebenverdienst der Ehefrauen, und vielfach sogar der unmündigen Kinder, wenn die Familie nicht Mangel und Not leiden soll. In diese Notwendigkeit zu willigen, ist für einen Familienvater, der nach langjähriger Dienstzeit mit noch nicht einmal 100 M. Anfangsgehalt monatlich angestellt wird, ein bitterer Entschluß. Am schlimmsten ist unzweifelhaft die Lage der gegen Tagegeld beschäftigten Diätare im Unterbeamtentum, die verheiratet sind, aber auch das gesamte übrige Unterbeamtentum befindet sich in einer wirtschaftlichen Krise. Die Gehaltsaufbesserung hat uns keine Erhöhung der Lebenshaltung ermöglicht, sondern wir sind auf der sozialen Stufenleiter immer weiter herabgeglitten. Zum Schluß wird dann um sofortige Auszahlung einer Teuerungszulage gebeten.

Was tun nun die Behörden auf diese Eingabe hin?

Für die Sache selbst haben sie gar kein Interesse. Statt daß schleunigst Mittel zu dem erbetenen Zweck bereitgestellt werden, hat man ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet, um die Vertrauensmänner dieses Verbandes bei den verschiedenen Behörden zu ermitteln.

So ist's recht! Besser kann man gar nicht die Unterbeamten vorzüglich in die Reihen der Sozialdemokratie drängen.

Baden folgt Preußen.

Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ teilt die Maßnahmen mit, welche die preussische Staatsregierung zur Linderung der bestehenden Fleischteuerung im Einverständnis mit der Reichsleitung beschlossen hat und bemerkt: Die badische Regierung wird sich dem Vorgehen Preußens in allen Teilen anschließen. Sie hat beschlossen, die Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland, soweit eine solche in Betracht kommt, für die Städte Mannheim, Karlsruhe und Freiburg, auf welche allein die Voraussetzungen zutreffen, zuzulassen, dem dem Bundesrat zugehenden Entwurf eines Gesetzes über vorübergehende Zollrückstellungen bei der Fleischzufuhr zuzustimmen und die gleichen Eisenbahntariffmaßnahmen wie Preußen durchzuführen. Außerdem wurde die Steuerbehörde seitens des Finanzministeriums ermächtigt, für die Dauer der Fleischteuerung die Uebergangssteuer zu ermäßigen. Allgemein ist übrigens die Einfuhr von frischem Fleisch aus der Schweiz zugelassen, auch wenn es von in der Schweiz geschlachteten argentinischem Rindvieh herrührt.

Preßstimmen.

Die Vorschläge der Regierung zur Binderung der Teuerung finden scharfe Angriffe von links und rechts. Selbst die Mittelpartei äußert Zweifel, ob die Maßnahmen ausreichend sein werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemängelt, daß das Entschieden für die gegenwärtige Not und für eine dauernde Hilfe fehlt. Es fehlt überhaupt der Entschluß, der feste Wille, der wirklich durchgreifend helfen will. Ein wohlbedachtes „System“ war uns angefangen, aber dieses System ist gescheitert an der heiligen Scheu vor jeder Anlastung unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“.

Die überwiegende Mehrheit des Volkes aber hat jetzt diesen Willen, der der Regierung fehlt. Wir wollen uns nicht mehr mit vorübergehenden Hilfsmaßnahmen begnügen — wir wollen, daß ernsthaft und dauernd Vorsehung auch gegen die Wiederkehr der heutigen Zustände getroffen wird.

Und je weniger Entschlußkraft die Regierung gezeigt hat, desto lauter wird der Ruf nach dem Reichstage ertönen, der dem Willen des Volkes Geltung verschaffen soll.

Nur in einem bescheidenen Lebenssahe mag die Regierung in ihren Erklärungen auch von der diesmaligen exorbitanten Fleischteuerung als von einer „vorübergehenden Erscheinung“ zu reden — im übrigen aber ist das, was sie sagt, und noch mehr das, was sie tut endlich zu tun sich entschlossen hat, das entscheidende Eingeständnis einer schweren Schuld der verantwortlichen Männer und eines völligen Bankrotts des alten Systems, das von Jahr zu Jahr und von einer Teuerungswelle zur anderen jede Hilfe zu verweigern sich angewandt hatte. Die Regierung gibt jetzt zu, daß die Preissteigerung des Fleisches unentzählbar geworden ist, daß sie sich zu einer Bedrohung für ganz weite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung ausgewachsen hat. Und sie gesteht damit ein, daß es einfach ein Verbrechen gewesen ist, wenn sie im vorigen Jahre, obwohl der Reichstag ihr schon damals eine Mehrheit für einergreifende Abwehrmaßnahmen darbot, jedes Vorbeugungsmittel zurückwies. Was wir jetzt erleben, ist die Konsequenz der vorjährigen Unthat. In ihren heutigen Erklärungen aber legt die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg das Bekenntnis ab, daß sie schuldig ist.

Die Regierung aber möge nicht glauben, daß sie sich mit ihren jetzigen Maßnahmen Absolution erkaufen könne. Jahr für Jahr hat sie mit der Fabel von der „vorübergehenden Erscheinung“ und mit der Fabel von der „Landwirtschaftsfeindlichkeit“ aller Hilfsmittel das Volk über den Ernst der Lage hinwegzutäuschen gesucht. Und Jahr für Jahr ist die Teuerung schlimmer geworden. Jetzt kommt sie mit zaghaften Halbheiten, die nur das Allergeringste heilen können. Und über das viel Wichtigere, was an ihren Vorschlägen fehlt, will sie mit neuen Fabeln vertuschen.

Kein, wir werden uns nicht mehr mit momentanen Maßnahmen begnügen — wir verlangen durchgreifende Maßnahmen, die dauernd helfen. Und wir begnügen uns auch nicht länger mit dem mehr oder minder aufgeschälten Absolutismus des Herrn Reichskanzlers, der im Jahre 1911 alles verweigert und im Jahre 1912 uns freundlich einige Broden hinwirft — wir verlangen, daß in Deutschland konstitutionell regiert werde, so wie die überwältigende Mehrheit des Volkes regiert werden will.

Das deutsche Volk verlangt eine wirkliche Bauernpolitik statt der bisherigen Großgrundbesitzerpolitik. Es verlangt eine wirkliche Volkspolitik statt der bisherigen Politik zugunsten einer kleinen Schicht großer Besitzender. Es verlangt eine wirkliche demokratische Politik statt der bisherigen Leitung durch eine Bürokratie, die durch ihre Taten wahrhaftig nicht bewiesen hat, daß sie zu solcher Leitung berufen sei.

Es wird keine Ruhe in Preußen-Deutschland geben, bis dieses Verlangen befriedigt ist. Der Kampf dauert fort und er wird immer schärfer werden.

Unter dem Titel „Kleine Mittel — Große statt Brot“ schreibt die „Berliner Volkszeitung“ zu den Vorschlägen.

„Das ist alles. Palliativmitteln, wie wir vorausgesetzt haben: „Steine statt Brot; Rittelchen, mit denen Herr v. Bethmann Hollweg den unbedarften Schreier, die so unbedarfen sind, ihr Stück Fleisch im Topf haben zu wollen, den Mund zu stopfen hofft. Von den Mitteln, die allein in stande wären, der Not zu steuern, nämlich Oeffnung der Grenzen für lebendes Schlachtvieh — selbstverständlich unter strenger tierärztlicher Kontrolle —, Herabsetzung der Viehscholle und Einfuhr überseeischer Gefrierfleisch im Großen, von diesen wirklichen Mitteln ist nicht die Rede.“

„Ein Tropfen auf den heißen Stein“ nennt die „Berliner Morgenpost“ die Regierungspolitik.

Die Berge haben gefressen und ein lächerliches Mäuslein geboren. . . Die Verbindung der Regierungsmassnahmen erschreckt durch ihre Unzulänglichkeit beinahe noch mehr als diese selbst. Sie besteht in einer einfachen Wiederholung aller der Redensarten, mit denen die agrarische Presse und mit der Ministerreden das deutsche Volk seit Jahren bis zum Ueberdruß gefüttert haben. . .

So sind ja nun wohl die Grenzen geöffnet. Aber wie? Ein Köchlein ist hier und da in die hohe Grenzmauer gestochen, aber vorförmlich nur da, wo auch dann nichts hereinläme, wenn sie ganz niedergefallen würde. Das deutsche Volk ist in seiner berechtigten Hoffnung, daß man ihm endlich in seiner Not zu Hilfe kommen würde, schmachvoll getäuscht worden. Der Mund der Landwirte ist auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Die hungernden Massen zahlen die Kriegskosten in dem Kampf zwischen Sonderinteressen eines Standes und dem Gemeinwohl nach wie vor.“

Hilfsmitteln — keine Hilfe urteilt die „Berliner Allgemeine Zeitung“.

„Es bleibt also alles beim alten, und das um so mehr, als selbst die sogenannten Erleichterungen mit unzulänglichem Wenn und Aber beschränkt sind. Die ganze Regierungspolitik ist ein Bluff und der Versuch, das Odium, das den Staat wegen der Fleischteuerung trifft, auf die Kommunen abzumägen.“

Als halbe Maßregeln sieht der „Berliner Börsen-Courier“ die Erklärung an:

„Sie läßt aber den Hintergedanken offenbar werden, daß man, wenn nun diese Konzessionen nicht ausreichen, die Schuld bei den Stadtverwaltungen suchen soll. Dem wird von vornherein entgegengehalten sein, daß die Halbheit der Regierungsmassregeln die Hauptschuld tragen wird, wenn diese Konzessionen nicht zu wirklicher Abhilfe der Fleischteuerung führen.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Die Kraft, mit vielen Worten wenig zu sagen, ist hier mit vollendeter Virtuosität gelöst. . . Große Quantitäten an Fleisch könnten nur durch die Einfuhr gefrorener Rinder auf den Markt geworfen werden. Das Verlangen der Groß-Berliner Gemeinden um Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes hat jedoch keine Erhöhung bei der Regierung gefunden, gleichwohl schiebt man den Gemeinden die Durchführung der Hilfsaktion in der Hauptsache zu.“

„Die von der preussischen Regierung in Aussicht gestellten Maßnahmen gegen die Fleischteuerung werden schwerlich dazu ausreichen, den Fleischpreis in nennenswertem Maße ermäßigen zu helfen. Dazu sind sie viel zu dürftig und zaghaft.“

Die „Börsliche Zeitung“ fordert:

„Die Regierung sucht mit Ausführungen, die weniger überzeugend als wortreich sind, Trost in dem Glauben, daß die Gründe für die heutige Teuerung nur vorübergehende sind: das Auftreten der Maul- und Klauenseuche und die schlechte Futterernte des vergangenen Jahres. Sie glaubt deshalb auch mit vorübergehenden Maßnahmen auskommen zu können in der Hoffnung, daß unsere heimische Viehzucht erheblich vergrößert wird. Was die Regierung empfiehlt, ist gut gemeint, aber unzureichend. Eine wirkliche Besserung wird nur herbeigeführt werden können durch eine Bänderung unserer Wirtschaftspolitik. Denn diese läuft geradezu hinaus auf eine Politik der Verteuerung: einer dauernden, nicht allein einer vorübergehenden.“

Die „Kölnische Zeitung“ verteidigt in einem Berliner Telegramm die Anordnungen der Regierung und resümiert dahin:

„Im übrigen aber betrachten wir das gesamte Vorgehen der Regierung als die Anerkennung des Notstandes und als ein Zugeständnis, daß die jetzt in die Höhe geschlehten Preise eine solche Belastung der Lebenshaltung des Volkes bedeuten, daß man ihnen mit staatlichen Mitteln entgegenwirken muß. Wir erblicken darin einen Fortschritt, der weiter auszubauen ist, wenn die bisherigen Maßregeln sich nicht als ausreichend herausstellen sollten.“

Die „Kölnische Zeitung“ wünscht vor allem Ruhe vor dem Volksturm gegen unser Volkstum:

„Hoffen wir, daß die getroffenen Maßnahmen Erfolg haben, denn das würde nicht bloß den allgemein zu wünschenden wirtschaftlichen Vorteil haben, daß eins der notwendigsten Lebensmittel billiger wird, sondern auch den politischen Erfolg, daß der Sturm, der gegen jene Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik gelaufen wird, sich wieder abwärts wendet, indem gezeigt wird, daß die Verteuerung sich nicht allein oder hauptsächlich aus jenen Quellen herzschiebt.“

Darauf hofft das Blatt vergebens; ohne Beseitigung der Hochschulzulage gibt es keine Binderung der Teuerung, keine Verhinderung der Volksmassen.

Weniger hoffnungsfreudig ist die „Tägliche Rundschau“:

„An die Dauer der Hilfe vermögen wir vorerst nicht zu glauben; aber wir geben zu, daß an Maßregeln, die die Landwirtschaft und besonders die kleine Landwirtschaft auf das schwerste erschüttern können, nur dann heranzutreten werden darf, wenn es die äußerste Not gebietet.“

Die „Germania“ preist — in fast wörtlicher Uebereinstimmung mit der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ — die Regierungsmassnahmen als Politik der mittleren Linie, die von rechts und links in gleich harter Weise belämpft werden wird. Sie bemängelt nur, daß die Regierung nicht schon einige Wochen früher sich schlüssig gemacht hat und „anerkennt, daß die Regierung nunmehr nach langen Ermägungen endlich zu einer Tat übergegangen ist.“

Die „Kreuzzeitung“

„kann nicht verhehlen, daß sie diesen Maßnahmen mit ernstem Bedenken gegenübersteht, obgleich auch sie der Meinung ist, daß etwas Durchgreifendes gegen die Fleischteuerung getan werden muß. Sie sieht in der Zukunft „minderwertigen (1) ausländischen Fleisches“ auf jeden Fall eine Bevorgugung der ausländischen Viehzucht vor der inländischen“ und hegt die ernstesten Bedenken gegen die Herabsetzung der Viehscholle:

„Bei einer so grundsätzlichen Frage, wie es die Abbrödelung unseres Volkstums auch nur auf die Zeit ist, können wir jedenfalls nicht anerkennen, daß die auf dem Boden der Wirtschaftspolitik stehenden Parteien irgendwie Unschuld haben könnten, sich durch die Rücksichtnahme auf diese vom Bundesrat geschaffene Zwangslage beeinflussen zu lassen.“

Wir sind überzeugt, daß auch der Reichskanzler persönlich die bisherige Wirtschaftspolitik in keinem Punkte preisgeben will.“

In noch schärferer Tonart geht die „Deutsche Tageszeitung“ vor:

„Diese Mitteilungen übertreffen leider sogar noch in vollem Umfang die Befürchtungen, die man nach den bisherigen Andeutungen über die Absichten der Regierung hegen konnte. Wir wollen und müssen mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß wir gegen alle Maßnahmen, mit teilweiser Ausnahme der Tarifermäßigungen, die schwersten und schärfsten Bedenken haben. In der Hauptsache stehen sie auch durchaus im Widerspruch mit den früheren Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Wir verstehen nicht, wie die Regierung jetzt glaubt, solche „Erleichterungen“ der Fleischteuerung verantworten zu können, obwohl sie bisher doch einen straffen Grenzschutz für sachlich notwendig gehalten hat; sie begibt sich auf eine schiefe Ebene, wenn sie hierbei aus Rücksichten, die nicht in der Sache selbst liegen, sich zu Konzessionen herbeiläßt, die ein gefährliches Präzedens darstellen! Noch bedenkllicher fast muß aber die geplante Herabsetzung des Zolles erscheinen, wobei die Bedenken noch durch den Versuch verstärkt werden, den Reichstag in einer Weise festzulegen, die auch vom verfassungsmäßigen Standpunkte kaum zu billigen sein dürfte! Wenn die Regierungserklärung folgt zu einer „weitergehenden Erschütterung unseres seuchenpolizeilichen Schutzes“ könne man sich nicht entschließen, so meinen wir, daß auch nicht die kleinste Erschütterung dieses Schutzes anständig erscheinen sollte; und wie behauptet werden kann, die Herabsetzung des Fleischzolles bedeute keine Durchlöcherung unseres Zolltarifs, ist vollends unverständlich! Wir gehen scharfen Kämpfen entgegen, daran ist nicht zu zweifeln. Das Vertrauen der Landwirtschaft zu der Regierung wird einer schweren Erschütterungsprobe unterworfen. Nach dem was wir in den letzten Tagen gehört hatten, mußten wir Bedenkliches erwarten; so Schlimmes haben wir nicht erwartet.“

An Verstellung, Demagogie und Dreistigkeit ist das Wandlerblatt auch hier wieder unüberbrosen.

Dem „Reichsboten“ ist die Regierung ebenfalls zu nachgiebig:

„Die ganze Aktion trägt so sehr den Stempel des unsicheren Taktens, daß sie auf der einen Seite wohl schwere Beunruhigung erwecken, auf der anderen aber ebenso stark entsäufen wird. . . Die Regierung sollte ihre Stellung auch mit aller Entschiedenheit wahren, nicht aber mit kleinen Zugeständnissen einen Sturm beschwören wollen, dem sie trohen müßte, wollte sie in Wahrheit eine Führerin des Volkes sein. Denn mit dieser „Politik der Rittelchen“ nützt sie schwerlich, wohl aber untergräbt sie das Vertrauen zu sich selbst und die Achtung vor der Autorität. Herr v. Bethmann hat sicher die besten Absichten; daß er aber eine glückliche Hand hätte, vermögen wir ihm nicht nachzusagen.“

Wahlen in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Am heutigen Dienstag finden in Wien mannigfache Wahlen statt, an denen allen unsere Partei hervorragend beteiligt ist. In drei Bezirken und für drei Körperschaften wird in Wien gewählt werden und überall steht die Sozialdemokratie im heftigsten Kampf mit den Christlichsozialen.

Eine große politische Bedeutung eignet der Stichwahl auf der Landstraße an, wo das Ringen um das Mandat des auf so tragische Weise verstorbenen und von den Klerikalen so infam verleumdeten Genossen Franz Silberer geht. Es ist eines von den Mandaten, die die Sozialdemokratie bei den denkwürdigen Wahlen des vorigen Jahres erstritten hat und das sie aus eigener Kraft nicht zu halten vermag. Tatsächlich hat auch der erste Wahltag (am vorigen Dienstag) die Notwendigkeit einer Stichwahl ergeben. Die Entscheidung in der Stichwahl hängt nun von den Deutschnationalen ab, und es wird für die politische Entwicklung in Wien ohne Zweifel von Bedeutung sein, wie sich die Deutschnationalen, die bisher wenigstens in Wien, auch eine freiheitliche Partei sein wollten, entscheiden werden. Bei den vorjährigen Wahlen war, wie man weiß, die Stimmung der gesamten Wählerschaft, der sozialdemokratischen wie der bürgerlich-freiheitlichen, einmütig auf die Niederringung der Christlichsozialen gerichtet, und diese Niederringung ist damals auch glänzend gelungen. Bismarck anders war es bei den Gemeindevahlen im April d. J., und wenn die Christlichsozialen vor der drohenden Niederlage bewahrt blieben und ihre Macht in der Gemeinde beinahe unerschütterlich behaupten konnten, danken sie dies nicht zum wenigsten der Bankelmütigkeit der Bürgerlichen, die den Mut zum folgerichtigen Handeln damals betrüblich vermissen ließen. Wie immer nun die Stichwahl ausfallen wird, so steht doch

schon heute fest, daß die Sozialdemokratie in diesem Bezirke und wohl in ganz Wien die im vorigen Jahre erreichte Stellung mit aller Sicherheit festhält, ja über jenen ungewöhnlichen Erfolg hinausreichende Fortschritte macht. Sie hat bei der Hauptwahl ihre vorjährige Stimmzahl nicht bloß behauptet, sondern noch gesteigert, was um so mehr ins Gewicht fällt, als die Separatisten, ihr antiproletarisches Tun vom April fortsetzend, einen eigenen Kandidaten aufgestellt und damit natürlich, wengleich in bescheidenem Maße, dem sozialdemokratischen Kandidaten Stimmen entzogen haben. Wie gründlich sich die Verhältnisse in dem letzten Jahrfünft gewandelt haben, zeigt der Vergleich der Wahlziffern vor fünf Jahren mit den diesmaligen. Im Jahre 1907 erhielt in dem Bezirke der Sozialdemokrat 5127, der Christlichsoziale 7384 Stimmen. Im Jahre 1912 erhielt der Sozialdemokrat 6718, der Christlichsoziale 6072 Stimmen. Es haben also die Christlichsozialen in diesen fünf Jahren 1262 Stimmen verloren, die Sozialdemokraten 1591 Stimmen gewonnen. Vor fünf Jahren hatten die Christlichsozialen 2207 Stimmen mehr als wir, jetzt haben sie 646 Stimmen weniger als wir. Das Verhältnis ist also inzwischen für die Christlichsozialen um 2853 Stimmen schlechter geworden. Längst ist die Sozialdemokratie die größte Partei in Wien! Was die separatistische Kandidatur betrifft, über die wohl noch zu sprechen sein wird, bedeutet sie für die Separatisten eine schmachliche Niederlage und ist dadurch ein Ehrentag der Wiener tschechischen Arbeiterschaft geworden: es hat nämlich der Separatist ganze 543 Stimmen bekommen. Da ihm aber die Tschechischnationalen — es war schon wieder eine gemeinsame Kandidatur der Separatisten und Nationalen — 326 Stimmen zuebracht haben, ist der ganze separatistische Beststand bei 18 000 Wählern, unter denen es nicht wenige tschechische Arbeiter geben wird, ganze 217 Stimmen! Es beweist das, daß die überwiegenden Massen der Wiener tschechischen Arbeiterschaft der Internationale und damit überhaupt der Sozialdemokratie treu geblieben sind, was ihnen nur zur Ehre gereicht und von der gesamten internationalen Sozialdemokratie nun mit höchster Genugtung begrüßt werden kann.

Dann findet am Dienstag noch eine Wahl zum Gemeinderat und die Wahl des dritten Wahlkörpers einer Bezirksvertretung statt. Die christlichsoziale Gemeinderatsmehrheit hat nämlich in Fünshaus die Wahl des Genossen Forstner (es war im April der erste sozialdemokratische Wahlsieg in diesem Bezirk für den Gemeinderat) annulliert, und die Ottakringer Bezirksvertretung, deren dritten Wahlkörper wir im April erobert hatten gewaltfam aufgelöst. Bei beiden Wahlen handelt es sich also darum, ob wir in stande sein werden, den im April erlangenen Fortschritt in dem nun sehr heiß entbrannten Wahlkampf festzuhalten und damit für alle Zeiten unversierbar zu machen. Eine Nachwahl für den Reichsrat wird am Montag auch in einem männlichen Wahlkreis entschieden (im Wahlbezirk Reuttischen); aber hier kann ein Fortschritt leider nicht bemerkt werden. Die eigentümliche Schwereigkeit, der die deutsche Sozialdemokratie in den Sudetenländern begegnet, daß ihr nämlich ein zentraler Mittelpunkt, eine proletarische Hauptstadt, in allen drei Ländern fehlt, zeigt bei allen Wahlen ihre schweren Nachteile.

Einen prächtigen Wahlsieg hat die Sozialdemokratie in Graz zu verzeichnen. Dort ist infolge der sozialdemokratischen Obstruktion gegen eine antisoziale Steuerverhöhung der Gemeinderat aufgelöst worden, und im Wahlkampf haben sich nun die Freiheitlichen mit den Christlichsozialen — ein Block der Schwarzrotgoldenen mit den Schwarzen — zu einem regelrechten Kompromiß verbündet, um die Sozialdemokraten, die im aufgelösten Gemeinderat 10 Mandate des dritten Wahlkörpers inne hatten, aus dem Gemeinderat ganz hinauszuwählen. Aber es kam gründlich anders: die Sozialdemokraten eroberten den ganzen dritten Wahlkörper, alle 16 Mandate. Und nicht bloß das. Während sie sonst in den früheren Jahren, bei schwacher Wahlbeteiligung, mit durchschnittlich 2000 Stimmen gesiegt hatten, erhielten sie diesmal bis 2700 Stimmen! Das ist nicht bloß der bewährten Energie der Grazer Genossen zu danken, sondern bezeugt auch die tiefe Abneigung, die in weiten Kreisen des Bürgertums gegen die Bestrebungen gewisser Kocher zu Kompromissen mit den Klerikalen herrscht. Im Zeichen der Eucharistie wird sich die Politik in Oesterreich nicht entwickeln, und für eine Neuaufgabe des Ferdinandischen Regierens, das Oesterreich wieder einmal katholisch machen möchte, ist die Zeit auch in Oesterreich vorbei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September 1912.

Mandatsniederlegung des Reichstagspräsidenten?

Wie die „Saalezeitung“ erfahren haben will, gedenkt der Reichstagspräsident Dr. Kaempf demnächst sein Mandat als Abgeordneter des ersten Berliner Reichstagswahlkreises niederzulegen, jedoch wieder zu kandidieren.

Diese Meldung ist nicht unwahrscheinlich, und offenbar haben die Fortschrittler bereits ihre Maßnahmen für die Nachwahl getroffen. Daß das Mandat des Herrn Kaempf vom Reichstag kassiert wird, darf als ziemlich sicher gelten. Den Fortschrittler muß nun aber daran gelegen sein, daß die Neuwahl noch nach den alten Wählerlisten stattfindet; das ist aber nur möglich, wenn die Wahl vor dem 12. Januar 1913 vorgenommen werden kann. Dies zu erreichen, besteht nun aber gar keine andere Möglichkeit, als daß Herr Dr. Kaempf sein Mandat niederlegt. In diesem Falle dürfte der Wahltermin bereits einige Wochen später angelegt werden und die Wahl kann entschieden sein, bis der Reichstag wieder zusammentritt. Auffallend war es jedenfalls, daß Dr. Kaempf vorige Woche in einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei erschien, in welcher der Abgeordnete Dr. Wiemer über die Fleischteuerung gesprochen hatte, und daß er dort das Wort ergriff, um nachträglich zu betonen, daß er es für seine Pflicht halte, bei der gegenwärtigen Lage aus der Reserve herauszutreten, die er sich als Reichstagspräsident bisher habe auferlegen müssen. Der ganze Coup war keineswegs ungeheuer angelegt, und gerade die Tatsache läßt vermuten, daß die Meldung der „Saalezeitung“ den Tatsachen entspricht. Allerdings werden sich die Fortschrittler nicht darüber täuschen, daß ihnen ein überaus schwerer Kampf bevorsteht, denn auch unsere Parteigenossen sind nicht müßig gewesen und werden alle Kräfte daran setzen, um das letzte Reichstagsmandat zu erobern, über das die bürgerlichen Parteien in der Reichshauptstadt noch verfügen.

Das bayerische Ministerium und die Fleischnot.

Bayern ist zurzeit in einer sehr glücklichen Lage. Es hat die geschicktesten Minister in ganz Deutschland; besonders sind die Herren v. Seidler und v. Soden Genies ersten Ranges. Diese seine Gemialität hat Herr v. Soden erst heute wieder durch eine Rede in der Zentralversammlung des bayerischen landwirtschaftlichen

Vereins in München bewiesen. Wie selbstverständlich ist, redete der Minister Speidel über die Fleischsteuerung und die zu ihrer Linderung vorgeschlagenen Einfuhrerleichterungen. Mit der Genauigkeit eines Grammophons wiederholte Frhr. v. Soden die von den bayerischen ländlichen Zentrumsblättern gegen die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch erhobenen Einwände, um sich dann hinterher doch für die in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlichten Erleichterungsmassnahmen der Reichsregierung zu erklären. Nach telegraphischer Meldung sagte er:

Es sei durchaus notwendig, in bezug auf die hohen Fleischpreise und den relativen Fleischmangel, der jetzt vorwiegend noch ein Jahr herrschen werde, im Interesse der Konsumenten Abhilfe zu schaffen. Der Minister kam dann auf die Ausführungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am Sonnabend über Massnahmen zur Erleichterung der Vieh- und Fleisch-einfuhr zu sprechen und bemerkte, einige der darin angeführten Punkte würden auch in Bayern sofort durchgeführt werden. Das entscheidendste unter den neuen Vorschlägen sei wohl der Verkauf einer zeitweiligen Herabsetzung der Fleischpreise. Das sei auf den ersten Blick hin eine Maßregel, welche in den Kreisen der Landwirte nicht allseitig begrüßt werden würde. Er teile diese Ansicht, wenn nicht besondere Verhältnisse damit verbunden sein würden. Seine Kreise der Landwirtschaft würden die Ansicht vertreten, daß das Prinzip des Zollschutzes aufrechterhalten werden müsse. Denn ihm verdanke man die Existenz der deutschen Landwirtschaft, und ohne den Schutz würde sie sich nicht auf dem Stande befinden, auf dem sie jetzt trotz aller Schwierigkeiten sei. Der Zollschutz müsse der Landwirtschaft erhalten bleiben, und er dürfe auch nicht geschwächt werden vor dem Abschluss neuer Handelsverträge, die sehr viel schwerer durchzuführen wären, wenn in der Zwischenzeit eine Einschränkung des Zollschutzes vorgenommen würde. (Zustimmung.) Ich freue mich auch, fuhr der Minister fort, konstatieren zu können, daß diese Ansicht auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zum Ausdruck gekommen ist. Denn dort ist in den Notizen direkt zum Ausdruck gebracht, daß an dem bewährten Zollschutzsystem nicht gerüttelt werden dürfe. (Bravo.) Wenn nun, fuhr der Minister fort, für eine kurze Zeit unter sehr weitgehenden Kontrollmassnahmen und unter Heranziehung der Kommunen — ein Gedanke, den ich begrüße — eine zeitweilige Herabsetzung des Fleischpreises geplant ist, so muß ich sagen, daß das ein Vorschlag ist, der sicher mindestens der näheren Prüfung bedarf, dem näherzutreten notwendig ist, aber unter der Voraussetzung, daß das Prinzip des Zollschutzes unbeeinträchtigt bleibt. Weicht das aber, und das ist zweifellos die Anschauung der Reichsregierung, dann meine ich, daß hierin ein Widerspruch sich findet, der wohl geeignet sein kann, dem Fleischmangel abzuhelfen. Ich darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß nicht anzunehmen ist, daß über eine limitierte Zeit hinaus die Fleischpreise sinken werden.

Frhr. v. Soden empfahl dann nach bekanntem Rezept den Landwirten, ihren Viehbestand möglichst zu vermehren, damit sie den gesteigerten Anforderungen zu genügen vermöchten — und erklärte darauf zum Schluß:

„Ich bin der Ansicht, daß es der Ueberlegung bedarf, ob nicht ohne Schädigung der Landwirtschaft durch Abänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes vielleicht auch noch dem derzeitigen temporären Mangel abgeholfen werden kann, außer dem, was jetzt vorgeschlagen ist. Ich halte es für meine Pflicht, diese Frage neuerlich zu prüfen, um gegebenenfalls im Bundesrat dieser Ansicht Ausdruck zu geben. Daß damit eine Schädigung für die deutsche Landwirtschaft nicht verbunden sein muß, der Meinung kann ich Ausdruck geben. Denn eine Erleichterung der Fleischbeschau gegenüber dem Auslande unter den aufrechterhaltenden Klauseln wird nicht die Folge haben, daß die Fleischbeschau Bestimmungen einer Abänderung unterliegen.“

Also trotz aller Bedenken geht schließlich selbst der bayerische Minister noch einige Schritte weiter als Herr v. Bethmann Hollweg.

Großgrundbesitz und Beschränkung der Viehzucht.

Die bekannte Tatsache, daß der Großgrundbesitz die Viehzucht zugunsten des Getreide- und Zuckerrübenbaues vernachlässigt, macht sich selbst in Baden bemerkbar, wo im allgemeinen der Klein- und Mittelbesitz dominiert. Der badische Grundherr Frhr. v. Gemmingen hatte sein Gut in Michelsfeld in Unterbaden früher an die Familie Junz verpachtet, die es jahrzehntelang bewirtschaftete und u. a. auch einen Viehbestand von hundert Stück und darüber hielt. Vor einigen Jahren verpachtete Frhr. v. Gemmingen aber dieses Gut an die Zuckerfabrik Weghäußer — natürlich gegen einen höheren Betrag — und seitdem ist es mit der Viehzucht völlig vorbei. Nur noch einige Ochsen und mehrere Pferde werden zur Verrichtung der notwendigsten Arbeit gehalten, der Bestand an Äschen und Schweinen ist total verschunden. Die Zuckerfabrik Weghäußer baut Zuckerrüben und Getreide, und die Weide, die sie für Grundbesitz zählt, hat auch andere große Pächter zur Nachahmung des „guten Beispiels“ von Michelsfeld veranlaßt; die Fabrik ist heute Eigentümerin von 10—15 großen Gütern, wodurch der badische Viehbestand um jährlich 1000—1500 Stück vermindert ist. Erklärlich, wenn auch Baden, wie Preußen und Sachsen, einen starken Viehrückgang konstatieren muß. 1907 zählte man in Baden einen Rindviehbestand von 675 146 Stück, trotz Vermehrung der Einwohnerzahl 1910 aber nur noch 682 201 Stück, also ein Rückgang um 6 Prozent. Die hohen Getreidepreise verteuern eben dem Volke gleichzeitig Brot und Fleisch.

Kraquel im Bund der Landwirte.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte bemüht sich, die Rudolstädter Wälder zu beruhigen, die mit ihrem Abfall bedroht haben, weil die händlerischen Landtagsabgeordneten Krüken und Krieger wegen ihres Verhaltens bei der Präsidentenwahl aus dem Bunde ausgeschlossen worden sind. In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Rudolstädter Landesorganisation hatten die Vertreter des Bundesvorstandes nur ein einziges Mitglied auf ihrer Seite, alle anderen traten für die Ausgeschlossenen ein. Der stellvertretende Vorstand legte ebenfalls sein Amt nieder.

Der Kampf gegen die Arbeitervereine.

Die Strafkammer in Kiel hat die „Freie Zuerkerkraft an der Kieler Förde“ für einen politischen Verein erklärt und den Vorsitzenden des Vereins zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, weil er auf Aufforderung des Polizeipräsidenten Sitzungen und Versammlungen der Vorstandsmitglieder nicht eingeleitet hat. Die Strafkammer stellt sich damit in Gegensatz zum Schöffengericht, das den Vorsitzenden freigesprochen und die politische Tendenz des Vereins verneint hat. Als Beweismaterial hatte man die alten Ladenbücher beigebracht, nämlich, daß die Mitglieder die Anrede „Genosse“ gebrauchten, im Gewerkschaftshause ihre Versammlungen abhalten, führende Parteigenossen bei den Veranstaltungen Anreden gehalten haben und die Mehrzahl der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören. Das Urteil der Strafkammer sagt, es kommt nicht auf die politische Betätigung des Vereins an, sondern darauf, festzustellen, ob das Vereinsleben und die Vereinsaktivität darauf gerichtet ist, die Auffassung der Leiter und der Mehrheit des Vereins in politischer Hinsicht zur Geltung zu bringen. Das geht aus dem Beweismaterial hervor. Die Leiter und die Mehrheit der Mitglieder des Vereins seien auch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Südwestafrikanisches.

Wie aus Südwestafrika amtlich gemeldet wird, ist am 27. September auf einem Patrouillenritt am Ausbruch des Hantob der Reiter Müller von der neunten Kompanie der kaiserl. Schuttruppe erschossen worden. Der Gefreite Strauch wird seit demselben Tage vermißt. Anscheinend handelt es sich um einen Zusammenstoß mit Eingeborenen. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Die Lage auf dem Balkan.

Die Spannung und Unsicherheit der Lage auf dem Balkan kommt zum Ausdruck in einem Wust unkontrollierbarer und widersprechender Meldungen aus den Balkanstaaten. Die Gerüchte über Mobilisierungsmassnahmen in Bulgarien, Serbien usw. scheinen den Tatsachen zu entsprechen. Jetzt steht, daß die Türkei die an der serbisch-bulgarischen Grenze angelegten Manöver, die in der gegebenen Situation natürlich einen stark demonstrativen Charakter haben, nicht abgesetzt hat, und daß dadurch die Kriegsstimmung in den kleinen Balkanstaaten in Erregung gehalten wird. Als ein Zeichen der Zeit ist auch die Tatsache zu beurteilen, daß Rußland für seine in russisch-boln stehenden Truppen eine Probemobilisierung verfügt hat.

Mobilisierung in Bulgarien und Serbien.

Sofia, 30. September. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Infolge der in den letzten zwei Tagen eingetroffenen alarmierenden Nachrichten über die Konzentrierung beträchtlicher türkischer Streitkräfte in der Umgebung von Adrianopel und an der bulgarischen Grenze hat sich die bulgarische Regierung, um jeder Eventualität zu begegnen, genötigt gesehen, heute die Mobilisierung zu proklamieren.

Belgrad, 30. September. (Meldung des Wiener L. I. Telegr.-Korr.-Bureaus.) König Peter hat die allgemeine Mobilisierung der serbischen Armee angeordnet. Die Schupatima wurde für den 4. Oktober einberufen.

Belgrad, 30. September. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die heute nachmittag angeordnete allgemeine Mobilisierung des serbischen Heeres wird amtlich mit der teilweisen Mobilisierung der türkischen Truppen im Vilajet Rosowo und an der serbischen Grenze begründet, durch die das Territorium Serbiens bedroht erscheine. Feindselige Absichten der Türkei gegen Serbien gingen auch aus der alle Mächte der Korrektheit verweigerten Verhängung der türkischen Regierung hervor, durch die serbisches Kriegsmaterial, zu dessen Durchfuhr die türkische Regierung die Erlaubnis bereits erteilt hatte, im Auftrage der türkischen Regierung in feindseliger Absicht und ohne jede Veranlassung von serbischer Seite angehalten worden sei.

Die Stimmung in London.

London, 30. September. Wie das Reutersche Bureau meldet, beschäftigt die Lage auf dem Balkan die diplomatischen Kreise in London in erster Linie. Der allgemeine Eindruck ist, daß, obwohl die Situation für ernst erachtet wird, noch Hoffnung auf Erhaltung des Friedens vorhanden ist, insbesondere auch mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit und darauf, daß die Mächte sich bemühen werden, den Balkanstaaten Mäßigung anzurufen.

Die zufriedenen Albaner.

Saloniki, 30. September. (Meldung des Wiener L. I. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Mächte haben den Behörden erklärt, sie hätten nach Prüfung der den Nordalbanern von der Regierung gemachten Zugeständnisse gefunden, daß sie ihren Erwartungen nicht entsprächen. Alle Stämme, einschließlich der Wirtiditen und Arnauten von Ipek und Djakova, seien übereingekommen, weitergehende Zugeständnisse von der Regierung zu fordern. Die Mächte sollten das über des Ratifizierung befehlen und wollen nur einer bestimmten Anzahl von Offizieren erlauben, sich nach Stutari zu begeben, um Unterhandlungen zu führen. Diese Offiziere müßten vorher die Waffen ablegen.

Bombenattentate in Saloniki.

Saloniki, 30. September. Infolge von unkontrollierbaren Gerüchten über weitere bevorstehende Attentate auf öffentliche Gebäude Salonikis hat die Polizei einen strengeren Bewachungsdienst eingerichtet. Trotzdem wurde um 9 Uhr abends auf der sehr belebten Sabir-Bascha-Straße unweit des Freiheitsplatzes ein Bombenanschlag verübt, wobei der Dolmetscher des deutschen Konsulates Corasso durch Splitter leicht verwundet wurde. Die Behörden vermuten, daß das Attentat auf dem Freiheitsplatz selbst, wo abends Hunderte von Personen vor den Galtshäusern sitzen, geplant gewesen sei. In der Nacht wurden zwei weitere Bombenanschläge verübt. Eine Bombe platzte an der Ecke des Neubaus der Konfektionsfirma Tiring gegenüber dem Stadtbureau der Gasgesellschaft, richtete aber nur geringen Schaden an. Eine zweite Bombe platzte zwischen zwei türkischen Amtsgebäuden im Viertel Koppun und beschädigte das Haus eines Gemeindeführers. An der Rückseite der Demetrius-Kirche entdeckten Passanten eine in einem Korbe verborgene Gasmaschine, welche rechtzeitig entfernt wurde. Die Bevölkerung ist sehr erregt.

England.

Gewerkschaften und Lebensversicherung.

London, 27. September. (Fig. Ver.) Der englische Allgemeine Gewerkschaftsbund (General Federation of Labour, Trade Unions) beschäftigt, im Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung ein System der Lebensversicherung einzuführen. Das Projekt hat folgende Vorgeschichte. In dem Entwurf des englischen Versicherungsgesetzes waren ursprünglich die großen Versicherungsgesellschaften als Träger der Sozialversicherung ausgeschlossen. Aber schließlich sah sich die Regierung genötigt, dem Druck dieser ungeheuer reichen „collecting societies“, wie sie gemeinhin genannt werden, nachzugeben und sie ähnlich wie die Gewerkschaften als Träger der Versicherung zuzulassen. Wie umfassend der Einfluß dieser Lebensversicherungsgesellschaften ist, erhebt am besten daraus, daß selbst führende Gewerkschaftsbeamte und Mitglieder der parlamentarischen Arbeiterpartei in den Aufsichtsräten der Gesellschaften sitzen. Nach der Annahme des Gesetzes sollten die Gesellschaften alle Hebel in Bewegung, um ihren Konkurrenten — und namentlich den schwerfälligen englischen Gewerkschaften — zuzukommen. Mit Hilfe ihres Heeres von Agenten gelang es den reichen kapitalistischen Korporationen, die große Masse der Nichtversicherer (das heißt der Leute, die bisher zu keiner freien Pflanzkasse gehörten) für ihre auf un-demokratischer Basis gegründeten Klassen einzufangen. Auch in das unmittelbar den Gewerkschaften gehörende Gebiet drangen sie ein und nahmen den Gewerkschaften die Rekruten und selbst Mitglieder weg. Die Masse der Gewerkschaften verhielt sich diesem Treiben gegenüber fast untätig. Das man von der Nachlässigkeit und Interesselosigkeit der Leitung einiger Verbände in der Versicherungsfrage hört, ist kaum glaublich. Dagegen muß man jedoch auch andere Organisationen — wie den Gewerkschaftsbund, die Handlungsgehilfen, die schottischen Bergarbeiter —

erwähnen, die mit klarem Blick die Gelegenheit zur Vermehrung und Befestigung ihrer Macht erkannten. So teilt uns der Organisator der Handlungsgehilfen mit, daß seine Organisation durch systematische Propaganda ihre Mitgliedschaft von 22 000 auf 75 000 (!) gebracht hat, indem sie die versicherungspflichtigen Handlungsgehilfen bewegte, der Kasse der Gewerkschaft und der Gewerkschaft beizutreten. Erst auf dem Gewerkschaftskongress zu Newport sah man allgemein ein, wie sehr man sich durch seine Nachlässigkeit geschädigt hatte. Man erkannte dann auch allgemein die große Gefahr, die den Gewerkschaften von den Lebensversicherungsgesellschaften droht. Diese schicken ihre Agenten in jedes Arbeiterheim, versichern das Leben der Kinder und wissen so ganz genau, wann jemand das versicherungspflichtige Alter erreicht hat. Sie sind so in stände, den natürlichen gewerkschaftlichen Nachwuchs für sich zu nehmen. Denn ist ein junger Mensch erst einmal in einer ihrer Krankenkassen versichert, so wird er schwerlich der Gewerkschaftskasse beitreten, da er zum Uebertritt der Erlaubnis der ersten Kasse bedarf. Die Gewerkschaften sahen schließlich ein, daß ihnen nichts anderes übrig blieb, als die Versicherungsgesellschaften zu bekämpfen. Als ein Mittel in diesem Kampfe ist die geplante Lebensversicherung des Gewerkschaftsbundes aufzufassen. Der Bund beabsichtigt, den Krieg in das Lager des Feindes zu tragen. Das Projekt ist schon ziemlich weit gediehen und sobald die aktuarischen Berechnungen abgeschlossen sind, soll ein Anfang gemacht werden. Es soll allen Gewerkschaften vorgelegt werden, die anerkannte Krankenkassen gegründet haben. Man beabsichtigt nicht, Gewinne zu erzielen und vorläufig soll als höchste Versicherungssumme 10 Pfd. Sterl. festgelegt werden. Der Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß die finanzielle Stabilität des Unternehmens gesichert werden kann, wenn während der ersten sechs Monate kein Sterbegeld gezahlt wird.

Rußland.

Agew will vor ein Revolutionsgericht.

Paris, 29. September. (Fig. Ver.) Das von Burzew herausgegebene Wochenblatt „L'Avant“ veröffentlicht einen Brief Agew's an Burzew über die Bedingungen, unter denen er sich einem Parteigericht unterwerfen will. Das Tribunal soll 1. aus Agew's alten Kameraden, die ihn persönlich gekannt haben, zusammengesetzt sein. Agew wünscht die Zulassung seiner Frau als Zuhörerin, ohne daraus aber eine absolute Bedingung zu machen. 2. akzeptiert Agew von vornherein das Urteil, möge es auch auf Tod lauten. Agew nimmt es auf sich, das Todesurteil innerhalb 24 Stunden selbst an sich zu vollstrecken. Während dieser Frist, die er zum Abschied von seinen Kindern und zur Abfassung seiner Abschiedsbriefe benötigen will, sollen ihn die Revolutionäre im Gewahrsam halten. 3. fordert Agew die Anzeige des Prozesses und seiner Bedingungen in der sozialrevolutionären Parteipresse und in einem großen französischen Blatt, wie dem „Matin“, und einem großen deutschen Blatt. 4. soll über die Gerichtsverhandlungen ein Protokoll geführt und im Fall des Todesurteils sofort veröffentlicht werden. 5. setzt Agew als Endfrist für die Festlegung des Prozesses den 3. Dezember d. J. fest. Ist diese bis dahin nicht öffentlich kundgemacht, hält er sich an seine Vorschläge nicht mehr gebunden.

Man wird die nach Sensationsroman schmeckenden Erklärungen des edlen Agew mit einiger Vorsicht aufnehmen müssen. Ganz zweifellos scheint in der ganzen Sache nur eines — die Klippe für den „Matin“.

China.

Hohenzollernprinz und Revolutionär.

Tsingtau, 29. September. Dr. Sunhatsen, der gestern hier angekommen ist, ist von den Chinesen begeistert empfangen worden. Prinz Heinrich von Preußen und der Gouverneur haben ihn inoffiziell empfangen.

Hien.

Die japanische Gewaltherrschaft in Korea.

Seoul, 28. September. In dem Prozeß gegen 123 Koreaner, die der Verschwörung gegen das Leben des Grafen Terachi angeklagt waren, ist heute das Urteil gefällt worden. Baron Inahito und fünf andere Führer des Komplotts wurden zu zehn Jahren Gefängnis, 18 andere Koreaner zu sieben Jahren, 40 zu sechs Jahren, 42 zu fünf Jahren verurteilt. Die übrigen 17 wurden freigesprochen.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

Ein tragisches Geschick hat unseren Genossen Hans Rollwagen, Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“, Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer und des Gemeindefolkiums in Augsburg plöblich aus unseren Reihen gerissen. Genosse Rollwagen stürzte bei einer Partie in den Adiger Bergen ab und war sofort tot. Mit dem Dahingegangenen verliert unsere Partei einen unermüdlichen und opferfreudigen Genossen, sein Tod bedeutet speziell für die Augsburger Parteibewegung einen schweren Verlust. — Genosse Rollwagen wurde am 21. April 1868 zu Schleusingen in Thüringen geboren, gehörte seit 1905 der bayerischen Abgeordnetenkammer und seit 1908 dem Gemeindefolkium der Stadt Augsburg an. Er erzeute sich überall großer Beliebtheit. Die Parteigenossen in Augsburg werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Ueber den Unfall wird uns noch gemeldet: Genosse Rollwagen begab sich am Sonnabend nachmittag über die Rufauer Alpe in die Untermairhütte und stieg von dort auf den Scharifrofen; dieser ist 1063 Meter hoch. Rechts 1 Uhr wurde er in einem Steinfels, etwa 400 Meter unterhalb des Scharifrofens, als verströmte Leiche aufgefunden. — Rollwagen war ein hervorragender tüchtiger Alpinist. Es ist anzunehmen, daß der Unglücksfall auf ein Unwohlsein zurückzuführen ist, über das er sich bereits vor dem Aufstieg beklagt hat. Ein Sohn Rollwagens ist vor einigen Wochen auf die gleiche Weise ein Opfer der Berge geworden.

Berichtigung.

Der Parteitagbericht über die Sitzung vom 20. September läßt den Genossen Stadthagen sagen: „Die Linke hatte einschließlich des Vorstandes zu Beginn der Session gerade zwei Mitglieder mehr als die Rechte, jetzt steht es aber etwas besser.“ Tatsächlich hat aber Genosse Stadthagen ausgeführt: „Die Linke hatte ausschließlich des Vorstandes in der vorigen Session nur 2 Mitglieder mehr als die Rechte. In dieser Session steht es etwas besser: Die Linke zählt einige 60, die Rechte einige 30 Mitglieder.“ Die schlechte Akustik des Sitzungssaales erklärt den Hörsfehler unseres Berichterstatters.

Parteiliteratur.

Hört mal zu! Unter diesem Titel ist bei W. Pfannkuch u. Co. in Magdeburg eine 64 Seiten starke und gut ausgestattete Agitationsbroschüre erschienen. Der Preis für das Einzelgenus beträgt im Buchhandel 25 Pf., während er sich bei Partiebezug direkt von der Verlagshandlung durch die Organisationen auf nur 15 Pf. stellt. —

Gewerkschaftliches.

Gelbe Erpressertaktik.

Eine in Dresden bestehende gelbe Vereinigung hat an eine Anzahl Arbeiter der „Joa“, Fabrik photographischer Artikel, ein Schreiben geschickt, das auf eine glatte Erpressung hinausläuft. Die Vereinigung hat in der Fabrik Unterschriften für eine Versammlung gesammelt. Die meisten der Arbeiter, die unterschrieben hatten, waren aber zu der Versammlung nicht erschienen. Sie erhielten deshalb ein Schreiben zugesandt, das sich seinem Inhalt nach als ein unverhülltes Erpressersreiben charakterisiert. Es wird darin nämlich ausgeführt:

„Wir nehmen an, daß Sie die geleistete Unterschrift mit Ueberlegung gegeben haben und nicht etwa in der Absicht, daß Sie sich durch die Unterschrift ein gutes Ansehen bei der Direktion der „Joa“ sichern wollen. Wenn etwa letzteres der Fall sein sollte, so können wir Ihnen nur erklären, daß Sie sich in einem großen Irrtum befinden, denn nicht die gegebene Unterschrift ist hier maßgebend, sondern Ihr ganzes Verhalten.“

Da Sie bis jetzt allen an Sie ergangenen Einladungen keine Folge geleistet haben, so sind Sie auch bis dato als eine der Vereinigung feindlich gegenüberstehende Person angesehen und dementsprechend mit aller Vorsicht behandelt worden. Um aber vollständig im Klaren darüber zu sein, zu welcher Partei wir Sie zu zählen haben, und der Direktion die gewünschte genaue Aufstellung der ihr treugehörigen Personen zu geben, fordern wir Sie hiermit auf, entweder zu dem am 20. September 1912, abends 1/2 6 Uhr, im Restaurant „Neugrüner Kasino“, Dresden-A., Altenberger Straße 1, stattfindenden dritten Mitgliederversammlung persönlich zu erscheinen und sich als Mitglied aufnehmen zu lassen, oder uns bis spätestens den 20. September 1912, abends 1/2 6 Uhr, schriftlichen Bescheid zukommen zu lassen, wie Sie sich zur ganzen Angelegenheit stellen wollen.“

Erscheinen Sie nicht zur bestimmten Zeit im angegebenen Lokale oder geben keine schriftliche Erklärung ab, so nehmen wir an, daß Sie von unserer Vereinigung nicht wissen wollen und werden der Direktion diesen Bescheid geben.

Schriftlicher Bescheid ist an den 1. Vorsitzenden, Herrn Oskar Badot, per Adresse „Neugrüner Kasino“, Altenberger Straße 1, zu richten.

Hochachtungsvoll!

Dresden, am 16. 9. 12.

Der Gesamtvorstand. J. A.: Otto Grünberg.“

Der Arbeiterausschuß der obengenannten Firma wurde nach dem Erscheinen dieses Schreibens bei der Direktion vorstellig. Die Direktion erklärte, daß sie weder von dem Schreiben Kenntnis, noch verlangt hätte, die Namen der Gelben mitgeteilt zu bekommen.

Die Regierung sammelt Material zur Begründung einer neuen Juchthausvorlage. Wir wollen ihr dieses Erpressungsschreiben beisteuern, denn es ergibt sich daraus mit aller Deutlichkeit, daß die Gesetzgebung, wenn sie schon einmal in Bewegung gesetzt werden soll, ihre Spitze gegen die Annahmung der Hinzubrüder richten muß. Der in dem Schreiben angekündigte Terrorismus ist so groß, daß dagegen all die Unzulänglichkeiten, die bei großen wirtschaftlichen Kämpfen vorkommen sein mögen, federleicht wiegen. Würden Klassenbewußte Arbeiter in so unerhört erbärmlicher Weise verfahren, wir zweifeln nicht daran, daß sie der Staatsanwalt sofort in liebevolle Behandlung nehmen würde.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Böttcher! Die Differenz in der Malzdiereiberei Groterjahr sind durch Verhandlung zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt.

Verband der Böttcher, Filiale Berlin.

Bewegung in der Emailierbranche.

In der Emailierbranche ist eine Vereinbarung getroffen worden, deren wesentlichsten Punkte die Verkürzung bzw. einheitliche Regelung der Arbeitszeit und die Aufbesserung der Löhne betrifft.

Die Arbeitszeit soll 9 Stunden pro Tag, Sonabends 8 Stunden umfassen. Wäher wurde zum Teil 9 1/2 und auch noch 10 1/2 Stunden gearbeitet. Die Arbeitszeit für die in Schicht arbeitenden Kollegen, welche beständig an Oefen beschäftigt sind, soll 8 Stunden betragen. Wäher bestand für die Schichten ebenfalls eine regellose Arbeitszeit. Feste Einstellungslöhne bestanden nicht, auch Sonabends wurde in einzelnen Betrieben noch nicht eine Stunde früher geschlossen. Im großen und ganzen bestand eben eine tarifliche Grundlage für die Branche nicht. Nachdem nun eine starkbesuchte Versammlung beschlossen hatte, die ausgearbeiteten Forderungen den Unternehmern vorzulegen, handelte die Verbandsleitung dem gemäß. Ein Teil der Arbeitgeber lehnte indes die Forderungen kurzweg ab, während ein weiterer Teil erklärte, dieselbe ihrer Organisation vorzulegen. Die Arbeitgeber gehören nämlich zum Teil dem Schupverbande der Emailierer an.

Am Tage nach der genannten Versammlung erhielt die Verbandsleitung den Bescheid, daß eine Versammlung der Unternehmer beschlossen habe, eine Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter anzubahnen.

Diese Verhandlung hat nun am letzten Sonnabend stattgefunden. Das Resultat ist wie folgt: es soll eine pergetegte Arbeitszeit von 9 Stunden eintreten, für den Sonabend 8 Stunden. Ueberstunden, die bis jetzt ungleich entlohnt wurden, sollen jetzt während der ersten 3 Stunden mit einem Zuschlag von 10 Pf., die weiteren Stunden mit 20 Pf. vergütet werden. Für Sonntagsaufträge gibt es 25 Prozent Zuschlag.

Betreffs der Einstellungslöhne für Brenner soll in Zukunft die ersten 14 Tage die freie Vereinbarung maßgebend sein. Nach dieser Zeit werden 60 Pf. und nach einem weiteren halben Jahre 65 Pf. gezahlt. Helfer über 18 Jahre erhalten 40 Pf., Aufträger 53 Pf., nach einem Vierteljahr 55 Pf. und nach einem weiteren Vierteljahr 57 Pf., Aufträgerinnen 30 Pf. Wo bessere Bedingungen sind, sollen dieselben bleiben.

Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes empfahl in einer am Sonntag einberufenen Versammlung, diese Zugeständnisse anzunehmen, da damit auch endlich eine feste Basis in die Arbeitsverhältnisse dieser Branche käme.

In der Diskussion wurde bemängelt, daß die Weizer und Ausbeuler bei dieser Lohnregelung nicht berücksichtigt seien. Die Kommission erhielt den Auftrag, in dieser Hinsicht noch bei den Arbeitgebern einzuwirken. Damit waren die Bedingungen im großen und ganzen angenommen. Die Vereinbarung soll für 2 Jahre gelten.

Deutsches Reich.

In der **Presch- und Maschinenfabrik** in Brühl bei Köln am Rhein haben die Arbeiter vor längerer Zeit Forderungen eingereicht. Die Firma hat nun, anstatt die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, einen Lohnabzug angekündigt. Das beantworteten die Arbeiter mit der Kündigung. Die von der Hauptverwaltung des Glasarbeiterverbandes vermittelte friedliche Einigung scheiterte, so daß beim Erscheinen dieser Notiz die Arbeiter bereits im Streik stehen werden. Die Glasarbeiter werden daher ersucht, den Streik zu meiden.

Maßregelung von Bankbeamten.

Drei Beamte der „Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt zu Leipzig“ wurden von der Direktion wegen ihrer Zugehörigkeit zum „Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten“ gemahregelt. Der Vorstand der Organisation legte sich mit der Bankleitung in Verbindung. Es wurde erreicht, daß die Delegierten der Gewerkschaft eine Unterredung mit der Bankdirektion hatten. Direktor Keller erklärte jedoch in der einständigen Konferenz, daß eine Zurücknahme der Kündigung unmöglich sei. Man habe ein Exemplar statuieren wollen und zu diesem Zwecke die drei jungen Beamten herausgegriffen. Die Kündigung der Beamten erfolgte deswegen auch ohne vorherige Verwarnung. Eine im Krustpalast zu Leipzig tagende, vom „Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten“ einberufene Versammlung protestierte gegen diesen Gewaltakt.

Die Wurstfabrikanten als Gegner des Koalitionsrechts.

Die Herren Wurstfabrikanten verstehen es sehr gut, durch organisatorischen Zusammenschluß ihre Interessen gemeinsam wahrzunehmen. Erst unlängst haben die norddeutschen Wurstfabrikanten in ihrem Verein beschlossen, die Preise für Dauermurst um 30 Pf. pro Pfund zu erhöhen. Eifrig wird kontrolliert, ob auch jedes Mitglied diesem Beschluß Rechnung trägt. Wehe dem, der dagegen verstößt. Den Beschäftigten verbietet sie aber, sich zu organisieren; alles wird angewandt, um sie vor der „Verhebung“ zurückzuhalten. Dabei sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen recht miserabel; selbst der Kost- und Logiszwang ist in größeren Wurstfabriken noch vorherrschend, und damit ist jede Möglichkeit gegeben zur Ausbeutung der Beschäftigten.

Für den Zentralverband der Fleischer ist es daher sehr schwer, diese Leute zu organisieren bzw. sie über ihre Verurteilung aufzuklären. Nicht nur, daß die Wurstfabrikanten die Agitatoren auf ihren Grundstücken bedrohen, sie stellen sich sogar vor die Versammlungslokale und passen auf, wer in die Versammlungslokale geht, damit sie diese Freizeital mit Entlassung und Strafverfolgung durch die schwarze Liste fähnen können.

Der Wurstfabrikant **Siems** in Apen (Oldenburg) hat Arbeiterhundschaft und namentlich Konsumvereine nicht er sehr gern als Abnehmer seiner Fabrikate. Seinen Gesellen verbietet er aber sich zu organisieren. Er sahnte vor dem Versammlungslokale selbst Posto in Begleitung seiner beiden Söhne und des Buchhalters. Die Gesellen gingen in ein anderes Lokal, der Gauleiter des Fleischerverbandes ebenfalls. Hinterher Herr Siems nebst Gefolge. Sofort gab es Freibier, und Herr Siems bestellte wohl fünf bis sechs Kunden und dabei toastete er auf das gute Einbernehmen, beschimpfte den Gauleiter als Heber und Aufwiegler und sprach von sozialdemokratischer Verheerungstheorie. Einige bekannte „Arbeitsmilitäre“ vom Eisenberger Streik, die Herr Siems jetzt beschäftigt, sind seine Lieblings-, um so mehr noch, als diese drohten, türlich gegen den Gauleiter vorzugehen. Herr Siems scheint nicht zu wissen, daß die Arbeiterschaft ein Interesse hat, daß auch den Verfertignern des Apener Wurstfleisch „Corned Beef“ das Koalitionsrecht gewährt wird und daß sie bald menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten.

Ein Kampf um den Achtstundentag.

Die Hiesigen Bremens haben Sonnabend morgen die Arbeit niedergelegt. Ihre Forderung besteht in der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Die Konjunktur ist für die Streikenden eine sehr günstige. Da es sich um die wichtigste Forderung der Arbeiter handelt, so erwarten die Streikenden von der organisierten Arbeiterschaft — insbesondere von den Maurern und Terrazzoarbeitern — die weitgehendste Solidarität.

Der Streik in der **Bremer Schokoladenfabrik** ist mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Arbeiterinnen, die noch Stundenlöhne von 18—20 Pf. erhielten, bekommen von dieser Woche ab einen Anfangslohn von 20 Pf. pro Stunde. Der Anfangslohn für ungelernete Arbeiter steigt auf 40 Pf. Es kommen etwa 40—50 Personen in Frage, die durch diese Lohnerhöhung eine Zulage von 2—4 Pf. pro Stunde erhalten. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde. Weitere Zulagen sollen in den nächsten Tagen mit dem Arbeiterausschuß besprochen werden. Es war das erstmal, daß die bremischer Zuckerwarenarbeiter und -arbeiterinnen zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschlossen in den Kampf zogen. Der Erfolg hat gezeigt, daß sie jetzt auf dem rechten Wege sind.

Streik in der Schokoladen- und Zuckertwarenfabrik von Moser-Roth in Stuttgart.

Seit vergangener Montag stehen 240 Personen, darunter 218 Arbeiterinnen, der Firma Moser-Roth in Ausstand. Verhandlungen lehnte die Firma ab, und einer dritten Person, die eine Vermittlung in die Wege leiten wollte, wurde der Bescheid gegeben, die Firma schließe mit Gewerkschaften prinzipiell keinen Tarifvertrag ab. Die Empörung über die schlechten Lohnverhältnisse kam spontan zum Ausdruck. Sobald die Beschäftigten um einen höheren Lohn boten, wurden sie unter Beschimpfungen abgewiesen. Die Arbeiterinnen haben in diesem Betriebe schwere Arbeiten zu leisten, die anderwärts nur von Männern verrichtet werden. Dafür ist die Entlohnung noch sehr niedrig. Nach den am letzten Sonntag abgegebenen Lohnzetteln verdienen die Arbeiter einen Durchschnittslohn von 20 70 M. und die Arbeiterinnen 13,08 Mark bei anstrengender Akkorarbeit während der Saison. In normalen Zeiten sind Arbeiterinnen mit 7—8 M. Wochenverdienst abgepeist worden.

Moser-Roth liefert seine Waren überwiegend an die Kleinkrämer nach allen Gegenden Deutschlands. Zum größten Teil sind also die Arbeiter Konsumenten der Waren von der bestreikten Firma. Die Schulpunkte, die jeden Tag als Beschützer der Arbeitswilligen in Funktion treten, verhindern die Streikposten von der Ausübung ihres Streikrechts abzuhalten. Natürlich ohne Erfolg. Der Betrieb wird mit etwa 70 Personen, meistens Konditoren, weitergeführt. Sonst ist es der Firma bis jetzt noch nicht gelungen, Streikbrecher zu erhalten.

Die **Münchener Brauereiarbeiter** beschlossen in vollständig besuchter Versammlung den am 31. Dezember ablaufenden Tarif am 1. Oktober zu kündigen und mit neuen zeitgemäßen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Die Preissteigerung der Lebensmittel besonders auch die Steigerung der Wohnungsmieten in München, haben den Arbeitern weit mehr genommen, als sie bei der letzten Tarifbewegung an Verbesserungen erzielten, dabei existieren für Hunderte von Arbeitern noch in jeder Beziehung unzulängliche Löhne. Ein bayerisches speziell Münchener „Referat“ ist noch die lang ausgebehtete und ungeheure Sonntagsarbeit. Besonders auch hiergegen soll mit aller Energie vorgegangen werden, um eine Sonntagsruhe zu erreichen, die im übrigen Deutschland in den Brauereien allgemein üblich ist. Als weitere wichtige Forderung wurde in der Versammlung bezeichnet die Verkürzung der Arbeitszeit, bei durchgehendem Betriebe die Achtstundenschicht und bessere Entschädigung der Nacharbeit. Die Versammlung beauftragte die Verbandsleitung mit einer aus allen Sparten der Betriebe zusammengesetzten Tarifkommission die Tarifvorlage auszuarbeiten und einer weiteren Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. Für die Lohnbewegung kommen über 4000 Personen in Betracht.

Christliche Bauarbeiter für die Kündigung des Tarifs.

Am Donnerstag fanden in Köln a. Rh. auf Veranlassung des Zentralverbandes acht Versammlungen christlicher Bauarbeiter statt. Ein Vertreter erklärte, daß mit Rücksicht auf die ganze Lebenshaltung der Tarif am 15. November zum 15. Februar gekündigt werden müsse. In allen Versammlungen wurde beschlossen, die Zentralorganisation mit Vorarbeiten zu einer Tarifrenewierung zu beauftragen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ausland.

Der Eisenbahnerstreik in Katalonien

nimmt einen immer größeren Umfang an. Es verkehren absolut keine Züge mehr und die Fremden sind daher genötigt, in Wagen weiter zu reisen. Die Regierung hat die Flotte im Hafen von Barcelona zusammengezogen, damit im Notfalle Marinemannschaften zum Schutze gegen Ausschreitungen gelandet werden können. Infolge der Störung des Eisenbahnverkehrs macht sich bereits ein großer Mangel an Lebensmitteln fühlbar.

Letzte Nachrichten.

Die Mobilisierung Bulgariens und Serbiens.

Sofia, 30. Sept. (Meld. des Wiener f. l. teleg. Korr.-Bureaus.) Die Mobilisierung wurde um 5 Uhr nachmittags offiziell bekanntgegeben. Die Nachricht wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Als bald durchzog eine zahlreiche Menge die Straßen, die Manifestanten trugen die Mobilisierungsbanner und brachten ununterbrochen Hurraufe aus. Beim Vorbeiziehen an der italienischen Gesandtschaft kam es zu Ovationen für Italien. In der Stadt herrscht reges Leben.

Sofia, 30. September. (P.-G.) Ueber ganz Bulgarien wurde der Belagerungszustand proklamiert. Vorläufig wurden nur die Provinztruppen mobilisiert, morgen soll mit der Mobilisierung der hauptstädtischen Truppen begonnen werden. Die Sobranje wurde auf den 5. Oktober einberufen. Gerüchweise verlautet, daß montenegrinische Truppen seit gestern mit den türkischen Truppen im Gefecht stehen.

Wien, 30. September. (P.-G.) Die Nachricht von der Mobilisierung Bulgariens und Serbiens traf in Wien gerade während der Sitzung des Oeresauschusses der österreichischen Delegation ein und rief große Sensation hervor. Graf Verchold, der der Sitzung nicht beizwohnte, wurde herbeigerufen, um authentische Informationen zu geben. Auf Anfrage des Delegierten Grafen Rabur erklärte jodann der Minister des Aeußern, daß zwischen der Mobilisierung und dem Beginn des Krieges noch ein großer Unterschied sei. Die Diplomatie der Großmächte werde nun alles aufbieten, um kriegerische Operationen und Zusammenstöße zu verhindern. In Delegationenkreisen herrscht jedoch eine ungemein pessimistische Stimmung und man ist der Ansicht, daß es kaum gelingen wird, den Krieg zwischen der Türkei und den Balkanstaaten zu verhindern. In Wiener offiziellen Kreisen traf gleichfalls die Nachricht von einem seit gestern im Gange befindlichen Gefecht zwischen T u r k e n und Montenegro ein.

Die Lage in Bulgarien.

Budapest, 30. September. (P.-G.) Der Korrespondent des „Pester Lloyd“ meldet seinem Blatte aus Sofia: Die Regierung ist seit 24 Stunden bestrebt, Bulgarien von der Außenwelt zu isolieren. Dem Korrespondenten wurden alle Depeschen über die Ereignisse des gestrigen Tages zurückgehalten. Es wird berichtet, daß die vier Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland gleichzeitig mobilisiert und im gleichen Sinne gehaltene Ultimaten wegen der Einführung der autonomen Verwaltung in den Provinzen der europäischen Türkei an die Pforte gerichtet haben. Da die Pforte sich wohl kaum fügen dürfte und die Mächte nicht imstande sind, einen Druck auszuüben, so gilt der Krieg als unvermeidlich. In Budapest herrscht heute verhältnismäßige Ruhe. Alle Welt scheint sich mit dem Gedanken eines Krieges abgefunden zu haben. Der telephonische Verkehr zwischen Sofia und Budapest ist seit heute mittag unterbrochen.

Rußland mobilisiert „zur Probe“.

Petersburg, 30. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach einem kaiserlichen Ukas, der unter dem 8. September gegengezeichnet und heute veröffentlicht worden ist, sind zum Zwecke einer Probemobilisierung die Reservisten in folgenden Kreisen zu den Fahnen einberufen worden: Warschau; Nowel (Gouvernement Grodno); Wollowol (Warschau); Nowel (Gouvernement Wolhynien); Wollowol, Bjełostok, Wjelsk und Sołzka (Gouvernement Grodno); Welsun (Gouvernement Kalisz); Kolno, Lomsha, Masowez, Kalow, Ostrow, Ostrolenka und Szuczyn (Gouvernement Lomsha); Roslaw; Lohz, Noworadomsk und Piotrkow (Gouvernement Piotrkow); Braunsch (Gouvernement Plogz); Konek, Opolschno und Radom (Gouvernement Radom).

Oesterreich in Erwartung des Krieges.

Wien, 30. September. (P.-G.) Die österreichisch-ungarische Kriegsverwaltung hat bereits alle Maßnahmen getroffen, um event. mit der Mobilisierung der Armee vorzugehen. Vorläufig wird der dritte Jahrgang, der jetzt hätte entlassen werden müssen, in den gasigischen Garnisonen zurückgehalten. In militärischen Kreisen wird erklärt, daß die in Bosnien und der Herzogovina sowie in den österreichischen Garnisonen gelegenen Truppen vollauf genügen, um jeder Eventualität gewachsen zu sein. Es wird darauf hingewiesen, daß Oesterreich-Ungarn für den Fall, daß serbische Truppen oder überhaupt Truppen eines Balkanstaates die Grenze des Sandschaks überschreiten würden, in die Notwendigkeit verfezt würde, auch österreichische Truppen dorthin zu senden.

Reichsratswahl in Mähren.

Brünn, 30. September. (B. T. B.) Heute wird im neunten deutschen Reichsratswahlbezirk Mährens die Stichwahl vorgenommen. Gewählt wurde Dr. Bodirsky (Deutschradikal) gegen Kiehnert (Sozialdemokrat).

Ein neuer Bürgermeister für Wien.

Wien, 30. September. (P.-G.) Der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ zufolge sollen im Laufe des Monats Oktober grundstürzende Veränderungen in der Leitung der Kommunalangelegenheiten sich vollziehen. Diesen Gerüchten zufolge soll Bürgermeister Dr. Neumahr von seinem Posten scheiden und an seine Stelle der Oberprokurator Steiner treten. Vielfach wird Oberprokurator Steiner ersehen, während der frühere Handelsminister Dr. Weiskirchner dessen Amt übernehmen wird.

Spaltung unter den englischen Bergarbeitern.

London, 30. September. (P.-G.) In der englischen Grubenarbeiterschaft ist eine folgenschwere Spaltung eingetreten. Die südwalisischen Kohlenarbeiter in Stärke von 80 000 Mann haben beschlossen, sich von der großen englischen Kohlenarbeitergewerkschaft loszulösen und eine eigene Gewerkschaft zu bilden, die selbständig ihre Angelegenheiten verfechten soll.

Der Eisenbahnerstreik in Spanien greift weiter um sich.

Berlignan, 30. September. (B. T. B.) Wie aus Barcelona gemeldet wird, wächst die Zahl der Ausständigen auf allen Linien. Ministerpräsident Canalejas hat an den Bürgermeister von Barcelona ein Telegramm gerichtet, in dem er erklärt, er wünsche den Streik sobald wie möglich beendet zu sehen, wolle aber weder auf die Arbeiter, noch auf die Eisenbahngesellschaften einen Druck ausüben. — Fortgesetzt treffen neue Truppenverstärkungen in Barcelona ein.

Steinarbeiterausstand in Massachusetts.

Quinc, 30. September. (B. T. B.) Hier sind 30 Granitbrüche infolge eines Streiks, der als Protest gegen die Gefangennahme der Arbeiterführer Etior und Gibannitti ausgedrohen ist, geschlossen worden.

Der Protest der Hungernden!

Im Zentrum der Satten.

Der Hunger darf nicht an das Schloß und an seine fatte Umgebung heran! Das war die glorreiche Parole, die für den Sonntag Herr v. Jagow ausgegeben hatte. Unser in seiner Art unersehlicher Polizeipräsident ist der reaktionäre Bureaufkrat par excellence. Er muß wohl in seinen Akten gelesen haben, daß mal irgendwo und irgendwann die Volksseele lodete. So dekretierte er: Alle Mann aufs Pflaster und bewaffnet bis an die Zähne! Was am Sonntag an Polizeimannschaften auf die Beine gebracht war, übertraf alles bisher bei ähnlichen Gelegenheiten Beobachtete. Schon fünf politische Hungerversammlungen hatte alle Polizeierverb in Aufruhr gebracht. Herr v. Jagow vollführte einen seiner Geniestreiche: er demonstrierte mit der ganzen Polizei gegen den Hunger! Nichts konnte besser die Bethmann Hollweg'sche Auspönerungspolitik illustrieren als dieses riesige Polizeiaufgebot. kamen sonst die Polizeibeamten gemächlich zu zweien und dreien angeländert, so zogen sie am Sonntag in größeren Abteilungen zu ihren hinterhältigen und unterirdischen Stellbüchlein. Von allen Seiten rückten um 11 Uhr ganze Schwadronen auf ihren starkknochigen für Berliner Hüneraugen dressierten Polizeigäulen heran. Sämtliche Schutzleute waren mit Brownings, die Berittenen außerdem mit übergehängten gefüllten Patronentaschen ausgerüstet. Eine halbe Stunde lang starrte das Zentrum von Plänlingen. Dann war plötzlich die Straße wieder einigermaßen polizeifrei. Sämtliche Vorstadtstraßen und Vorstadtstraßen waren entblüßt von „Sicherheitsbeamten“. Agrarisch ist Trumpf und geht vor. Jeder Straßenbahnwagen brachte ganze Scharen von Uniformierten nach dem Stadtkern. Die Bürgerlichen redeten die Häße, hatten kaum eine Ahnung, was los ist. Allein im Schloß sollen mehr als dreihundert Beamte gelegen haben; in dem Neubau der Niederdeutschen Kreditbank an der Börse waren 60 Mann einquartiert. In den Tatterfall am Brandenburger Tor ging zuletzt kein Polizeipferdeschwanz mehr hinein, und aus dem Vorhof standen ganze Kompagnien aufmarschiert. Man witterte wohl den „Feind“ im Angus auf den Tiergarten. Stundenlang passierte nichts, rein gar nichts. Die blauen Herrschaften standen sich gelangweilt die Beine in den Bänken. Die Ablösung der Wache brachte bei dem prachtvollen Herbstwetter eine größere Menschenmenge als sonst mit. Gleich wurde die Polizei nervös. Lieb Vaterland kannst ruhig sein... Jagow, steck den Degen ein!

Um 2 Uhr sind die Linden fast menschenleer. Aus dem Schloßportal zieht die abgelöste Wache heimwärts nach der Kaserne in der Alexanderstraße. Verrittene Polizei voraus, Verrittene hinterdrein, nebendei Duzende von Schutzleuten zu Fuß. Die Polizei als Schirmherrin des Militärs... es ist zum Schreien! Wo der seltsame Zug vorüberkommt, ohne jede Zivilbegleitung, lacht man aus vollem Halse. Man lacht über die Furcht der Staatsgewalt vor dem — Hunger. Natürlich sind alle Kreuz- und Querstraßen bis weit in die ersten Vorstädte hinein dicht mit Helmen besetzt. Es ist immer ein Schauspiel für Götter, wie die Beamten gespannt in die Straßenszene äugen und die Fahrradordnungen hin- und herlaufen. Und wenn erst gestillert ist, daß die Versammlungsjale sich leeren, kommandieren die leitenden Polizeimotives alle fünf Minuten: raus aus de Verstecke... rin in de Verstecke! So haben sie vom Mühlendamm bis zur Friedrichsbrücke fünf Stunden lang weiter nichts zu tun gehabt, als — sich auslachen zu lassen.

Etwas anders sah es zwischen Nonbijoouplat, Oranienburger Tor und Weidenammer Brücke aus. Von der Königsstadtdrauerlei aus hatten sich lose Jüge durch Eijasser und Rosenthaler Straße geschoben. Am Oranienburger Tor stand die erste breite Sperre. Hochrufe auf die internationale Sozialdemokratie wechselten ab mit drohenden Bluis auf unsere volkverderbliche Staatspolitik und ihre gefügigen Werkzeuge. Nach bekanntem Rezept wurden durch Herausgreifen verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Um 3 Uhr hatte Herr v. Jagow, der Glorreiche, über den Hunger einen glänzenden Sieg erfochten und sich die Anwartschaft auf einen noch glänzenderen — Piepmatz verdient. Hurra!

Die fünf Riesensammlungen.

Der Riesensaal der „Neuen Welt“.

Der zur Verfügung stand, nahm von der Masse der Herbeieilenden mehr als 5000 Personen auf. Es waren wohl beinahe 6000 Personen, die in fürchterlicher Enge diesen größten Versammlungssaal des Reichs füllten, als um zwölf Uhr die Versammlung eröffnet wurde. Bevor der erste Referent das Wort ergriß, trug ein forter Sängerkor das Lied vor: „Ich warie Dein, wenn über alle Felder der erste Hauch des Lebens wieder weht.“ Von den Referenten, den Reichstagsabgeordneten Dr. Oskar Cohn und Dr. Karl Liebknecht, sprach zuerst Genosse Cohn. Mit Sarkasmus, wie Peinlichkeiten so scharf, behandelte er die Art, wie seit Jahren die Agrarier und ihre Presse den Notleidenden des Volkes als einen überflüssigen Fleischstrummel hingestellt haben. Dem stellte er gegenüber die tatsächlichen Verhältnisse, die sogar dazu geführt haben, daß Hundefleisch zu Rinderfleisch geworden ist. Wenn nun früher Bethmann Hollweg und seine Gefährten von der Fleischsteuerung als einer vorübergehenden Erscheinung gesprochen, und von einem festhalten „unserer bewährten Wirtschaftspolitik“, der nämlich zugunsten der Agrarier, und wenn das Organ Bethmanns, die „Norddeutsche Allgemeine“, noch vor einem Monat ein Billigerwerden des Fleisches prophezeigte, so scheint die hohe Regierung inzwischen Zweifel an der Zuverlässigkeit ihres Propheten bekommen zu haben. Das zeige die Kundgebung der Regierung, die dieser Lage die Welt überraschte. Wichtigens halbe Zugeständnisse finde man darin, und im übrigen seien es wieder nur halbe und heuchlerische Maßnahmen, die empfohlen wurden, da man es mit den agrarischen Einseitigern nicht ganz verderben wolle. Wenn wir es nun auch als eine Aufgabe der großen Städte betrachteten, für eine bessere Ernährung der Einwohner einzutreten, so müsse man sich doch dagegen verwahren, daß die Regierung, wie es in ihrer Kundgebung geschähe, das meiste auf die großen Städte abzuwälzen suche, soweit man überhaupt etwas zu tun für gut finde. Der Reichskanzler habe aber immer noch nicht begriffen, worauf es ankomme. Das sei ihm gesagt worden von den 110 Sozialdemokraten, die im Reichstags tage: Einberufung des Reichstags, Beratung mit ihm, Abschaffung des ominösen § 12 usw. Warum habe der Reichskanzler nicht jetzt, wo die Kundgebung erschien, zugleich Order zur Einberufung des Reichstags gegeben? Wollte er bis zum November, bis zu dem gleich vorgesehene Termin warten? Die 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten würden sich ja mit einer

indirekten Antwort des Reichskanzlers auf ihre Eingabe begnügen, wenn sie in alsbaldiger Einberufung des Reichstages bestände. Daß es im gewöhnlichen Leben als ein einfaches Erfordernis der Gütlichkeit angesehen werde, auf eine direkte Frage eine direkte Antwort zu geben, davon wolle man gar nicht reden. Das arbeitende Volk dürfe sich nicht blenden lassen durch die Halbheit der zum größten Teil wirkungslosen Kundgebung, zu der die Regierung sich aufgerafft habe. Es müsse sich seiner Nothmittel bewußt werden und sich klar werden, daß kein Reichskanzler lang und stark genug sei, der gesammelten Kraft des Volkes auf die Dauer zu widerstehen. — Stürmischer Beifall, der während der Rede wiederholt eingeleitet wurde, folgte diesen Ausführungen.

Mit lebhaftem Bravo begrüßt, nahm dann Dr. Liebknecht das Wort. Mit beidemem Hohn überschüttete er die solange geübte Vogelstrauchpolitik der Reichsmänner. Er wird stürmisch mit Beifallskundgebungen unterbrochen, als er stark betont, daß in der ganzen Bureaufkratie keine eine Ahnung habe von dem tatsächlichen Ernst der Situation. Niemals werde, hob er an anderer Stelle seiner Rede hervor, die Sozialdemokratie Maßnahmen zuwidern sein, die die ländliche und bäuerliche Produktion schützen und stützen sollten im Interesse der Allgemeinheit und die verbunden würden mit Maßnahmen für eine gute und billige Volksernährung. Die Widersprüche, die von uns erhoben würden, richteten sich dagegen, daß den Großagrariern, die es nicht nötig haben, Millionen in den nimmerfertigen Kassen geworfen würden. Wenn wir und heute noch eine solche, mit den Agrariern durch die dünn gehende Regierung gefallen lassen müßten, dann sei zum gut Teil das Volk dran mit schuld; es müsse alles tun, sich eine andere Regierung zu verdienen. Es müsse sich noch in ganz anderer Weise anwenden, seinen eigenen Willen gegenüber der Regierung durchzusetzen. Auf die Maßnahmen zur Abhilfe in der Frage der Fleischnot eingehend, stellte Redner fest, daß von Leitern der Regierung in Basel und von Leitern der Schweizer Konsumvereine ihm gegenüber es kürzlich geradezu als ein Skandal bezeichnet worden sei, wenn man in Deutschland die schweizerischen Erfahrungen mit dem Gefrierfleisch als ungünstig hinstellen. Er sei der festen Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung nur das Volk wieder einschläfern wolle. Wenn die Herren aber die Zeichen der Zeit sehen wollten, dann müßten sie sich sagen, auch der schiffstauschende Gebuldbaden des deutschen Volkes könne einmal reifen. Es müsse anders werden, die agrarische Herrschaft müsse niedergeworfen werden. Und vor allem sei ihr ihre Stütze in Preußen, das Dreiklassenwahlrecht, zu entreißen. Wenn die Versammelten aber jetzt heimgingen, sollten sie sich nicht zu irdischen Streichen hinreich lassen, sondern die Ruhe und Besonnenheit bewahren, die den Herrschenden so stark in den Knochen liege. In der Nähe seien 300 Schutzleute postiert. (Stürmische Entrüstungsrufe, die nicht aufhören wollten, so daß Redner sich unterbrechen muß.) Er fährt dann fort: Wir können den Herren von der Polizei sagen, sie werden keine Arbeit bekommen, wenn sie nicht wünschen sollten, welche zu bekommen. Das Volk wird nicht unbesonnen sein. Es wird seine ganze Entrüstung und seinen ganzen Zorn gegen das herrschende Regime zusammenfassen in dem Entschluß, weiter zu arbeiten zum Wohle des Volkes, zur Vernichtung des Junkertums, zur Befreiung derer, die schuld seien an Not und Elend im Volke. (Donnernd, langanhaltender Beifallssturm.)

Nach einem Gesangsbeitrag: „Nun sind die Stürme aufgebrochen“ leerte sich langsam unter Hochrufen der Saal.

Concordiasaal.

Aus dem großen „Concordiasaal“ mühten schon um 11 1/2 Uhr die Tische enisencrt werden, um den andrängenden Massen die Teilnahme an der Versammlung zu ermöglichen. Laufende mühten aber trotzdem den Schluß der Versammlung auf der Straße abzuwarten.

In seinem trefflichen Referat schilderte Reichstagsabgeordneter Widner das Wesen der deutschen Wirtschaftspolitik als die Grundursache der Verteuerung des Lebensunterhaltes. Gesehe sind mächtig, führte Redner aus, mächtiger aber sei die Not des Volkes. Daß die Not groß ist, brauche nicht erst in einer öffentlichen Versammlung gesagt zu werden. Das empfinden mit den Arbeitern die kleinen Beamten und Geschäftsleute. Das Volk rufe nach billigerem Brot, es verlange Abstellung der Verteuerungsurache. Der Kanzler aber schweige, was beweise, daß Deutschland nach absolutistischem System regiert werde. Der Wille des Volkes werde mißachtet, wenn auf die Eingabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, durch welche die Einberufung des Reichstages gefordert wurde, vom Reichskanzler keine Antwort erfolgt. Die Not des Volkes wurzelt in der von den Agrariern dem Reiche aufgezogenen Wirtschaftspolitik. Den Junkern zuliebe werden die Lebensmittel verteuert. Dazu kommt dann der nimmerfertige Moloch Militarismus, der den Staat mehr und mehr zur Verschuldung führt. Von den Kosten für den Militarismus drücken sich aber die besitzenden Klassen, daher müsse das werktätige Volk mit direkten und indirekten Steuern durch Hölle und Abgaben überlastet werden. So wollen es die Junker, sie seien es, die Minister füttern können, die die Throne wackeln lassen. Caprio! mußte einstens wie jetzt Wermuth gehen, weil sie den Junkern nicht zu Gefallen die Politik bestimmten.

In längeren Ausführungen behandelte dann Redner die Zollpolitik mit ihren Liebesgaben an die Junker und der Verteuerung der Lebenshaltung für die Arbeiter, um dann zu zeigen, daß die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh und Gefrierfleisch ohne Gefahr für die Volksgesundheit bevorzugen sollten werden.

Die Reichsregierung sträube sich gegen die Einfuhr von gefülltem und gefrorenem Fleisch, das man in England um die Hälfte des Preises wie für frisches Fleisch kaufen und ohne Gefahr für die Gesundheit genießen könne. Redner verteidigt die Forderung auf Aufhebung des § 12 der Fleischbeschauordnung, der Futterung und aller Lebensmittelzölle. Die Regierung gebe an, und vor der Gefährdung unserer Gesundheit durch ausländische Einfuhr zu schützen, sie lasse aber diese angebliche Gefahr stets außer acht, wenn es sich darum handelt, aus dem Auslande zwar trankeitsverdächtige aber doch billige und willige Arbeitskräfte einzuschleppen.

Nun endlich sei die Regierung aus ihrer Reserve dem Reichsrei des Volkes gegenüber herausgetreten, sie biete einige Erleichterungen an, von der Aufhebung der Futtermittel- und Lebensmittelzölle und einer solchen des § 12 der Fleischbeschauordnung sei keine Rede, ein Beweis dafür, daß die Junker zum Schaden des Volkes geschont werden sollen. Damit dürfe sich dieses aber nicht begnügen, sondern es gelte an der Forderung auf Abstellung der Grundursachen des Hungerzustandes festzuhalten. Gerechte und dem Volke gezielte Maßnahmen aber werde erst die Verwirklichung der sozialistischen Idee bringen. Der Sozialismus ist der Sauerseig, der uns vorwärts treibt, ohne Sozialdemokratie keine Sozialgesetzgebung, der Sozialismus fordert die Produktion für und durch das Volk, seine Lösung sei, dem Volke die Produktion, dem Volke das Land! (Stürmischer Beifall.)

Wie schon bei seinem Eintritt in den Saal, wird Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann nun auch durch allgemeines Händeklatschen begrüßt, als er zu seinen kurzigen markigen Ausführungen das Wort ergreift. Die Wurzel des Giftsaumes, Junkerübermut und Junkerfressheit habe man im preussischen Landtag zu suchen, von dort gehen alle Bestrebungen zur Niederdrückung des Volkes aus; jenes auch-Parlament zu untergraben, an seine Stelle eine wahre Volksvertretung zu setzen, müsse als die wichtigste Aufgabe

gelten. Alle reaktionären Bestrebungen gehen von Preußen aus und haben dort eine Stütze. Preußen sei maßgebend für Deutschland. Die preussischen Minister sind gleichzeitig Reichsminister, der Reichskanzler ist gleichzeitig preussischer Ministerpräsident. Als Herr von Bethmann Hollweg Kanzler wurde, habe man ihn gefeiert als den langen Philosoph. Philosophen hätten bekanntlich die Eigenschaft, über ihre tiefgründigen Betrachtungen hinweg die Wirklichkeit zu vergessen, und wenn der Reichskanzler über die gegen den Notstand zu ergreifenden Maßnahmen ausgeträumt hat, dann wird das deutsche Volk inzwischen wahrscheinlich verhungert sein, so daß er auf den Trümmern des Reiches sitzen werde wie einstmal Hannibal auf den Trümmern von Karthago.

Das Mittel, den Kanzler aus seinen Träumen zu erwecken, liege in den Händen des Volkes. Man dürfe sich keinen zu großen Hoffnungen hingeben, daß schon mit der eventuellen Einberufung des Reichstages etwas erzielt sei, siehe der Zwang der Massen nicht hinter den Abgeordneten, so daß diese um ihr Mandat zu fürchten hätten, dann sei auch vom Reichstag nichts zur Linderung der Not des Volkes zu erwarten.

Nach einer scharf umrissenen Charakteristik der bürgerlichen Parteien, der von diesen unterstützten Wirtschaftspolitik und deren Folgen kommt Redner auf die von der Regierung in Aussicht gestellten Linderungsmaßnahmen zu sprechen. Die diesbezügliche Erklärung der Regierung sei bestimmt, das Volk einzulullen. Man dürfe sich auch nicht täuschen lassen dadurch, daß die Junker gegen die Maßnahmen bereits Sturm laufen. Was die Regierung dem Volke als Brosamen hinwirft, sei bestimmt vorher mit den Junkern abgeklart worden und daher sei deren Entrüstungsturm nichts weiter wie eine Komödie.

In kräftigen Strichen schildert Redner die Verlethheiten der sogenannten göttlichen Weltordnung, die die Kinder verhungern läßt, während seine Damen ihren Hundes Diners zu 300 Mark aufstischen.

Gegen Teuerung, Unterernährung, Hunger und Volksausbeutung jeder Art muß sich unser Kampf wenden. Wir müssen rechtzeitig Vorkehrungen treffen und mehr tun, wie Beifall klatschen in Volksversammlungen. Manche Leute sagen sich, wenn die Not am größten — ist die Sozialdemokratie am nächsten, sie kommen erst zu uns, wenn sie Erleichterung suchen. Die Art, mit der wir in das Volkswort der Reaktion Dreische schlagen, das ist die Presse, die Agitation und Organisation. Wir bedürfen auch der Frauen als Kämpferinnen. Im Interesse der Zukunft ihrer Kinder gehören sie in unsere Reihen. Sorgsam ladere die Mutter das Bett des Kindes, damit es gut ruhe. Du Mutter sollst aber auch daran denken, deinem Kinde das Bett der Zukunft zu bereiten!

Nach einem feurigen Appell, mitzulämpfen den Verteuerungskampf, schließt Redner seine oft von Beifall unterbrochene Ausführung mit dem Ruf: Nieder mit den Junkern, Arbeiter verlangt euer Recht, verteidigt die Zukunft eurer Kinder; nieder mit den Volkverrätern!

Die Protestresolution wird einstimmig angenommen und dann die würdig verlaufene Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Der Saal leerte sich hierauf langsam und in bester Ordnung.

Für die Massenversammlung in der

Brauerei Königstadt.

Schönhäuser Allee, genügte der große Saal schon um 11 Uhr nicht mehr, und die überfließende Fülle ergoß sich in den Garten. Gegen 12 Uhr war überhaupt nur noch der Zugang zum Garten frei, trotzdem nicht abgesperrt war. Im Saal waren die Galerie, die Treppen zur Galerie und die Bühne dicht besetzt, auch die Nebenräume waren überfüllt, und an allen Zugängen zum Saal flaute sich die Menge, als der Vorsitzende Dentschel die Versammlung zur festgesetzten Zeit eröffnete und als ersten Redner den Abgeordneten des fünften Kreises, Robert Schmidt, vorstellte, der herzlich begrüßt wurde. Schmidt sprach eine volle Stunde und alle Aufmerksamkeit wurde ihm zuteil. Er kritisierte die Zoll- und Wirtschaftspolitik der Regierung als volksfeindlich und verderblich und legte die Forderungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie demgegenüber dar. Die Regierung dürfe nicht glauben, daß das Volk sich über die Politik der Regierung täuschen lasse durch einige völlig ungenügende Maßnahmen gegen die herrschende Not und Teuerung im Lande. Der Ruf nach der Einberufung des Reichstages bleibe völlig unberücksichtigt, die Rechte des Volkes würden mißachtet. Darum müsse das Volk immer lauter und eindringlicher und in immer größeren Massen seine Stimme erheben, denn gegen den Willen eines Volkes kann sich eine Regierung nicht dauernd auf ihrer Höhe erhalten. — Mit donnerndem Beifall wurde die Rede aufgenommen, die mehrfach schon stürmische Zustimmung unter den Versammelten ausgelöst hatte. Als der Vorsitzende dann als zweiten Redner Philipp Scheidemann ankündigte, da redeten sich alle Häße, denn er war persönlich nicht so bekannt wie der Voreredner und jeder wollte den sehen, der als Vizepräsident des Reichstages in aller Leute Runde war. Im Nebenraum des großen Saales stellten sich viele auf Tische und Stühle, um ihn genauer zu betrachten. Er sprach eine kurze halbe Stunde, oftmals durch großen Beifall unterbrochen, denn er führte eine scharfe Klänge in seiner Rede und schonte junkerlichen Hochmut und junkerliche Raffgier ebensowenig als bureaukratische Umarmung und Ueberhebung in den Kreisen der Regierung. Seine Worte weckten einen lebhaften Widerhall in den Herzen der Hörer, die am Schluß der kurzen, kraftvollen Rede nicht säumten, ihrer Zustimmung lebhaften Ausdruck zu geben.

Unterdessen hatte draußen im Garten eine Menge, die eine weit größere Versammlung bildete als die im Saal. Man sah sich aber vergebens um nach den Arrangements für eine zweite Versammlung, man war vielfach der Meinung, daß ein Redner bestellt sein müsse, der die Forderung des Tages erörtern und den Massen auch hier Gelegenheit geben würde, in bestimmten Beschlüssen ihre Meinung kund zu tun. Man suchte sich eins mit denen drinnen im Saal, die alle Hände hoben, als der Vorsitzende über die vorgelegte Resolution abstimmen ließ. Und angenehmer war der Aufenthalt im Garten, über dem ein lachender, herrlicher Sonnenschein ausgebreitet lag, immerhin als drinnen im Saal, wo eine stidige Atmosphäre herrschte und mancher im Schwelche seines Angesichts der Versammlung betwohnte. Frauen waren verhältnismäßig in geringer Zahl erschienen, sie hatten ja erst am letzten Dienstag ihre großen Protestversammlungen abgehalten. Als zum Schluß die Hochrufe auf die Sozialdemokratie im Saale ausgebracht wurden, setzten sich die Rufe auch in den Garten fort. Man hörte den Gesang der Marschlied, und langsam leerten sich Saal und Garten. Es war 2 Uhr, als die letzten das Lokal verließen.

Es war noch lange nicht 11 Uhr, als wir den großen Saal des

Ettablissement Germaniasaal

in der Chausseestraße zum ersten Male betreten; aber die Besucher gähnten bereits nach Hunderten. Schon vor 11 1/2 Uhr waren die ersten erschienen, um sich einen Platz zu sichern. Je weiter der Zeiger der Uhr sich der Mittagsstunde näherte, um so stärker wurde der Zustrom der Männer und Frauen, die fest entschlossen sind, nicht länger wegen der Deutegier einer Handvoll Großgrundbesitzer am Hungertuche zu nagen. — Der geräumige Saal und Vorraum waren bald bis auf den letzten Platz gefüllt, aber immer weitere Massen, in größeren und kleineren Trupps, teils in losen Jügen, rückten an. Auf der Straße wogte die Menge auf und ab, am-

streckte sich an dem lebhaften Treiben der Schule. In diesen, zu vieren, dann in einem Trupp von zwölf Mann rückte die Hüter der Ordnung und des Verkehrs an, um in der Schwarzloppischen Maschinenfabrik Quartier zu beziehen. Dort versammelten sie sich um Hauptmann und Leutnant, um über die Maßnahmen zu beraten, wie man eine eventuell ausbrechende Hungerrevolte am schnellsten im Keime ersticken könnte. In der Tat, ein Schauspiel, das den preussischen Klassenstaat in seiner rohesten Gestalt zeigte...

Im Saal kauften indessen die Masse, Schalter an Schalter gedrängt, begeistert die Ausführungen der Referenten. Zunächst sprach Genosse Hugo Haase, der unter Kennzeichnung der Situation betonte, daß seit länger als einem Jahrzehnt die Klagen über die enorme Teuerung nicht aufhören, sondern immer lauter werden. Jahr für Jahr forderten die Stadtverwaltungen Maßnahmen gegen die Teuerung, jahraus, jahrein habe die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages darauf aufmerksam gemacht, daß es weiten Schichten des Volkes nicht mehr möglich sei, sich satt zu essen. Die Regierung habe bisher immer erklärt, es handle sich um eine vorübergehende Erscheinung, die Sozialdemokratie male viel zu schwarz und benutze die Gelegenheit, das Volk aufzuheizen, wozu gar kein Grund vorliege. Wenn man sich die Scala der Preise für Fleisch ansehe, so sehe man, daß diese eine Höhe erreicht haben, wie nie zuvor, und noch sei kein Ende der Not erreicht, denn die Fleischpreise stiegen weiter. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages habe dem Reichsanwalt wiederholt erklärt, daß es so nicht weitergehen könne und die Regierung aufgefordert, sühnend einzugreifen. Am 5. September habe die Fraktion eine Eingabe an den Kanzler gerichtet, in der im besonderen die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert wurde. Bis heute sei noch keine Antwort eingegangen, so mischte man die Vertreter von über vier Millionen Wählern. Der Sozialdemokratie gehe es jedoch nicht allein so; die Vertreter einer Anzahl Städte, an der Spitze der Oberbürgermeister von Berlin, erwarteten bis heute noch die Antwort auf eine Eingabe vom November vergangenen Jahres. Wir befänden uns ja eigentlich in guter Gesellschaft, nur seien wir nicht so geduldig wie jene. Ob wir eine Antwort erhalten, sei schließlich egal, nur verlangen wir, daß gewährt werde, was notwendig sei, damit das Volk nicht mehr zu darben und zu hungern brauche. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung geriet Haase weiter die unerträgliche Regierungserklärung, wonach man beschließen hat, gegen die Teuerung Erleichterungen der Vieh- und Fleisch-einfuhr einzutreten zu lassen. Die geplanten Maßnahmen seien völlig unzulänglich, es seien Scheinmittel, womit man dem Volke nur Sand in die Augen streuen wolle; die Erklärung sei wohl reich an Worten, wo es aber auf Taten ankomme, versage sie. Von einer völligen Öffnung der Grenzen unter Beobachtung der unerlässlichen Vorsichtsmaßnahmen wolle man nichts wissen, auch denke man nicht daran, den schändlichen § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes zu beseitigen. Dies alles müsse aufs neue ein Ansporn sein, mehr und mehr die Erkenntnis über diese unerträglichen Zustände in weite Kreise zu tragen. Immer größere Scharen müßten sich vereinigen, das Meer werde dann so mächtig sein, daß die agrarische Regierung ihm keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen könne. Durch die Straße schloß grinsend das Gespenst der Not, tagtäglich könnten wir die erschütterndsten Gesandten beobachten, das Volk habe kein Fleisch, nicht genügend Brot, und die Regierung komme mit Palliativmitteln. So könne und dürfe es nicht weitergehen, wir müßten schreien und immer lauter schreien, bis man uns endlich höre. Je mehr sich aber Anhänger um die Fahne des Sozialismus zusammenscharen, um so näher rücke die Zeit, in der die Regierung die Segel streichen müsse.

Nicht endenwollender Beifall dankte dem Redner für seine vortrefflichen Worte. Minuten verstrichen, ehe der Vorsitzende dem zweiten Referenten das Wort erteilen konnte. Genosse Ledebour, von der Versammlung jubelnd begrüßt, beschränkte sich nach den ausführlichen Darlegungen Haases auf einen feurigen Aufruf zum energischen Kampfe gegen das verrotzte Wirtschaftssystem, gegen eine Gesetzgebung, die dafür Sorge, daß die unerträglichen Zustände der Großgrundbesitzer mehr und mehr gestillt würden. In kurzen Strichen skizzierte er die Zoll- und Steuerpolitik, dabei Abschaffung der Zölle und eine progressiv nach oben steigende direkte Einkommensteuer fordernd. Die kapitalistische Raubtierpolitik lasse dies jedoch nicht zu, deshalb müsse der Kampf energischer als bisher gegen das Kapital zur Durchsetzung der sozialistischen Wirtschaftsordnung geführt werden. Mit ähndem Spott und heftiger Satire behandelte Ledebour die letzte Rede Wilhelms II., nach der „wir“ mit den heutigen Verhältnissen zufrieden sein könnten. Der Mann irre sich, er irre sich weiter, wenn er sage, der Arbeiter könne seines wohlverdienten Lohnes gewiß sein, eines Lohnes, der kaum zur Nahrung mittels Pferdebouletten und Hundelischen ausreiche. Wenn Wilhelm II. zum historischen Rückblick rate, so könnten wir ihm diesmal folgen, denn diese seien für uns sehr lehrreich. Die ganze sozialistische Bewegung sei ja auf historischen Tatsachen aufgebaut. Wir brauchen uns nur der Bauernkriege zu erinnern, wo das Volk seine Geschichte selbst in die Hand genommen habe, wir brauchen nur an die französische Revolution, an die Vorgänge von 1848 zu denken und könnten sehr viel lernen. Wir brauchen die Vorgänge selbst nicht nachzuahmen, denn heute ständen und ganz andere Aufklärungsmittel zur Verfügung, ganz andere Auffklärungsarbeit hätten wir heute zu verrichten. Unsere heutigen Forderungen, billige Lebensmittel zu schaffen, seien nur Etappen auf dem Wege zur Erringung besserer Verhältnisse, die kommen müssen und kommen werden. Wenn wir erst die 4 Millionen sozialistischer Wähler zu zielbewußten Kämpfern gemacht und weitere Massen um uns geschart hätten, gebe es große Verfassungskämpfe auszusuchen, die nicht wir heraufbeschwören, die uns aber die herrschende Klasse aufzwingen. Zu diesen Zeiten gelte es vorzubereiten, damit wir den großen, gewaltigen und endgültigen Kämpfen gegenüber gewappnet seien. Die völlige Befreiung der Menschheit vom ausbeutenden Kapitalismus aber sei nur erreichbar durch den Sozialismus. — Minutenlang, stürmischer Beifall durchbrauste den Saal.

Genosse Jahnrow verlas hierauf die Resolution, der begeistert zugestimmt wurde. Weiter appellierte er an die Anwesenden, sich durch unläuterer Elemente nicht provozieren zu lassen, er habe Kunde erhalten, daß sogar Richtorfenmeister zu Spiegheldiensten gedungen seien. Er forderte auf, alles daran zu setzen, Organisation und Presse weiter auszubauen, denn schwere Kämpfe ständen uns bevor. — Ein brausendes Hoch auf die Sozialdemokratie beendete die Versammlung, und langsam entfernten sich die Besucher, eingehend der Worte Schillers:

Bezahmet jeder die gerechte Wut
Und spare für das Ganze seine Rache!

Das „Monbiter Stadttheater“

hatte schon frühzeitig die Massen der Besucher angelockt. Bereits um 1/2 12 Uhr war der große Saal zur Hälfte besetzt und immer mehr Frauen und Männer strömten herein. Bald war der letzte Platz betreten, die Galerien bis zum Berchen angefüllt, selbst auf der Tribüne nahmen Tüchende von Personen Aufstellung, und was im Saal nicht mehr unterkommen konnte, bevölkerte Garten und Straße. An vielen Stellen blühten die Helme von Schülern auf, und in der gegenüberliegenden Pumpstation war, wie gewöhnlich, eine stehende Wache untergebracht worden.

Nach Eröffnung der Versammlung nahm Reichstagsabgeordneter Mollenhuth das Wort. Mit jugendlicher Frische und erstaunlicher Sachkenntnis ging der altverdiente Kämpfer auf die Bedeutung des Tages ein, indem er eingangs seines Vortrages erklärte, es wäre noch nicht dagewesen, daß die Regierung, angeht sich einer derartig großen Kollage, dem Drängen des Volkes gegenüber sich so stille und teilnahmslos verhalten habe. Zieht erst, am vorangegangenen Abend, habe sie einen kleinen Schritt zur Linderung der himmelschreienden Not angekündigt. Redner verliest die Bekanntmachung und bezeichnet die Maßnahmen als völlig unzureichend. Inmitten wäre die Regierung nicht einmal imstande, so weit zu gehen, wenn im Reichstag noch der blau-schwarze Block in seiner

früheren Stärke säße. Redner gibt eine interessante Uebersicht von den Zoll- und handelspolitischen Vorgängen und Maßnahmen innerhalb der letzten Jahrzehnte und zeichnet ein fesselndes Bild aus dem Wirtschaftsleben. In überzeugender Weise zeigt er, wie die Großgrundbesitzer seit je mit Verschwendung und Struppellosigkeit dahingearbeitet haben, das Volk zu erschöpfen und sich die Taschen zu füllen. Mit dem Agrarier im Bunde gegen die Arbeiter aber ständen die Großindustriellen in geschlossener Phalanx. Dieser Macht müsse das organisierte Proletariat seine eigene Macht entgegensetzen. Der Redner erzielte stürmischen Beifall, als er mit seinem anfeuerndem Appell, den Kampf gegen die Feinde schärfer denn je zu führen, schloß.

Als zweiter Referent sprach Landtagsabgeordneter Dirich, der besonders die soziale Seite der Lebensmittelerzeugung beleuchtete und im übrigen die Ausführungen des Vordredners sehr wirkungsvoll ergänzte. Die Prommen jammerten immer, daß Verbrechen und Prostitution an Ausbreitung gewannen und verschwiegen dabei wohlweislich, daß sie selbst durch ihre Maßnahmen schuld daran sind. Aber noch mehr: Erst werden die Lebensmittel in ungeheurer Weise verteuert, und dann, wenn die Arbeiter hierdurch gezwungen, höhere Löhne forderten, kämen dieselben Kreise mit Vorschlägen zu Justizmaßnahmen. Der König von Preußen sowie die Minister hätten reichliche Lohnserhöhung erhalten, ohne lange fordern zu müssen. Auch die Stadtverwaltungen sähen es als ihre Pflicht an, ihren Angeestellten die Gehälter aufzubessern, desgleichen der Staat, soweit wenigstens die höheren Beamtencategorien in Betracht kämen; nur der Arbeiter solle nicht mehr Lohn verlangen. Die jetzige Kollage sei keine vorübergehende Erscheinung, wie die Regierung behauptet, die Mißwirtschaft werde so lange bestehen, wie die heutige Wirtschaftspolitik bestehe. Sollte der Anfang zum Besseren gemacht werden, so müsse besonders der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtag, dem die Agrarier ohnedies schon ihr Hauptaugenmerk zuwenden, geführt werden. Die Fleischnotfrage sei nur ein Teil von den großen Aufgaben, die das Proletariat zu lösen habe. Kampf aber müsse die Lösung lauten, Kampf und nochmals Kampf der Regierung und ihren Verbündeten. (Zufender Beifall.)

Nachdem die Resolution einstimmig angenommen war und der Vorsitzende ein paar kernige Worte an die Anwesenden gerichtet hatte, war die imposante Versammlung beendet und die große Menge der Besucher strömte hinaus auf die Straße, wo zahlreiche Personen, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, den Schluß der Versammlung erwarteten.

An der Ottostraße zog zu derselben Zeit die Polizei einen Korbon, der aber nach einer kleinen Weile wieder zurückgezogen wurde. Der Ueberwachende hatte sich wohl überzeugt, daß vorläufig nur die Wagen der Besucher revolvierten und somit eine unmittelbare Gefahr für den Staat nicht vorhanden war.

Alle Versammlungen nahmen einstimmig die folgende Resolution an:

Die Versammlung weist mit Entrüstung die hochmütige Anmaßung der regierenden Bureaucratie zurück, die den Reichstag daran hindert, die notwendigen Maßnahmen zur Abhilfe der herrschenden Not zu beschließen.

Sie erblidt in dem Verhalten des Reichskanzlers, der die Eingabe der sozialdemokratischen Fraktion ohne jede Antwort gelassen hat, eine unerhörte Dreistigkeit und einen jeden Anschlag der Bureaucratie gegen Wesen und Geist einer konstitutionellen Verfassung.

Die Versammelten erklären ihre Entschlossenheit, den Kampf gegen die politische und materielle Verelendung des deutschen Volkes mit aller Energie fortzuführen, bis — den Jüngern und ihren Handlangern in der Regierung zum Trost — die Durchsetzung wirksamer Maßnahmen gegen die Teuerung erreicht ist.

Auf der Straße!

10 Uhr! Die Hafenside liegt friedlich im Sonnenschein, nur die außerordentlich große Anzahl von Polizeimannschaften aller Art und Gattung läßt erkennen, daß etwas in der Luft liegt. Schon vor 1/2 11 Uhr begannen die Massen der Reuen Welt zuzuströmen und es dauerte nicht lange, bis dieser Riesensaal überfüllt war, dank der freundlichen Aufforderung der Polizeimannschaften, die streng dafür sorgten, daß sich niemand auf der Straße aufhielt. Dieser Grundsatz der Polizei, die Straße von Menschen frei zu halten, war jedoch infolge der alsbald erfolgten Absperrung des Saales nicht mehr durchführbar, denn immer neue Scharen kamen herbei und boten in ihrer Masse jedem Freunde großer Kundgebungen ein überwältigendes Bild. Die wir schon eingangs erwähnten, hatte die Polizei außerordentlich mobil gemacht. Die Reußländer Polizei war vom Polizeipräsidenten v. Wehner bis herab zum letzten Schuttmann vertreten. Daß auch die „Heimlichen“ nicht fehlten, braucht nicht besonders betont zu werden. Außerordentlich provozierend wirkte es, daß die Polizeimannschaften, die auf der Berliner Seite für „Ordnung“ sorgten, die Schuppenletten übers Rinn gezogen hatten, als wenn es gälte, einen Sturmangriff auf die Massen zu unternehmen, die friedlich daher kamen, um für ein gerechteres Wirtschaftssystem zu demonstrieren. Neckwürdig war auch die Auffassung der Polizei, die Ordnung unserer Partei nicht auf der Straße zu dulden. Wir hörten, wie ein Polizeihauptmann zu einem der sozialdemokratischen Ordner sagte: „Für die Ordnung auf der Straße sorgen wir“. Das nervöse Verhalten einiger Polizeioffiziere im Verein mit dem provokatorischen Aussehen vieler Beamten war allerdings nicht allzu geeignet dazu, daß es trotz all dieser Momente zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei kam, ist ein ehrendes Zeugnis für die Ruhe und Besonnenheit der Berliner Bevölkerung.

Als nach Schluß der Versammlung die Tausende der Teilnehmer sich mit den draußen stehenden vereinigten, war die Straße ein Menschenmeer, und die in der Sonne zahlreich aufstehenden Wägelchen sorgten wider Willen für eine Belebung dieser Proletarierbesiedlung. Die Revolviertheit einiger Polizeioffiziere kam jetzt recht zur Geltung und führte zur Verhaftung einzelner Versammlungsteilnehmer. So wurde einer unserer Ordner abgeführt, lediglich weil er die Massen aufforderte, weiterzugehen und der Aufforderung eines Beamten das gleiche zu tun, nach Meinung desselben nicht schnell genug Folge leistete.

Lange dauerte es, bis das Straßenbild der um die Reue Welt gelegenen Bezirke sein sonntägliches Gepräge wieder erlangte. Die Massen hatten sich allerdings verhältnismäßig schnell verzogen, nur die Polizei nahm die Gelegenheit wahr, noch längere Zeit zu demonstrieren. Schließlich aber mußte auch sie einsehen, daß es nichts zu tun gab und räumte das Feld.

Vor den Konfordialen rückten 10 Minuten vor 12 Uhr unter Führung eines Polizeioffiziers, von der Menge mit Hochrufen empfangen, acht Schutleute an. Bis dahin hatten sich nur zwei gelangweilt. Das eierne Zugangsstor zu den Lokalitäten wurde abgeseperet. In den Zweitaktenden, die auf der Straße promenierten, gestellten sich nach und nach weitere Tausende. Konnte bis dahin der Durchgangsverkehr sich verhältnismäßig ruhig abwickeln, so erinnerte sich die Polizei um 1/2 1 Uhr plötzlich ihrer traditionellen Aufgabe, den Verkehr zu stören. Von den Konfordialen ausgehend wurde die Menge rechts und links die Straße entlang getrieben bis zum Andreasplatz und zur Langestraße, wo die inzwischen sehr verstärkte Polizei jeden Verkehr sperrete. Kein Mensch durfte durch, selbst Frauen nicht, die, aus der Kirche kommend, mit dem Gebetsbuch in der Hand, fromm ihre Gebetsbuch vor Gott und dem Schuttmann zur Schau trugen. Aber eine Ausnahme machte die Polizei doch. Getragen von dem Ernst ihrer Mission, schritten zwei in verlotterter Uniform stehende „Offiziere“ der Heilsarmee durch die Kette, der eine ein Zupfinstrument unter dem Arm, achtungsvoll begrüßt von dem Schuttmann, der eben eine wegen Geschäftsschädigung klagende hübsche junge Frau mit den Worten: „Scheren Sie sich ein, wo Sie hingehören und waschen Sie mit nicht die Ohren voll, sonst bring' ich Sie wo andershin!“, abgewiesen hatte.

Das kolossale Gelächter, das dem Polizeisalat vor dem Sänger der Heilsarmee folgte, führte dann allerdings dazu, daß die etwas später kommenden „Offizierinnen“ von der Garde des Heils nicht mehr durch die Schuttmannstette durften.

Das sinnlose Absperrten der Andreasstraße hatte ein Ende, als um 1/2 1 Uhr die Versammlungsteilnehmer auf die Straße kamen und sämtlich rechts nach der Schillingsbrücke abdivertierten. Im losen Zug wälzte sich die Menge die Straße hinauf und mächtig brausete taufendstimmig an das Ohr: „Wer schafft das Gold zu Tage... Das sind wir Arbeitermänner, das Proletariat.“ Schon hatten 2-3000 Männer und Frauen die Schillingsbrücke überschritten, und noch gleich die Andreasstraße bis zum Andreasplatz hinunter einem wogenden schwarzen Meer.

Eingend und unter Hochrufen auf das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht bewegte sich der Zug in mühseliger Disziplin dem Engelfurter entlang durch die Köpenicker, Adalbert- und Oranienstraße. Nirgends eine Verkehrsstockung, nirgends ein Zwischenfall. Nun lams anders. Hundertfüßig weiter vor der Oranienbrücke sprengten plötzlich 30 Polizeier auf die Brücke, voran ein Leutnant, der mit dem Säbel in der Luft herumfuchtelte. Während die Schutleute sich zur Kette formierten, zogen auch sie blank und banden sich die Klempe um das Handgelenk. Eine furchtbare Erregung bemächtigte sich der Menge, die ungefährlich, lediglich das Recht auf die Straße behauptend, dahervogel. Wer magt den Massen vorreden, daß sie, wütend ob der Vorbereitung zum Massenanschlag, diese Provokation mit Hiutruken antworteten! Aber die Demonstranten ließen sich nicht provozieren; ihre Demonstration galt ja nicht den Schuttmännern, denen unter dem gelben Revolvergürtel der Wagen ebenja knurrte wie den Tausenden, die da herankamen. Ruhig zog die Menge dann links ab, am Elisabethufer entlang über die Luisenbrücke nach der Ritterstraße. Etwas 4000 Menschen hatten bereits die Brandenburgstraße erreicht, als man gewaltig wurde, daß die andere Hälfte des Zuges durch ein neues Polizeiaufgebot an der Luisenbrücke abgetrennt worden war. Die Viertausend zogen weiter gegen die Lindenstraße vor. In der Alten Jakobstraße angelangt, kam plötzlich vorn an der Lindenstraße ein starkes Polizeiaufgebot in Sicht, darunter etwa acht Reiter. Die Menge hielt an, ein Mann ließ sich hochheben und forderte die Demonstranten auf, nunmehr die gelungene Kundgebung zu beendigen. Es wurde kehrt gemacht, um sich an der folgenden Straßenecke zu zerstreuen. Inzwischen rückte das Polizeiaufgebot im Laufschritt heran und trieb die Menge vor sich her, hinein in die Alexandrinerstraße bis an die Bahnhofsstraße heran. Der Sturz eines Reiters, Plüße und einige Verhaftungen beendigten hier die Polizeiattake, die hier noch weniger wie an anderen Stellen berechtigt war.

Auch im Norden wurde das Straßenbild durch die nach den Versammlungen strömende Menge stark beeinflusst.

Während die Referenten im Lokale dem Unwillen des Volkes gegen die Hungerpolitik und ihren Vater, den Kapitalismus bereideten, von spontanen Kundgebungen der Versammelten stark unterdrückten Ausdruck gaben, strömten immer noch mehr Demonstranten heran. Zu Hunderten, Tausenden, Zehntausenden trieb der Hunger seine Opfer, manches mit den sichtbaren Spuren der Entbehrungen im Gesicht, aus den elenden Wohnungen, aus den dunklen Höfen auf die Straße. Männer und Frauen forrten sich zu langen Zügen, die den Versammlungslökalen zustrebten. Hier wogte es auf und ab; hin und her wälzte sich der vieltausendköpfige Wustkörper. Nach und nach lösten sich einzelne Teile los, strebten der inneren Stadt zu. Aber die Schor, die in der Nähe der Versammlungslökalen der Demonstration im Lokale das Relief des Wichtigen gebieterisch gab, wurde nicht kleiner. Von den verschiedenen Seiten wälzten sich ununterbrochen neue Trupps heran, die in dem Riesenseiße verschwanden. Die auf den Straßenecken postierten, auf den Straßen herumstehenden zum Dreihundert ausstaffierten Schutleute gaben dem ganzen Wilde das gewohnte preussisch-reglementierte Gepräge. Große Reservetrupps der Bewaffneten hielten sich in den eingezäunten Wachen verborgen, des Winkes gegenwärtig, den demonstrierenden Hunger durch knatternde Growtungs- und blutretzende Säbelhiebe zu verjagen. Aber die Sache sah zu ordnungsgemäß aus, Knalleisen verschwanden, manche truglich heruntergerissene Schuppenlette fand wieder ihr gewohntes Ruhezuhause. Nach Schluß der Versammlung strömten die Massen nach den verschiedenen Seiten auseinander. Schon glaubte man, es werde keine weitere Demonstration folgen, rudelweise kamen Schutleute aus ihren Verstecken, gruppieren sich zum Abmarsch, da formierte sich plötzlich ein Trupp von mehreren Tausend Männern und Frauen aus den Germaniafilialen kommend, zu einem losen Zuge, der sich unter Hochrufen nach der Weidendammbrücke in Bewegung setzte. Nun floren die Schutleute auseinander. Eine doppelte Kette stark bewaffneter an der Elbasser Straße hinderte den Weitermarsch. Der Zug durchzog dann die Elbasser Straße, passierte den Hadeschen Markt und quoll die Brückenstraße hinein. Die stieß er bald auf Schutleute, die den Demonstrationzug aufhielten und zurückdrängten. Weil das nach der preussisch-polizeilichen Ordnung nicht gut genug ging, kam es zu einigen, aber ohne schärfere Konflikte verlaufenden Zusammenstößen. Nach und nach löste sich der Zug auf; gegen 2 1/2 Uhr hatte das Stadtbild hier sein gewohntes Gepräge wieder erlangt. Aber der Hunger der Masse ist noch nicht gestillt und wird nicht ruhig bleiben.

Große Empörung unter den Passanten rief das Vorgehen der an der Spandauer Brücke postierten Polizei gegenüber einem Fahrgast der Straßenbahn (Gerichtsdöring 5) hervor. Durch das Herannahen eines Zuges Versammlungsbefucher von den Germaniafilialen scheinen die dortigen Polizeibeamten nervös geworden zu sein. Plötzlich beobachteten Passanten, wie einige Schutleute von dem Straßenbahnwagen einen Mann herunterholten und auf denselben mit Häuten einstießen, so daß er blutete. Auf Befragen, was der Mann getan habe, erklärten die Beamten, sie seien von demselben beschimpft worden. Diese Behauptung wurde jedoch nicht nur von den übrigen Fahrgästen, sondern auch von dem Schaffner des Motorwagens als irrig bezeichnet. Der von den Beamten Mißhandelte hatte noch ein Kind im Innern des Wagens und war bereits in den Koffeln aufgestiegen. Als die Polizei gar Niene machte, den Mann zu verhaften, machten der Schaffner und auch einige Passanten den Leutnant darauf aufmerksam, daß sich ein Kind desselben im Wagen befände, das man doch nicht allein lassen könne. Sowohl der Schaffner wie auch die vorzüglich werdenden Passanten wurden zunächst unsanft angefahren, und erst als der Schaffner erklärte, nicht weiterfahren zu wollen, wenn nicht die Polizei auch zugleich sich des Kindes annehme, ließ man den Mißhandelten los. Bei dem Anblick, wie eine Anzahl Schutleute den völlig schuld- und wehrlosen Mann behandelten, bemächtigte sich der Umstehenden eine große Erregung.

Unbehelligt blieb ein Demonstrationzug, der um ziemlich dieselbe Zeit mit etwa 30 Mannern und klingendem Spiel die Chausseestraße entlang nach dem Kriegervereinshaus zustrebte. Es war — die Jugendwehr, der von der Polizei der Weg frei gemacht wurde. Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe!

Soziales.

Eine halbe Minute Arbeitszeit soll eine Mark kosten!

Schändliche Strafbestimmungen befinden sich in der Arbeitsordnung der Chemischen Fabrik von Schering. Jedem Arbeiter, der in den Arbeitsräumen Besuche empfängt, wird eine Strafe bis zur Hälfte des täglichen Arbeitsverdienstes angedroht. Mit dem Arbeiter H., der Mitglied des Arbeiterausschusses ist, sprach eine Viertelstunde vor Beendigung der Arbeitszeit ein Kollege aus einem anderen Arbeitsaal, dessen Arbeitszeit erst eine Viertelstunde

später begann. Ein Angestellter der Firma beobachtete das Gespräch und bewirkte, daß der Arbeiter H. in eine Ordnungstrafe von 1 Mark genommen wurde. Er klagte gestern vor der achten Strafkammer des Gewerbegerichts auf Rückzahlung der Mark. Er legte dar, er habe angenommen, daß der Kollege, ihn in seiner Eigenschaft als Mitglied des Arbeiterausschusses habe sprechen wollen. Der Vertreter des Beklagten machte geltend, daß das Gespräch mindestens — eine halbe Minute gedauert habe. Die Strafe sei zu recht verbängt worden, denn nach den Paragraphen 17 und 21 der Arbeitsordnung sei es verboten, Besuche zu empfangen.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Rückzahlung der Ordnungstrafe, da diese zu unrecht auferlegt ist.

Gestaltung der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

Die 15. Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer tagte vom 23. bis 25. September im „Volkshaus“ zu Steintin. Es waren auf ihr 58 Delegierte, 4 Mitglieder des Hauptvorstandes und ein Mitglied der Kontrollkommission anwesend. Nach dem Geschäftsbericht zählt die Kasse in 371 Verwaltungsteilen 18 300 Mitglieder. Bei der Debatte über das fernere Schicksal der Kasse wurde außerordentlich heftig die Frage umstritten, ob die freie Hilfskasse der Zimmerer in Zukunft als Ersatzkasse nach § 503 der Reichsversicherungsordnung bestehen bleiben, oder in eine Zuschußkasse umgewandelt werden soll. Nachdem 23 Redner das Für und Wider mit den eigenartigen örtlichen Verhältnissen begründeten, wurde in namentlicher Abstimmung die Umwandlung in eine Zuschußkasse wie auch in eine reine Ersatzkasse abgelehnt. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, die freie Hilfskasse der Zimmerer als Ersatzkasse in Verbindung mit einer Zuschußkasse weiter bestehen zu lassen. Die Kasse wird in Zukunft Mitglieder führen, denen, je nach der Beitragsleistung, neben dem Krankengeld Arzt und Medizin gewährt wird, oder die bei niederen Beiträgen nur einen Zuschuß zum Krankengeld erhalten. Die ersignamte Art der Mitglieder gehören der Ersatzkasse an und sind von den Leistungen zu den Pflichtklassen befreit, wenn sie an die zuständige Krankenkasse einen dahingehenden Antrag stellen. Hierzu sind Einrichtungen vorgesehen, die diese Arbeit den Mitgliedern erleichtern.

In den neuen Satzungen sind an Beiträgen und Leistungen folgende: für Mitglieder der Ersatzkasse:

I. Klasse 1,05 M. Beitrag, Krankengeld pro Woche 18 M.
II. „ 0,90 „ „ „ „ 15 „
III. „ 0,75 „ „ „ „ 12 „
IV. „ 0,60 „ „ „ „ 9 „
V. „ 0,45 „ „ „ „ 6 „

Für Mitglieder der Zuschußkasse.

I. Klasse 60 Pf. Beitrag, Krankengeld pro Woche 18,50 M.
II. „ 50 „ „ „ „ 11,25 „
III. „ 40 „ „ „ „ 9,00 „
IV. „ 30 „ „ „ „ 6,75 „
V. „ 20 „ „ „ „ 4,50 „

Das Krankengeld wird auf die Dauer von 40 Wochen gewährt. Der Sitz des Vorstandes und des Revisionsausschusses wird Hamburg, des Aufsichtsrates Berlin.

Die neuen Satzungen treten mit dem 1. April 1913 in Kraft.

Gründung eines „nationalen“ Krankenkassenverbandes.

In Köln sind am Sonntag zu dem ausgesprochenen Zweck, einen Teil in den Zentralverband der Ortskrankenkassen Deutschlands zu treiben, Zentrumsleute, Vertreter der christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine, Antisemiten, Gelbe, Vertreter der Hirsch-Dunderschen, nationalliberale Parteigrößen und Vertreter von Arbeitgeberorganisationen zusammengekommen, um einen „Verband deutscher Krankenkassen“ zu gründen. Der wütende Haß gegen die Sozialdemokratie hatte diese Herrschaften zusammengeführt, um einer durchaus neutralen Organisation, in der bisher Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgreich zusammengearbeitet haben, in den Rücken zu fallen. In den Ruhmesklängen der christlichen Gewerkschaftsführer, die auch bei dieser neuen Gründung im Vordergrund stehen, wird ein neues Vorbeerbild gezeichnet. Behrend hielt die Begrüßungsansprache. Kennzeichnend für die parteipolitischen Beweggründe ist es, daß unter anderem der Generalsekretär der rheinischen Zentrumspartei, ferner der Generalsekretär der nationalliberalen Partei des Rheinlands und der Vorsitzende der rheinischen Nationalliberalen, Professor Rosenhauer, erschienen waren. Ebenso war der Generalsekretär Salbach von dem Betriebskrankenkassenverband aus Essen erschienen und auch noch andere Vertreter von Arbeitgeberorganisationen. Der Referent Waltrusch-Köln gestand ganz offen, daß die Anregung zur Gründung des Verbandes aus den Reihen der Mitglieder und Beamten der christlichen Organisationen erfolgt sei, ebenfalls aus den Reihen der nationalliberalen Vorstandsmittelglieder, Residenten und Vertreter deutscher Ortskrankenkassen, die „der sozialdemokratischen Vorherrschaft“ im Hauptverband der Ortskrankenkassen überdrüssig sind! Professor Rosenhauer bezog sich auf ein Schreiben Wasserhaus, daß die nationalliberale Partei einen solchen Verband auf nationaler Grundlage freudig begrüße und freudig mitarbeite. Man beschloß die Gründung des Verbandes, dem angeblich sofort 41 Krankenkassen mit etwa einer Viertelmillion Mitgliedern beitraten, und wählte einen Arbeitsausschuß, der die erste Generalversammlung vorbereiten soll.

Gegenüber den Erklärungen der Nationalliberalen sei erntet an einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“, worin es heißt: „Die Zahl der Ortskrankenkassen, in denen der Einfluß der

Sozialdemokratie in unzulässiger Weise herabgesetzt ist und zu Reibungen zwischen den Versicherten einerseits und den Arbeitgebern oder Aufsichtsbehörden andererseits hervorgerufen sind, ist verhältnismäßig nicht hoch.“

Und der bekannte Kenner der Arbeiterversicherungsgegebung, nationalliberale Professor Stier-Somlo, sagte auf einer Tagung im Mai 1910:

„Ich stehe der Sozialdemokratie fern, muß aber auf Grund meiner weitreichenden Erfahrungen sagen, daß die von den sozialdemokratischen Arbeitern geleiteten Krankenkassen die besten sind, was um so mehr bedeutet, als die Arbeiter doch selbst die infolge der hohen Leistungen höheren Beiträge aufbringen.“

Aus der Frauenbewegung.

Frau Tony Breitscheid bittet um der Verächtlichmachung unserer Notiz „Frauenrechte bei den Fortschrittlerinnen“ mitzuteilen, daß sie seit Frühjahr d. J. nicht mehr der Demokratischen Vereinigung und zurzeit keiner Partei angehört.

Aus aller Welt.

Des Zaren Denkersknechte.

Die Moskauer Zeitungen bringen fortgesetzt Einzelheiten über die jüngsten blutigen Vorfälle in Automara, wo zahlreiche politische Gefangene infolge der entsetzlichen Behandlung Selbstmord begangen haben. Die „Nachtige Slowo“ veröffentlicht folgenden Brief eines Gefangenen, der einen Einblick in diese Kerkerhöle gestattet:

„Ich möchte nicht schreiben — so beginnt der Brief — ich muß aber, da morgen Ereignisse eintreten können, die mir das Schreiben unmöglich machen. Niemand wird dann wissen, was hier vorgefallen ist.“

Ich schrieb schon, daß am 5. Juli ein neuer Direktor, Golowkin, in unserem Gefängnis eintrat. Infolge der rohen Behandlung entstand bald ein erster Konflikt. Das Gefängnis hungerte sieben Tage. Ein Gefangener machte den Versuch, sich zu vergiften. Glücklicherweise ohne Erfolg. Der Konflikt mit der Administration wurde damals beigelegt. Am 14./27. August brach er aber wiederum in verschärfter Form aus. Der Gefängnisinspektor Sementowitsch, der zur Revision eingetroffen war, suchte den Direktor dadurch zu unterstützen, daß er die Gefangenen roh behandelte und sie duzte. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem Wortwechsel zwischen ihm und dem politischen Gefangenen Brillion, der damit endete, daß der Versuch erteilt wurde, Brillion durchzuweitschen! Der Versuch wurde vollstreckt und am 17./30. begannen die Gefangenen, die sich von dem ersten Hungerstreik noch nicht erholt hatten, wieder zu hungern. Die Lage war so aussichtslos, daß keine Hoffnung für die Beilegung des von Sementowitsch heraufbeschworenen Konflikts gehegt wurde.

Wenig darauf begannen die Selbstmorde der Gefangenen. Am ersten Tage starben drei: Maslow, Ryschkow und Leibason, am zweiten Buchalski. Drei andere Gefangene, die sich vergiftet hatten, Michailow, Roshtin und Koslow wurden gerettet. (Wie aus einem anderen Bericht hervorgeht, wurde Michailow irrtümlich; einen Selbstmordversuch unternommen ferner die Gefangenen Odinzow und Tscherepow). Heute hungern wir schon den vierten Tag. In Anbetracht der allgemeinen Erschöpfung werden wir kaum den siebenten oder achten Tag überleben. Wenn die Gefangenen sich bis dahin nicht vergiftet oder die Adern durchgeschnitten haben, werden sie vor Erschöpfung zugrunde gehen.“

Am Schluß des Briefes findet sich folgendes Postskriptum, das vom 4. September datiert ist: „Ich erhielt heute neue authentische Mitteilungen. Der Direktor Golowkin erklärte in den Zellen, er verlange von den politischen Gefangenen dieselben militärischen Ehrbezeugungen usw. wie von den Kriminalgefangenen. Wegen Ungehorsams werde er Exekution anordnen.“ Nach dem ersten Todesfall erklärte der Direktor den Gefangenen: „Ich habe von dem Inspektor Sementowitsch den Befehl erhalten, den Hungern gegenüber keine künstliche Ernährung anzuwenden. Euere Sache ist es zu sterben, und meine — Euch zu beerdigen. Das ist alles!“

Die Pest.

Wie ein Telegramm aus London meldet, ist an Bord des englischen Dampfers „Bellaisa“, der am 10. September aus Hamburg auf dem Tyne eintraf, ein Pestfall vorgekommen. Ein Schiffsjunge, der am 10. September erkrankte, ist am 18. September gestorben. Die bakteriologische Untersuchung hat Pest als Todesursache ergeben. Ein zweiter Schiffsjunge, der erkrankt war, ehe das Schiff aus Hamburg auslief, ist am 4. September in Hamburg gestorben. Ein dritter wurde auf der Höhe von Curhaven krank und liegt jetzt in dem dortigen Krankenhaus. Wahrscheinlich handelt es sich auch in diesen beiden Fällen um Pesterkrankungen. Auf dem Tyne sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.

In einem Flecken der Kirgisensteppe sind, wie aus Uralst gemeldet wird, vier Fälle von Peulenpest festgestellt worden, die sämtlich tödlichen Ausgang hatten.

Todesstürze amerikanischer Flieger.

Auf dem Militärflugplatz von College Park bei New York haben sich am Sonnabend und Sonntag zwei schwere Flug-

unfälle zugetragen. Der Leutnant Rodwoll und der Unteroffizier Frank Scott waren am Sonnabendmittag in einem Wright-Doppeldecker aufgestiegen und hatten schon mehrere wohlgelungene Flüge ausgeführt. Die Landung gestaltete sich aber sehr schwierig, der Apparat geriet beim Abstieg ins Schwanken und stürzte aus nicht unbeträchtlicher Höhe ab. Der Unteroffizier war sofort tot, Leutnant Rodwoll erlitt einen Bruch beider Beine und so schwere innere Verletzungen, daß er auf dem Transport nach dem Hospital starb. Am Sonntag unternahm der Flieger Longstaff in Begleitung seines Mechanikers Chevalier einen Aufstieg, bei dem der Apparat aus etwa 100 Metern Höhe abstürzte und die Insassen unter sich begrub. Longstaff war sofort tot, an dem Wiederaufkommen Chevaliers, der schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht wurde, wird gezweifelt.

Unter Kavaliere.

In Würzburg ist es zwischen einem Rechtsanwalt und einem Kavallerieoffizier zu einem Zusammenstoß gekommen, der für den Offizier unangenehme Folgen nach sich ziehen dürfte. In der American Bar des Cafés Wittelsbach entstand zwischen dem Rechtsanwalt Oscar Straub und dem Oberleutnant Herrn v. Thüngen des 1. bayerischen Ulanenregiments in Bamberg ein Streit. Der Oberleutnant, der sich in Zivil befand, häufelte den Rechtsanwalt, der ruhig an seinem Tisch saß, bis dieser sich das Benehmen des Offiziers verbat. Der Oberleutnant fuhr jedoch fort, wühlende Bemerkungen über den Wert des Rechtsanwalts zu machen. Darauf kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf ein Schlächtermeister und ein Ingenieur für den Rechtsanwalt Partei ergriffen. Bei dieser Auseinandersetzung wurde der Offizier geohrfeigt. Darauf rief der Oberleutnant einem in seiner Gesellschaft befindlichen Unteroffizier des Würzburger Artillerie-Regiments den Säbel aus der Scheide und wollte sich damit auf seinen Gegner stürzen. Nun miedten sich andere Gäste des Lokals ein und entrißen dem Offizier die Waffe. Der Vorfall wurde von dem Oberleutnant und von einigen unbeteiligten Zuschauern dem Regiment gemeldet, das über den Offizier Kasernenarrest verhängte. Außerdem befehlete sich der Ehrenrat bereits mit der Angelegenheit. Herr v. Thüngen hat den Rechtsanwalt und den Ingenieur zum Duell fordern lassen.

Immer standesgemäß! Erst verdient man sich redlich Ohrfeigen und dann knallt man den Beleidigten nieder!

Weschnge.

Der Frauenfeldzug zugunsten der Wahl Roosevelts hat nunmehr auch die Anhängerinnen Tatts und Wilsons veranlaßt, für ihre Kandidaten in drastischer Weise Stimmung zu machen. Die für Wilson demonstrierenden Frauen zogen am Sonntag barfuß durch die Straßen New Yorks nach ihrem Klub. Sie wollten damit zeigen, daß infolge der Schanzpolitik, durch welche die Baumwollwaren einen 95prozentigen Aufschlag erleiden, es einer ehrlichen Frau unmöglich gemacht wird, Strümpfe zu tragen. Die Anhängerinnen Tatts zogen im Gegensatz zu den für Wilson demonstrierenden Frauen mit silbernen Strümpfen bekleidet durch die Straßen nach ihrem Klub, womit sie ihr Eintreten für die Schanzpolitik verjämlichlichen wollten. Einige aber sind die feindlichen Schwärmer mit ihren stärkeren Hälften in der gemeinsamen Ausplünderung des Proletariats.

Kleine Notizen.

Unglückliche Liebe. Am Sonnabend ließ sich die 17jährige Anna Abendrot aus Hennigsdorf vom Zuge überfahren. Sie hielt sich im Gebürg nahe der Eisenbahnbrücke verborgen und sprang vor den Zug, der abends 7/7 Uhr in Hennigsdorf eintrifft. Die Unglückliche wurde vollständig in zwei Hälften geteilt. Unglückliche Liebe soll das Motiv zur Tat sein.

Auf der Flucht erschossen. Am Montag morgen wurde in Billau ein junger Mensch, der einen Einbruch in die Festungskasse versuchte, ergriffen. Als er auf dem Wege zur Wache zu entfliehen suchte und auf dreimaligen Anruf nicht stand, feuerte einer der ihn begleitenden Wachmannschaften und traf den Flüchtling tödlich.

Schreckendat in einem Krankenhaus. Ein Metalldreher aus Sülz verschaffte sich Zutritt ins Kölner Krankenhaus unter dem Vorwande, seine dort untergebrachte Ehefrau suchen zu wollen. Der Mann führte ein Fläschchen Gift mit sich, gab davon seiner Frau und nahm dann selbst Gift. Man fand beide als Leichen im Krankenzimmer vor. Auf einem hinterlassenen Zettel teilte der Mann mit, daß er ohne seine Frau, die er verloren gebe, nicht leben könne.

Reichhaus genommen. Mit 90 000 Kronen ist der Kassierer Maier der Steiermärkischen Eskomptbank flüchtig geworden. Maier war Verwalter der Filiale Leoben des genannten Bankinstituts.

Ehetragödie in Wien. In der letzten Nacht hat sich in einem Hause der Hernaller Straße in Wien ein furchtbares Ehe drama abgespielt. Aus Missethat hat der 30jährige Krankenwärter Korichen seine 24jährige Gattin mit einem Seitengewehr den Hals durchschnitten und sich sodann mit einem Taschenmesser zu entleiben versucht. Die Frau ist tot, Korichen schwer verwundet.

Explosion eines chinesischen Pulvermagazins. Das Pulvermagazin von Hautschong in der Provinz Supeh ist durch die Explosion in die Luft geflogen. Das Magazin und die umliegenden Häuser wurden zerstört. Ueber 100 Menschen kamen bei der Katastrophe ums Leben.



Möbel
auf Kredit in so riesenhafter Auswahl, dass
ein ganzer Eisenbahnzug mit zirka 30 Waggons
damit beladen werden könnte. Meine Verkaufs-, Ausstellungs- und Lagerräume umfassen 15 Möbel-Etagen, und ist kein zweites Geschäft auch nur annähernd in der Lage, so kolossale Möbellager aufzuweisen zu können. Besichtigen Sie gefälligst mein Kredithaus, und Sie werden meine Angaben bestätigt finden!

ANZAHLUNG nach Uebereinkunft
Mitglied der Tischler-Innung

B. FEDER Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103

Wichtig für Brautleute und zum Umzuge
KREDIT auf 2 bis 3 Jahre
Mitglied der Tapezierer-Innung

Einziges Kredithaus, welches organisierte Einkassierer beschäftigt.
Einziges Kredithaus, welches ca. 117 000 Konten hat

Deutsche,
englische und
amerikanische

Ulster-Moden 1912/13



Neuhelt: A

Neuhelt: B

Neuhelt: C

Neuhelt: D

Neuhelt: E

Neuhelt: F

Neuhelt: G

Neuhelt: H

Neuhelt: J

Neuhelt: K

Die tonangebenden Moden und die besten Erzeugnisse liefern unsere Kleider-Werke,

Fertige Herbst- und Winter-Ulster I- und II-reihig

Nr. 1. Oliv, grau oder bräunlicher gemusterter Cheviot	18 M.	Nr. 5. Grau, braun, oliv, nach englischer Art gemusterter Cheviot	30 M.	Nr. 9. Braun oder grau mellerter Cheviot mit farbigen Streifen	45 M.	Nr. 13. Grau, oliv und dunkelbrauner Flauchstoff Original Englisch	70 M.
Nr. 2. Hell un- dunkelgraue Diagonal-Cheviots mit bunten Streifen	21 M.	Nr. 6. Fein gemusterter Cheviot oder Flauch, neueste Farben	33 M.	Nr. 10. Dunkelbrauner Flauchstoff mit bunter Rückseite, sehr apart	50 M.	Nr. 14. Sehr fein gemusterter Cheviot mit bunter Rückseite, elegante Verarbeitung	75 M.
Nr. 3. Braun und grünlich mellerter Cheviot, englisch verarbeitet	24 M.	Nr. 7. Cheviots und Flauchstoffe mit angewebter Rückseite, „Spezial-Marke“	36 M.	Nr. 11. Fein gestreifter Diagonal-Cheviot, sehr vornehm und solide	55 M.	Nr. 15. Cheviotin vielen Farben, direkt aus Schottland bezogen, vornehme Ausstattung	80 M.
Nr. 4. Dunkelbrauner Flauchstoff, streng modern	27 M.	Nr. 8. Klein kariertes Cheviot mit bunten Effekten	40 M.	Nr. 12. „Recht englischer Cheviot“, ganz aparte Neuheiten	60 M.	Nr. 16. „Recht englischer Cheviot“, dickflauschig, in oliv, braun oder graumeliert, allerfeinste Verarbeitung und Ausstattung	90 M.

Hochmoderne
Wollvelour-Hüte
in festen Rundformen
beige, resede, grau und grün
4.90 3.75 2.90

BaerSohn

Kleider-Werke. Deutschlands größte Fabrik dieser Art.
Berlin. — Gegründet 1891.

Chausseestraße 29-30 □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Hochmoderne
Haarplüsch-Hüte
in Kniffform oder
fester Rundform
resede, braun, bronce
und grün . . . M. **8.25**

Sonntags nur von 12—2 geöffnet

Das neue Preisbuch (Hauptkatalog Nr. 46) enthaltend die neuesten Moden, ist soeben erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und postfrei zugesandt.

Täglicher Nachdruck verboten

Kios
Cigaretten



Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10

Kleine Berliner
Stück 2 Pf.



NUR
der volle Name
URANIA-SALONOEL
(gesetzlich geschützt)

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische Sicherheits-petroleum der

DEUTSCH-AMERIKANISCHEN PETROLEUM-GESELLSCHAFT

zu erhalten.* Größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr.

DAS BESTE LICHT
ZUR SCHONUNG
DER AUGEN.

Man achte auf nebenstehende Plakate,
welche die Verkaufsstellen anzeigen.



Manoli

Cigarettes
Specialmarken

**Abbas Dandy
Gibson Girl**

Wenn nicht
in d. Nachh.
retour!
Rieserollmöpfe, Lachserringe, Dose
32 Heringe Milchsauce, Goleenai,
Dose 20 norm. Sard., Brathar.,
ca. Del., Goleher.,
Stifte 40 Sp., Bäckig, oder Riffe große
Bäckig, 9 Sorten zusammen 2,95 M.
E. Napp, Hiltosa-Citrusf. 105.

Nähmaschinen!
früher 160, jetzt 70 M. bar,
selt. neu. Beste Fabrikate auf
Abzahlung. Bei Barzahl. hoch. Nab.
Dussen & Co.,
Mauerstraße 86. (Stein Baden.)

Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
H. & P. Uder,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be- kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Möbel kauft man reell
u. am besten beim Tischlermeister.
Größte Auswahl in
allen Holz- und Stahlar-
Tischler-
Gustav Rentel, Landberger Str. 8, bürger Tor

Möbel=Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf
Stuben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme
Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!
Liefere auch nach auswärts!

Heute geöffnet von 8-10.

Die Generalversammlung des Kreiswahlvereins Niederbarnim,

Am Sonntag in Rummelsburg tagte, nahm den Bericht der Delegierten vom Parteitag entgegen.

Genosse Lorenz, der den Bericht gab, sagte, der Parteitag habe einen des Wahlsieges vom 12. Januar würdigen Verlauf genommen und ein Bild der Einigkeit gegeben, wie es seit Jahren nicht auf den Parteitag gesehen wurde. Die vollkommene Einigkeit der Parteigenossen sei zum Ausdruck gekommen bei der Verhandlung über die Sonderkonferenzen, deren Abhaltung allgemein beurteilt wurde. Wenn die Sonderkonferenzen auch nicht gerade verboten wurden, so werde doch der vom Parteitag ausgesprochene Wunsch genügen, daß sie in Zukunft nicht mehr abgehalten werden. Der Redner besprach die übrigen Verhandlungsgegenstände des Parteitages und gab der Ansicht Ausdruck, daß sich auch hier die vollkommene Einigkeit der Parteigenossen befunden habe. So hinsichtlich der Göppinger Angelegenheit und des Falles Nabel. Die Anträge des Kreises zur Reorganisation der Partei seien von den Delegierten zurückgezogen worden, und mit Recht, denn das mit einer noch nie bei einer solchen Gelegenheit befundene Einmütigkeit angenommene Parteistatut lasse im wesentlichen die bisherige Form bestehen, nur der Parteiaussschuß sei als etwas Neues hinzugekommen. — Die Resolution des Kreises zum Stichwahlabkommen sei ja verurteilt worden, aber auch die Dämpfung sei nicht gebilligt worden. Sie hätte auch in der Form, wie sie der Parteivorstand seinerzeit empfahl, nicht gesehen dürfen. Die Darstellung, welche Genosse Scheidemann gegeben, habe den Parteitag überzeugen müssen, daß der Parteivorstand nach Lage der Sache nicht anders handeln konnte. Die Dämpfungsklausel sei allerdings nicht zu billigen. Die Resolution, welche die Dämpfung verurteilt, konnte zurückgezogen werden, nachdem Scheidemann erklärt hatte, eine Dämpfung solle in Zukunft nicht wieder vorkommen. — Der Redner sprach sich anerkennend über das Meistertum des Genossen Gassen und die Stellung des Parteitages zum Imperialismus aus. — Eine Witzrede habe die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zur Weisung hervorgerufen. Es würde vielleicht ein anderes Abstimmungsresultat herausgekommen sein, wenn der Antrag Wiebel nicht als selbständiger Antrag, sondern als Amendement zu dem ursprünglichen Antrage behandelt worden wäre. Es könne als sicher angenommen werden, daß das großstädtische Proletariat nicht für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses sei. Durch die Aufhebung desselben habe man der Weisung keinen Dienst erwiesen. Es sei bedauerlich, daß Gewerkschaftsangehörige, darunter solche des Metallarbeiterverbandes, den Nürnberger Beschluß nicht befolgt hätten. — Die Streikbewegung gegen die Ursachen der Teuerung, ebenso die für den Vergarbelterstreik würden ihre Wirkung nicht verfehlen. — Im Falle Hildebrand habe sich gleichfalls die große Masse der Parteigenossen für den Ausschluß dieses Eigenbrodler entschieden, dem niemand eine Leäne nachweinen brauche. Für solche Genossen, die nicht auf dem Boden des Parteiprogramms stehen und die Parteigenossen auf andere als die durch das Programm vorgezeichnete Bahnen leiten wollen, sei kein Platz in der Partei. — Es sei mit Freuden zu begrüßen, daß nicht der Parteitag, sondern der Parteivorstand den Ort der nächsten Tagung zu bestimmen habe, denn die räumlichen Verhältnisse des Chemnitzer Kongresslokals hätten sich als durchaus unzureichend erwiesen.

Remann bezeichnete die Haltung des Parteitages zur Abhaltung von Sonderkonferenzen als erfolgreich. Weisend habe es ihn (Redner), daß sich eine Mehrheit für die Aufhebung des Nürnberger Parteibeschlusses fand. Einen so vernünftigen Beschluß hätte man nicht aufheben sollen. Wenn sich jemand mit geschwollener Brust und ausgeblähten Waden zur Weisung begibt und dann verlangt, daß ihm der Tag bezahlt wird, von dem kann ich nur — sagte der Redner — mit dem Gefühl der Verachtung sprechen. — Scheidemann habe in seiner freundlichen Weise den Groß-Berliner Genossen einen ganz gelungenen Hieb versetzt. Dazu sei er berechtigt gewesen, denn nach dem Verlauf der beiden letzten Verbandssammlungen von Groß-Berlin habe Scheidemann allerdings sagen können, daß Plea in Berlin Trumpf ist. Der Redner betont, er könne sich mit Plea nicht einverstanden erklären. Wenn auch nur der zehnte Teil von dem wahr wäre, was Plea in der Verbandssammlung sagte, dann würde ich — sagte der Redner — der erste sein, der sich ihm an die Seite stellt. Aber ich glaube, daß die von uns gewählten Vertreter Mannes genug sein

würden, einer Autokratie, wenn sie sich zeigen sollte, entschieden entgegenzutreten.

Partei (Parteitagdelegierter) erklärte sich im großen und ganzen mit den Ausführungen des Genossen Lorenz einverstanden und bemerkte, daß die Delegierten des Kreises in allen Fragen einig waren. Auch gegen die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses haben sie geschlossen gestimmt, weil sie auf dem Standpunkt stehen, daß diejenigen, die am 1. Mai feiern und den Tag bezahlt bekommen, diese Ginnahmen zugunsten der Opfer der Weisung abführen können. Es seien nicht nur Angestellte des Metallarbeiterverbandes gewesen, die den Tagesverdienst nicht abführten, sondern auch Buchdrucker in Parteibetrieben und Parteiangestellte, sogar — Redakteure der Parteipresse seien darunter. Die Sündenböcke seien also in allen Lagern zu suchen. Der Antrag Wiebel habe auch nicht den richtigen Weg beschritten, denn er verlange, daß nur Partei- und Gewerkschaftsangehörige den Tagesverdienst abführen. Das würde ein Ausnahmefall für diese Angestellten bedeuten. Nach dem Grundsatz: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, müßten auch alle in Parteibetrieben Beschäftigten den Tagesverdienst abführen. Der Antrag Wiebel dürfe auf dem nächsten Parteitag nicht angenommen werden. — Im Falle Hildebrand seien die Delegierten des Kreises nicht einig gewesen. Niemand billige die von Hildebrand vertretenen Ansichten. Diese seien aber nur einem kleinen Teil des Parteitages, ja nicht einmal allen Mitgliedern der Reichsverbandskommission bekannt gewesen. Deshalb seien einige Delegierte des Kreises dafür gewesen, daß die Angelegenheit Hildebrand noch auf ein Jahr vertagt werde. Der Redner meint, er hätte es begrüßt, wenn der Antrag Laufenberg angenommen worden wäre. Dies sei der einzige Punkt, in dem die Delegierten des Kreises verschiedener Meinung waren.

Ra u beantragte eine Resolution, welche Protest dagegen erhebt, daß durch die Abhaltung der Generalversammlung die Parteigenossen verhindert würden, an den gleichzeitig tagenden Demonstrationssammlungen teilzunehmen; der Kreisvorstand solle bei solchen Gelegenheiten keine Generalversammlung einberufen.

Der Vorsitzende Brühl erklärte, der Kreisvorstand habe von den Demonstrationssammlungen erst durch den „Vorwärts“ Kenntnis erhalten, als die Generalversammlung bereits angefangen war. Er habe im Zentralvorstand Einspruch dagegen erhoben, daß Demonstrationen durch den geschäftsführenden Ausschuss ohne Mitwirkung der Kreisvertreter beschlossen werden. Einer weiteren Kritik habe er sich enthalten, um der Demonstration nichts in den Weg zu legen.

Hierauf wurde die Resolution zurückgezogen.

Küter bedauert die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. Man müsse das, was Robert Schmidt zu diesem Punkt sagte, vollständig unterschreiben. Der jetzige Beschluß sei geeignet, die Weisung zu schädigen. — Die Mehrheit der Delegierten des Kreises sei für den Ausschluß Hildebrands gewesen. Nur zwei Delegierte hätten auf einem anderen Standpunkt gestanden. Wir sagten uns, wir können dem Antrag Laufenberg nicht zustimmen. Durch die Annahme dieses Antrages würde Hildebrand zwar noch Parteigenosse geblieben, aber vollständig lastgefallen worden sein. Das gebe aber nicht an, daß man auf diese Weise Parteigenossen zweiter Klasse schaffe. Hier gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man halte den Ausschluß für gerechtfertigt und stimme ihm zu, oder man halte ihn für nicht gerechtfertigt und lehne ihn ab. Wäre der Antrag Laufenberg nicht gekommen, so würde die Mehrheit für den Ausschluß Hildebrands noch größer gewesen sein. — Die Rede Scheidemanns zur Reichstagswahl sei geradezu glänzend gewesen. Wenn Scheidemann in der Generalversammlung von Groß-Berlin den Standpunkt des Parteivorstandes zum Stichwahlabkommen vertreten hätte, so würde das Resultat der Versammlung wohl anders ausgefallen sein. — Weiter sagte der Redner, er habe es außerordentlich bedauert, daß die Delegierten von Teltow-Beeskow eine Erklärung gegen die Ausführungen ihres Mitteldeutschen Vied abgaben und hinterher noch einer nach dem anderen auf das Podium kletterte, um zu bekunden, daß er sich der Erklärung anschließe. Das sei doch eine Nichtachtung der Meinungsfreiheit eines Delegierten.

Bähler führte aus: Er glaube nicht, daß eine Rede Scheidemanns eine andere Entscheidung der Groß-Berliner Generalversammlung hinsichtlich des Stichwahlabkommens herbeigeführt hätte. Um so mehr glaube er das, da sich ja auf dem Parteitag die meisten Redner gegen die Dämpfungsklausel ausgesprochen haben. Der Parteitag habe ja zum Stichwahlabkommen seinen Beschluß gefaßt, wohl um des lieben Friedens willen. Scheidemann habe übrigens nicht erklärt, daß ein derartiges Abkommen in Zukunft nicht wieder abgeschlossen werden solle. Es sei aber anzunehmen, daß der Parteivorstand sich sagen werde, die Genossen wünschen eine Dämpfung

nicht, und daß er sich hiernach richten werde. — Der Fall Hildebrand würde durch die Annahme des Antrages Laufenberg keine glückliche Lösung gefunden haben. Wenn ein Parteigenosse von dem sozialdemokratischen Standpunkt so weit abweicht wie Hildebrand und man gibt ihm einen Freibrief, in seinem Sinne weiter zu wirken in der Partei, so muß uns das auf abschüssige Bahnen führen. Nicht nur Hildebrands Wuch, sondern sein ganzes Verhalten rechtfertige den Ausschluß. Ist er doch so weit gegangen, daß er in öffentlichen Wählerversammlungen seinen abwegigen Standpunkt vertreten hat. Es ist allgemein anerkannt, daß Hildebrand nicht auf dem Boden der Partei steht. Ihn unter diesen Umständen in der Partei lassen und die Verantwortung für sein Treiben abzulernen, würde eine Halbheit sein.

Däumell hält ebenfalls die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses für bedauerlich. Dadurch werde der Einbruch erneuert, als ob die große Mehrheit der Vertreter des Proletariats sich weigere, einen kleinen Beitrag aus ihrer Tasche zu zahlen, wenn sie für nicht geleistete Arbeit einen Tagelohn erhalten haben. Es sei sehr zu bedauern, daß Genosse Pfanstuch auf dem Parteitag ohne nähere Angabe gesagt habe, daß auch Parteiredakteure dem Nürnberger Beschluß nicht nachgekommen seien. Wenn man solche Mitteilung macht, dann müsse man auch nähere Angaben machen, denn sonst könnte mancher in falschen Verdacht kommen. — Der Ausschluß Hildebrands sei gerechtfertigt. Der Partei könne nur angehören, wer ihr Programm anerkennt. Von wissenschaftlich gebildeten Leuten müsse man in erster Linie verlangen, daß sie sich der Partei nur unter der Voraussetzung anschließen, daß sie ihr Programm anerkennen. Wer eine andere Meinung hat wie die Partei, der könne seine Meinung draußen vertreten. Niemand werde an der Vertretung seiner Meinung gehindert. Innerhalb der Partei, als Parteimitglied, dürfe man gegnerische Anschauungen allerdings nicht vertreten. Soweit könne die Meinungsfreiheit nicht gehen. Andere als sozialdemokratische Anschauungen dürfe es innerhalb der Partei nicht geben.

Stadthagen bemerkt, daß auch er für die auf die Sonderkonferenzen bezügliche Resolution gestimmt habe, nachdem die von Wiebel dargelegte Auffassung als maßgebend erklärt worden war. Es sei zum Ausdruck gekommen, daß Sonderkonferenzen, welche entgegen der Organisation etwas unternehmen, schädlich sind, ob sie nun in der Form von Tee- oder Bierabenden oder in Form von schriftlichem Meinungsaustausch in Form der „Sozialistischen Monatshefte“ stattfinden. Es sei erfreulich, daß zum Ausdruck gekommen sei, man solle nach Einheitslichkeit streben, ohne die eigene Meinung aufzugeben. Es sei nicht wahr, daß nun alle Meinungsverschiedenheiten geschwunden seien. Die Unterscheidung zwischen rechtem und linkem Flügel der Partei werde bleiben. — Den Beschluß über die Weisung bedauert der Redner. Es sei gesagt worden, die Bezirkssekretäre hätten die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses befürwortet, weil er ihnen viel Arbeit durch Ausschlußanträge bereite. Dieser Grund dürfe nicht ausschlaggebend sein. Die Arbeit müßten die Bezirkssekretäre schon auf sich nehmen. Wenn es vorgekommen sei, daß ein Parteiredakteur dem Tagesverdienst nicht abgeführt habe, so gehöre ein solcher Redakteur nicht an seinen Platz. (Zustimmung.) Wenn man ihn an seinem Platz lasse, so sei das schlimmer als die schlimmste Sonderkonferenz. (Heiterkeit und Zustimmung.) Durch die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses werde nach außen der Anschein erweckt, als ob die Gegner der Arbeitdrube am 1. Mai die Mehrheit in der Partei bilden. Das sei aber nicht der Fall. — Daß in Groß-Berlin eine andere Entscheidung über die Dämpfung zustande gekommen wäre, wenn Scheidemann gesprochen hätte, sei eine falsche Auffassung. — Es sei unverständlich, daß im Falle Hildebrand Meinungsverschiedenheiten unter den Delegierten entstehen konnten. Der Partei könne doch nur angehören, wer sich zu ihren Grundsätzen bekennt. Einige Genossen hätten Angst gehabt vor ihrer eigenen Courage und sich nicht getraut zu sagen, Hildebrand gehöre nicht zu uns, der muß hinaus. Und doch gibt selbst die „Deutsche Tageszeitung“ zu, daß von einer Vereinträchtigung der Meinungsfreiheit keine Rede im Fall Hildebrand sein könne. — Im großen und ganzen könne man mit den Ergebnissen zufrieden sein.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen.

Küter bemerkte, nicht er sei der Meinung, daß eine Rede Scheidemanns in Berlin ein anderes Ergebnis gezeitigt haben würde, sondern andere Genossen hätten ihm gegenüber diese Meinung vertreten. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Lorenz konstatierte der Vorsitzende Brühl, daß Anträge nicht vorliegen; er könne aber feststellen, daß die Generalversammlung ihr Einver-

Kleines feuilleton.

Der englische Sonntag. Nichts kann einen Besucher Albions, der an den Trüben des kontinentalen Sonntags gewöhnt ist, einsamer und trauriger stimmen als der englische Sonntag. Die Straßen sind wie ausgeföhren, die Theater geschlossen. Nur hier und da sieht man einen Tabakladen, der geöffnet ist — ein Beweis dafür, welche wichtige Rolle das Rauchen in unserer Zivilisation spielt. Die Wirtschaftler sind während des Gottesdienstes geschlossen und öffnen ihre geschlossenen Türen in London nur zwischen 1 und 8 Uhr nachmittags und 6 und 11 Uhr abends. Wenn man beachtliche, mit dieser Maßregel die Jünger Gambins und Bachers in die Verbannung zu treiben, hat man sich gründlich verrechnet. Die Freunde der Wirtschaftler haben sich den Verhältnissen einfach angepaßt. Für Leute, die keine höheren Bedürfnisse haben, ist der ganze Sonntag ein Tag der Langeweile, die durch den Besuch einer Kirche nur verstärkt wird. Die Verdienten stehen im allgemeinen auf einem sehr tiefen Niveau und orten bei den nonkonformistischen Sekten nicht selten offen in demagogische liberale Parteigänge aus.

Die einzige Unterhaltung, die sich dem denkenden und fühlenden Menschen bietet, sind die Sonntagskonzerte, die man in den letzten 20 Jahren allmählich einfallen konnte, indem man der öffentlichen Heuchelei Nacheiferung. Der verdienstlose Mann, der dies fertig brachte, ist erst vor wenigen Tagen gestorben. Er gründete die „Sunday League“, die des Sonntags Konzerte veranstaltet, zu denen eine kleine Zahl Besucher unentgeltlich zugelassen wird; die große Mehrheit muß jedoch für die „reparierten“ Sitze bezahlen. Die Heiligkeit des Sonntags wurde somit durch seinen profanen Geschäftsbetrieb gehöhrt. Nun haben aber in den letzten Jahren die Kinematographenbesitzer der „Sunday League“ das Geheimnis der Methode abgetan. Auch sie öffnen heute ihre „Kienstypen“ des Sonntags zum Nutzen und Frommen einer guten Sache. Um sich den Verdienst des Sonntags nicht entgehen zu lassen, vermieten sie ihre „Luxustheater“ und „Paläste“ an die in England so überaus zahlreichen, meist religiösen Wohlthätigkeitsgesellschaften, die den Besitzern an Miete und Aufstößen den Löwenanteil der Einnahmen zurückzahlen müssen. Darob ist nun ein großes Nostris entstanden, und es hat den Anschein, als müsse man sich endlich dazu bequemen, die Frage der Sonntagvergnügungen, deren Veranstalter heute den Weg über den Chimborasso der Heuchelei suchen müssen, vorläufig zu regeln.

Einwitten - Heilige. Einen interessanten Besuch dafür, wieviel fremdes Material die bestehenden Religionen mitführen, liefert G. Verrain in der „Revue Egyptienne“. Er behandelt die Verehrung, die gewissen Marabus und christlichen Heiligen in Ägypten von den Wundergläubigen des Islam wie des Christentums zuteil wird. Alle Jahre wandern in der ersten Hälfte des August große Pilgerzüge nach dem Grabe und dem Kloster des Abu Sefein im Norden von Luxor. Die heilige Stätte hat den Ruf einer sichereren Gesehungswunder an Besessenen. Der Kranke wird in Weiß ge-

kleidet und verschleiert dahingebredt. Weicht seine Kaserei, so erschweint, wie die Tradition berichtet, eine Blutspur auf seinem Gewande, die je nachdem, ob er Muselman oder Christ ist, dreieckige oder kreuzförmige hat. Auch dem heiligen Georg von Nazro wird eine interkonfessionelle Heilpraxis angeschlossen und gläubige Bekenner des Islam steden um seines Besundes willen kerzen an. — Die Legrain darlegt, handelt es sich in diesen Fällen um uraltes Glaubensgut. Die wunderartigen Marabus und christlichen Heiligen sind die Erben der alten Pharaonengötter. Die Gestalt, der Name und die Konfession sind verändert, das Wesen des Wunderglaubens aber erhalten geblieben, wie die menschliche Einsicht.

Theater.

Leffing-Theater: Karrentanz, Komödie von Leo Birinski. Birinski hat einen struppelosen, sich über alle tieferen Bedenken wegsetzenden Willen zum Offizi. Er, der in seinem vor zwei Jahren aufgeführten „Poloch“ die russische revolutionäre Bewegung zur Staffage eines mit sensationellen Verwicklungen und Schlägen bis zum Rand gefüllten Schauspiels nutzte, geniert sich nicht, sie jetzt zum Gegenstand eines Possenstücks zu machen. Seine Kämpfer, deren Opfermut überaus stauende Bewunderung hervorrief und die er damals selbst, um Spannung zu erregen, in diesem Sinne dramatisch zu drapieren bemüht war, erscheinen hier als eine Schaar unreifer in schülerhaften Albernheiten sich überbietender Burischen. Sie am Karrentanz des Schwankes tanzen zu lassen, das ist was Neues! Das kann pikant sein, kann verblüffen. Und darauf kommt es an! Wer in Kovinats erfolgreich spekulieren will, muß, um Neues zu bringen, auch Samarz in Weiß und Weiß in Samarz verwandeln können! So peinlich diese Art Privolitas berührt, darf ihr als widerlicher Umstand zugestanden werden, daß sie wenigstens nicht in bewußt reaktionäre Tendenz-macherei einmüßigt.

Der paradoxe Rosentoussch, auf dem sich das Ganze aufbaut, läßt die Operetten-Revolutionäre im Gouvernement des Iwan Chodorowicz als Hüter der Ordnung. Seine Exzellenz den Gouverneur dagegen als Anführer von Unruhen agieren. Sie zeigen sich in dem Bezirk verdächtige Schympome, er erfreut sich eines von Razzias und Hausdurchsuchungen unbehelligten ruhigen Daseins und ist aus diesem Grunde zum Schlußwinkel erwählt, in dem verfolgte, zeitweilig unbeschäftigte Terroristen ihre Ferien genießen. Der süßhe Jüngling Kosalow erbielt von dem Geheimkomitee die Weisung, sich einzumieten bei dem Gouverneur und acht zu geben, daß diesem Wiederer, der nach Petersburg abwandert über revolutionäre Untertriebe berichtet und die für Polizeizwecke ihm zugewandten Gelder spurlos in der eigenen Tasche verschwinden läßt, kein Paar verächtlich gekrämmt wird. Daß die unaussprechliche Frau des Gouverneurs den schönen Fremden, der im Dienst der guten Sache keine Beschränkung scheut, mit ihrer Kunst beschenkt, macht ihn dem bequemen Gatten nur noch teurer. Aber hinter dem Rücken des Hüters vollzieht sich das Gefährliche. Die Abwesenheit eines Petersburger Revolvers zur Kontrollierung der Berichte rückt in drohende Nähe und Exzellenz arrangiert noch schnell ein kleines Attentat. Der

dicke Chef streckt sich zu Boden und der Seante knallt durchs offene Fenster eine Pistole in die Luft. Nun soll die Hege losgehen. Es sei denn, daß bewiesen werden könnte, daß diese Tat nichts mit der Politik zu schaffen habe. Und Kosalow springt in die Weiche. Er tritt mit der heroischen Lüge vor den verlegenen Gouverneur, er selber sei der unerkannt entwischte Attentäter, ebrecherische sinnige Liebe zu dem Weibe des väterlichen Freundes hätte ihn zu dem freibrischen Anschlag getrieben, nun fordere er zeitigen Sinnes die wohlverdiente Strafe. Der Streit, der sich dabei entzündet, wird glänzend humoristisch ausgearbeitet. — Auch der Schluß hat einige Trümpe. Der Gouverneur, der den Revolver für einen verkleideten Terroristen hält, animiert ihn zu einem Rutsch usw. Inedes der Ausgang — die Gefangenahme nicht nur des Gouverneurs, auch der von ihm entführten jungen Schwärmer — rief durch die Perspektive auf den Kerker die Erinnerung an den furchtbaren Ernst der Wirklichkeit, den Unwissen über die schreienden Verlogenheiten des Possenstücks hervor. In dem Applaus am Schlußes lang ein erfreulich starker Protest hinein. Die beiden Hauptrollen, der verlorert joviale Gouverneur und sein idealistisch verklärter Partner Kosalow waren mit Reichert und dem schlanke-jünglingshaften Herrn Kurt Stielker trefflich besetzt. Sonst traten insbesondere noch Paula Eberts rindliche Gouverneurin, Theodor Loos höflichwängig schläfriger Sekretär mit der Grabesstimme und Mathilde Sussins scharfsinnige Parsha hervor.

Notizen.

— Die städtische Kunstdeputation hat also glücklich ihre 6000 M. in der Sezession für einige ziemlich unsektionistische Kunstwerke an den Mann gebracht. Heide, das Kornidel, war in Uelau und Corinsh im Frack. Das feinedwegs rauchlose Pulver dieser ergöhlichen Kanonade ist also nicht vergebens verknallt worden: die Sezession hat verkauft und Heide geredet. — Ausstellungskronik. Eine Ausstellung von Gemälden B. Randinshs aus den letzten zehn Jahren wird von der Zeitschrift „Der Sturm“ in der Königin-Augusta-Straße 51 veranstaltet. Sie wird am 2. Oktober mittags 12 Uhr eröffnet. — Amundsen's Nordpolfahrt. Da der Ozeanograph der neuen Amundsen's Nordpolexpedition erkrankt ist und daraufhin eine Verchiebung der Expedition um ein Jahr notwendig geworden ist, hat Amundsen beschloffen, sich selbst zum Ozeanographen auszubilden, um die beabsichtigte Fahrt früher antreten zu können. — Ein Klaus Groth-Denkmal wurde in Kiel enthüllt. — Die Lösung der sozialen Frage. Im neuesten „Euphrosimus“ wird einer Arbeiterdeputation folgender Bescheid von ihren Ausbeutern: „Die Sache liegt sehr einfach, meine Herren: in der Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs hungern Sie, weil die Preise steigen — in der Zeit wirtschaftlichen Niedergangs, weil die Löhne sinken. Adios!“

Ständnis mit den Beschlüssen des Parteitag zum Ausdruck gebracht habe. — Zur Frage der

Begleichung der Referenten

bemerkte Dr. Hül: Im Bericht des „Vorwärts“ über die Generalversammlung von Groß-Berlin werde gesagt, Vertreter von Zeltow-Deeslow und Niederbarnim hätten erklärt, sie würden die Referenten bei Protest- und Demonstrationen nach wie vor bezahlen, weil es nicht anders ginge. Das sei nicht zutreffend. Nur von Zeltow-Deeslow, aber nicht von Niederbarnim sei eine solche Erklärung abgegeben. Er (Hül) habe erklärt, der gefasste Beschluss, die Referenten bei Protest- und Demonstrationen zu bezahlen, nicht zu honorieren, müsse gehalten werden, auch wenn es schwer sei, ihn durchzuführen. — Auf Antrag des Genossen Brühl beschloß die gegenwärtige Versammlung: „An die nächste Verbandsgeneralversammlung den Antrag zu stellen, den vordem schon in Kraft gewesenen sogenannten Zontentarif für Referenten bei Protest- und Demonstrationen wieder einzuführen.“ Dem Bericht der Mandatprüfungskommission zufolge sind anwesend 111 Delegierte, 22 Bezirksleiter, 15 Kreisvorstandsmitglieder. Es fehlen je ein Delegierter aus Bichtenberg, Porphirwalde, Oranienburg, Bernau, Friedrichthal, Friedrichshagen, Herzfelde, sowie die Bezirksleiter von Kaulsdorf und Walsdorf. Gar nicht vertreten sind die Bezirke Bruchmühle, Reuenhagen, Petershagen, Weihensee.

Gerichts-Zeitung.

Durchsuchungen in dem Moabiters Untersuchungsgefängnis

Bildeten den Gegenstand einer Verhandlung, welche gestern bis in die späten Nachmittagsstunden hinein die 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karren beschloß. Angeklagt wegen Verletzung waren der Gefangenen-ausspicher August Teck, der aus dem Zuchtbaue vorgeführte Weibchen Karl Goebel, der Zigarrenhändler Robert Kramer und die Witwe Emilie Kuske, geb. Klavonn. — Die vorliegende Sache steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Sache Holz und Genossen, in der es sich, wie seinerzeit berichtet, um umfangreiche Diebstahlsfälle handelte. In dieser Sache wurde u. a. der jetzige Wittange-

lagte Goebel zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er zurzeit verbüßt. Während des Ermittlungsverfahrens in der Diebstahlsache machte der Kriminalkommissar Hoppe wie auch der Untersuchungsrichter die Wahrnehmung, daß sich recht auffällige Uebereinstimmungen der Angaben der Angeklagten mit den Angaben plöglich auftauchender „Entlastungszeugen“ ergaben. Die deshalb eingeleiteten Ermittlungen führten zu der Erhebung der vorliegenden Verletzungssache. Nach dieser soll der Angeklagte Teck, außer seinerzeit in dem Moabiters Untersuchungsgefängnis als Aufseher tätig war, sogenannte „Raffiber“, auf welchen den Entlastungszeugen mitgeteilt wurde, was sie vor Gericht aussagen sollten, in dem Zigarrengefaß der Wittangeklagten Kuske, die mit Kramer in wilder Ehe lebte, abgegeben und dann später die Antworten wieder in das Untersuchungsgefängnis hineingeschmuggelt haben. Für diese Dienste soll Teck, wie von der Angeklagten Kuske früher auch eingeräumt worden war, Zigarren und außerdem für seine Ehefrau ein Kostüm erhalten haben. — In der gestrigen Verhandlung bestritten alle vier Angeklagte, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben.

Das Gericht verurteilte Teck zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft und Aberkennung der Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre, Goebel zu 3 Monaten, Kramer zu 3 Monaten Gefängnis und die Kuske zu 100 M. Geldstrafe.

Die Bergweilungstat eines betrogenen Ehemannes

lag einer Anklage wegen versuchten Totschlages zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrates Eberdt das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigte. Aus der Untersuchungs- haft wurde der Arbeiter Gustav Rädler aus Groß-Lichterfelde vorgeführt. — Die Bergweilungstat entrollte das Bild einer durch Schuld der Frau gerüttelten Ehe, welche schließlich dazu geführt hatte, daß der betrogene Ehemann zum Revolver griff, um nach dem er auf seine Frau geschossen hatte, sich selbst eine Kugel in die Schläfe zu jagen.

Der Angeklagte, welchem von allen Seiten das Zeugnis eines anständigen, ruhigen, freisinnigen und fleißigen Arbeiters gegeben wird, ging im Jahre 1909 mit seiner Ehefrau Frieda, geb.

Zick, die Ehe ein, welcher ein Kind entsproß. Die Ehe war von Anfang an nicht recht glücklich. Wie der Angeklagte vor Gericht behauptete, habe seine Frau alles verkommen lassen, das Kind im Schmutze liegen lassen, um zu einem Falle des Gütemplerordens gehen zu können. Außerdem habe sie sich mit anderen Männern abgegeben und Vergnügungen gesucht, während er mit dem Kinde allein zu Hause saß. Der Angeklagte hatte mit seiner Vermutung, daß es seine Frau mit der ehelichen Treue nicht genau nehme, auch recht, denn in der gestrigen Verhandlung machte ein Zeuge, über diesen Punkt befragt, die Aussage verweigern. Ende Mai d. J. war die Ehefrau des Angeklagten, wie schon mehrmals vorher, wieder einmal ihrem Mann entlaufen und zu ihrer in Groß-Lichterfelde wohnhaften Mutter gezogen. Als der Angeklagte, der seinen Haushalt verlor, nach Berlin ziehen wollte, am Abend des 30. Mai in der Wohnung der Schwiegermutter erschien, um von hier die Betten seines Kindes abzuholen, kam es zwischen ihm und seiner Frau zu einem Streit. Plötzlich zog er einen Revolver hervor und gab auf die Frau mehrere Schüsse ab. In einer Art Wutanfall packte er sie dann am Halse und stach mit einem abgebrochenen Messer auf sie ein. Nachdem sich seine Frau losgerissen hatte, schloß er selbst den Revolver an die Schläfe und drückte ab. Er wurde schwer verletzt aufgefunden und nach dem Krankenhaus geschafft, wo er längere Zeit in Lebensgefahr schwebte. Die Frau selbst war von zwei Kugeln getroffen worden, die aber keine lebensgefährlichen Verletzungen verursacht hatten. In der gestrigen Verhandlung schilderte der Angeklagte sein trauriges Los und erklärte, daß er selbst nicht wisse, wie er zu der Tat gekommen sei. Er bat, ihn mit einer milden Strafe davonkommen zu lassen, damit er bald wieder zu seinem Kinde zurückkehren könne. — Rechtsanwält Dr. Frech machte für den Angeklagten geltend, daß jeder Nachweis für eine Tötungsabsicht fehle. Bei der ganzen Sachlage könne der Angeklagte höchstens wegen Körperverletzung zu einer milden Strafe verurteilt werden. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach Körperverletzung und erklärten gleichzeitig, daß sie für den Angeklagten einstimmig ein Gnabengesuch fertigt hätten. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Der Angeklagte wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Verspätet!
Unserem Freunde und Genossen
Julius Leidukat
nebst lieben Frau
zu der am 27. 9. 1912 stattgefundenen Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des Bezirks
541 A, Abt. 4, 8. Wahlkreis.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Karl Hube
sage allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Gefangenenverein der Poper und Sektion der Poper, Jahnstraße Berlin, meinen herzlichsten Dank.
Marie Hube.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Spezialarzt
f. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden, etc.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber Spt. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Tagelohn. Separates Damenzimmer.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahndorf Alexanderplatz und Volkspolizeidirektion. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. Referent für alle Krankenkassen.

Gilbstrass No. 27291.
„... In Herzogen von
Karlshofen's Malzbräu gisfuln
sonstfüßlich in der Billigkeit.
Im Hoflopfmahl und Im
Lokumlißkeit.“
Lore Ofalt monst' 61

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Weißensee.
Nachruf.
Am Dienstag, den 24. Septem-
ber 1912 verstarb unser Mitglied,
der Restaurateur

Oskar Kremser
im 46. Lebensjahr.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Son-
ntag stattgefunden. 18/14
Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Julius Vogelländer
(Mittelfelder)
verstorben ist. Wir werden ihm
ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am
Donnerstag, 3. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes in der
Friedenstraße, 54e Sektion, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Georg Reif
am 27. September an Lungem-
leiden gestorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 1. Oktober, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes in der
Friedenstraße aus statt.
Hohe Beteiligung erwartet.
125/7 Die Ortsverwaltung

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unsere
inniggeliebte Mutter und Groß-
mutter
Charlotte Clement
geb. Rodenberg
am Freitag verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, nachm. 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des franzö. Wilhelms-
Kirchhofes, Wollanstr. 43, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und Vaters sage
wir allen Bekannten und Verwandten
meinen herzlichsten Dank.
Wilhelmine Lemme
nebst Kindern

Zigarren-Händlern
bequemsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und
reichhaltigste ausgestattete
Tabak-, Zigarren- u. Zigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.
Amt Königstadt 3661.
Offiziere sämtliche bekannten Berliner und Dresdener
Zigaretten zu Original-Fabrikpreisen.
Generalsortier
gesezl. gesch. Kapitän-Kaulabake,
Rauch- und Schnupftabak; Hauptniederlage der Kautabak-Fabrikanten
G. H. Sauerwader und Grimm u. Frießel in Nordhausen;
Brödr. Braun in Kopenhagen sowie J. Goldforbs Schnupf-
tabake, Dr. Stargard, Kautabake von Oldenfort, v. Eiden in
Hamburg usw.
Bei **Neueinrichtungen** von Zigarren-Geschäften
bitte mein reichhaltiges
Zigarren-Engroslager
zu besichtigen. — Ich führe nur gut gelagerte, feinste
Qualitäten in allen Preislagen.

Möbel
auf
Kredit
Spiegelschränke Anz. 5 M. an
Bettstellen Anz. 4 M. an
Kleiderschränke Anz. 5 M. an
Vertikos Anz. 8 M. an
Kleiderschränke Anz. 5 M. an
etc. etc.
Abzahlung 1 M.
Zimmer-Einrichtung
Anzahlung 10 M. an
Wohnungs-Einrichtung
Anzahlung 20 M. an
Wittkopp
Rosenthaler Str. 33 I.
vis-à-vis Neue Schönhauserstr.


Urbin
strahlt ja zu scheen, sagt Rieke,
wenn ick uff meme Stiebeln kieke
In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban o Lemm, Charlottenburg.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt III, 2438.
Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Saalinhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.
Geschäftszeit täglich von 10¹/₂—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal gültig und muß
mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Sie kaufen vorteilhaft
MÖBEL
auch auf
KREDIT
im Spezial-Geschäft von **WILHELM**
MISCH
Große Frankfurter Straße 45-46 I.
(Bitte genau auf Hausnummer achten!)

Ohne Anzahlung
Wefers an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und
bequemer Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Paraloren, Gardinen, Laib- u. Bettwäsche, Stoppdecken,
Teppiche, Kronen, Pelzgarnturen
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Straße
Sonntag von 12—2 geöffnet.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
22 Mitglieder-Versammlungen

- in folgenden Lokalen:
- | | |
|---|--|
| 1. Abt.: Obiglio, Schwedter Str. 23, kl. Saal | 12. Abt.: Artushof, Verlegerer Str. 26. |
| 2. " Obiglio, gr. Saal | 13. " Moabiter Bürgerfeste, Beussel- |
| 3. " Verolina Säle, Schönh. Allee 28,
großer Saal. | 14. " Stadttheater Moabit, Alt-Moabit
Nr. 47/49. |
| 4. " Puhlmanns Theater, Schönhauser
Allee 147. | 15. " Umständehalber findet die Versamm-
lung erst Donnerstag, den 3. Oktober,
in den Arminushallen, Bremer-
Straße 70/71, statt. |
| 5. " Schulz, Rappellallee 25. | 16. " Funke's Gesellschaftsh., Triftstr. 63. |
| 6. " Süßmilch's Konzerthaus, Born-
holmer Str. 7. | 17. " Kolberg, Festfeste, Kolberger Str. 23. |
| 7. " Griefke, Koppenhagener Str. 74. | 18. " Frankes Festfeste, Badstr. 19. |
| 8. " Zwinnmünder Gesellschaftshaus,
Zwinnmünder Str. 42. | 19. " Schmidts Festfeste, Pringelallee 33. |
| 9. " Dase, Brunnenstr. 154. | 20. " Pharusfeste, Müllerstr. 142, gr. Saal |
| 10. " Kramer, Hufschmiedstr. 40. | 21. " Pharusfeste, unt. Saal. |
| 11. " Oranienburger Festfeste, Chaussee-
straße 16. | 22. " Sachon, Müllerstr. 136. |

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Stellungnahme zum Antrag der 13. Abteilung.
Die 13. Abteilung beantragt: Den § 4 der Ausführungsbestimmungen in der Fassung der Kreis-
konferenz vom 4. Juni wiederherzustellen.
Referenten: Oswald Aysche, Adolf Buhl, Hermann Clajus, Adolf Cohen,
Wilhelm Dentzer, Emil Eichhorn, Agnes Fahrenwald, Ernst Gehrke, Richard Henschel,
Johann Haß, Paul John, Joachim Klöß, Hugo Poetzsch, Kurt Rosenfeld, Willi Siering,
Georg Schmidt, Max Schütte, Albert Störmer, Georg Ucko, Emil Unger, Rich. Woldt,
Hermann Weise.

Mitgliedsbuch legitimiert. 232/16* Der Vorstand.

Britz! Britz!
Verband der Hausarztvereine
Mittwoch, 2. Oktober 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Rest. Veder
(vorm Landhaus), Chaussee 97: 604b
Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Verschiedenes.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher zc.
Küchenmöbelbranche.
Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Rusifersälen,
Kaiser-Wilhelmstraße 18 m: 604b
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Das Koalitionsrecht und dessen Feinde.
Referent: Redakteur Hans Weber. 130/9
2. Diskussion. 3. Brandenburgerangelegenheiten.
Schleunigen Besuch erwartet Die Branchenleitung.

Wirtschaftsmöbel. Zu ganz
spottbilligen Preisen als Gelegenheits-
käufe sind wieder prachtvolle, sehr wert-
volle Herrenzimmer, Salons, Speise-
zimmer, moderne Küchen, Wohnzim-
mer, Schlafzimmer in allen Holz-
arten, einzelne Stühle, Schreibtische,
Bücherregale, 40. Spiegelkränze,
Kleiderkränze, Vertikals, Wasch-
toiletten, Klubsessel, Lederhühle, Sofas,
Chaiselongues mit schöner Decke 22,50,
Blüschgarnituren, Ausleuchtliche, Tru-
mens 30,00 an, Bettstellen, Rohr-
hühle, Solatische, Rüstische, Plurgar-
deroben, über 500 Prachtteppiche extra
billig, Tischdecken, Steppdecken, Tisch-
portieren 7,50 an, Gardinen, Gar-
dinen, Erbstühlstühle 3,50 an, Tisch-
bettedecken, Chaiselonguedecken, Stand-
uhren, Freischwinger 12,00, eine Partie
Bilder mit Prachtrahmen sowie an-
dere Gelegenheitskäufe in meinem
bekanntem großen Möbeldepot, An-
halten Baumfelder, Eingang nur
Rödenstraße 25, Hochbahnstation
Rödenbrücke. Gefaltete Möbel können
unentgeltlich lagern. Otto Viede,
Barenspicher für Gelegenheitskäufe,
für Brautleute, Pensionate, Hotels
extra billige Preise. 235/8*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Morgen Mittwoch, den 2. Oktober 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. 80/8
Versammlungsorte:

- Tischler.**
Südwesten u. Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Süden: bei Griefke, Wasserlorenz 68.
Südosten I u. II: im Lokal Züsch, Waldemarstr. 75.
Osten I: bei Ring, Langestr. 53.
Osten II: bei Guth, Warschauer Str. 61.
Osten III: bei Bergmann, Borsigher Str. 26.
Oestliche Vororte: bei Dr. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzen-
straße 47, Ede Schauerbergstraße.
Nordosten: bei Wermann, Gr. Brannfurter Str. 16.
Jede Tischlerwerkstatt muß einen Vertrauensmann nach dieser Ver-
sammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio,
Schwedter Straße 23.
Wedding und Moabit: bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
Weißensee: im Prälaten, Lehderstr. 122, abends 6 1/2 Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kasino, Reichsstr. 8.
Schöneberg: am 5 1/2 Uhr bei Kutsche, Weininger Str. 8.
Charlottenburg: bei Friedrich Schulz, Ballstr. 90.
Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche
in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
Küchenmöbelbranche bei Lehmann, An der Stenlauer Brücke 3.
Bautischler.
Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff,
Admiralstraße 18 a.
Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Griefke,
Koppenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
Zachse, Lindower Straße 26.
Bezirk 5: Neukölln: bei Scheuf, Rosenstr. 24.
Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter
Osten: bei Veder, Weberstr. 17.
Südosten: im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a.
Norden: bei Gänser, Brannenstr. 96.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den

- Maschinenarbeiter.** Die Versammlung fällt aus.
**Drehfler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-
branche.**
Norden bei Döhling, Brannenstr. 79.
Osten bei Rosa, Subener Str. 19.
Südosten und Südwesten bei Perle, Ritterstr. 123.
Einsatzer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 11.
Modelltischler abends 8 Uhr bei Waldt, Pfingstr. 5.
Stellmacher bei Hummel, Sophienstr. 5.
Jalousiearbeiter bei Walter, Adalbertstr. 62.
Kisten- und Koffermacher in Hermels Vereinshaus,
Holzmarktstr. 21.
Korbmacher bei Krause, Ruslauer Str. 20.
Bürstenmacher bei Preuß, Holzmarktstr. 65.
Kammacher bei Preuß, Holzmarktstr. 65.
Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr
bei Ernst Thomas, Reichlorenz 5.
Klavierarbeiter abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-
auer 14, Zimmer 4 (Arbeitslokal).
Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wächtisch, Stallhofstr. 22.
Bodenleger im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 2, 8 Uhr.
Schirmmacher. Die Versammlung fällt aus.
Vergolder im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 5.
Donnerstag, den 3. Oktober:
Stockerarbeiter. Abends 8 1/2 Uhr im Hermels Vereinshaus,
Holzmarktstr. 21.
Inferatenteil veranw.: E. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu L.
Lehrplan für das 4. Quartal 1912.

Sonntag: Praktische Nationalökonomie. (Tatsachen
der Weltwirtschaft.)
Die Entwicklung zur Weltwirtschaft. — Der internationale
Handel und seine Bilanzen. — Deutschlands Welthandel und
Weltpolitik. — Der moderne Imperialismus. — Produktion und
Konsum der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel und der
wichtigsten Rohstoffe auf dem Weltmarkt. — Der Weltverkehr.
— Die kapitalistische Weltwirtschaft und die Arbeiterklasse.
Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: Rednerschule (mit mündlichen und schriftlichen
Übungen).
Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Dis-
position der Rede und des schriftlichen Berichts. — Praktische
Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik
Vortragender: Max Grunwald.

Montag: Naturerkenntnis.
Die Entwicklung unseres Sonnensystems. — Die Geschichte
der Erde. — Die Entstehung des Lebens auf der Erde. — Bau
und Lebensstätigkeit der organischen Wesen. — Abhängigkeit
der Lebewesen von den Einwirkungen der Umwelt.
Vortragende: Frau Käthe Duncker.

**Montag: Fortschrittskursus im Gewerkschafts-
wesen.**
Vortragender: Emil Dittmer.
Dieser Kursus findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15,
vorn 2 Treppen rechts, Zimmer 27 (Transportarbeiter-Verband),
statt. Mitglieder, die gewillt sind, an diesem Kursus teil-
zunehmen, müssen mindestens ein Jahr Mitglied der Schule
sein und einen Kursus im Gewerkschaftswesen besucht haben.
Meldungen sind bis zum 22. September an den Vorsitzenden
H. Lammé, Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I, einzureichen.

Dienstag: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.
Ueber den historischen Materialismus. — Deutschland am
Ausgange des achtzehnten Jahrhunderts. — Die Einwirkungen
der französischen Revolution auf Deutschland. — Die „Be-
freiungskriege“. — Die deutsche Reaktion. — Die ersten Re-
gierungen der deutschen Arbeiterklasse. — Wilhelm Weitling und
seine Agitation. — Die Klassenkämpfe der vierziger Jahre. —
Marx und Engels. — Das deutsche Bürgertum am Vorabend
der Revolution.
Vortragender: Konrad Haenisch.

Mittwoch: Literaturgeschichte (Von Luther bis Goethe).
Vortragender: Ernst Däumig.
**Mittwoch: Einführung in den wissenschaftlichen
Sozialismus** (I. Teil).
Die Entstehungsgründe der modernen Sozialdemokratie. Die
ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus.
— Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozial-
ismus. — Die sozialistische Taktik. Der „Zukunftsstaat“.
Vortragender: Julian Borchardt.

Dieser Kursus beginnt erst am Mittwoch, den 23. Oktober, und
findet im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, statt.
Donnerstag: Sozialpolitik. (Die Geschichte der sozial-
politischen Gesetzgebung).
Gründe und Anlässe für die Arbeiterschutzgesetzgebung und
die Arbeiterversicherung in Deutschland. — Ansätze im früheren
Recht. — Pflicht des Unternehmers, Haftpflichtgesetze. — Ge-
hilfen-, Seemanns- und Knappschaftskassen; freie Hilfskassen.
— Sozialpolitische Fürsorge in den Einzelstaaten und den
Kommunen vor der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung. —
Die Arbeiterversicherung im Auslande. 6/11*

Vortragender: Georg Schmidt.
Freitag: Gewerkschaftswesen. (Arbeiterschutz, Sozial-
gesetz und Gewerkschaften).
Einfluß der kapitalistischen Produktion auf den Gesundheits-
zustand der Arbeiter. — Aufgaben des Arbeiterschutzes und
der Sozialgesetzgebung. — Der gesetzliche Normalarbeitstag.
— Arbeiterschutz für Kinder, Jugendliche, Arbeiterinnen und
Heimarbeiter. — Sanitärer und allgemeiner Arbeiterschutz. —
Unfallversicherung. — Internationaler Arbeiterschutz. — Organi-
sation des Arbeiterschutzes.
Vortragender: Emil Dittmer.

**Sonabend: Geschichte der Deutschen Sozial-
demokratie (I).**
Die sozialistische Geschichtstheorie. — Die ökonomischen
Voraussetzungen der modernen Arbeiterbewegung. — Utopi-
scher Sozialismus. Sozialistische Strömungen im deutschen
Bürgertum. — Geheime kommunistische Gesellschaften. Marx.
Engels. — Die ersten selbständigen Organisationsversuche der
deutschen Arbeiter. Lassalle. — Die Gründung des Allgemeinen
deutschen Arbeitervereins. — Die internationale Arbeiter-
assoziation. — Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiter-
partei in Eisenach. — Eisenacher und Lassalleaner. Entwick-
lung der Organisationen. — Lassalleaner und Eisenacher bei
den Reichstagswahlen und im Reichstage. Die Einigung 1875
in Gotha.
Vortragender: Emil Eichhorn.

**Unterrichtsbeginn: Dienstag, den 1. Oktober: Deutsche Ge-
schichte im 19. Jahrhundert.** Mittwoch, den 2. Oktober: Literatur-
geschichte. Donnerstag, den 3. Oktober: Sozialpolitik. Freitag, den
4. Oktober: Gewerkschaftswesen. Sonnabend, den 5. Oktober: Ge-
schichte der Deutschen Sozialdemokratie (I). Sonntag, den 6. Oktober:
vormittags 9 Uhr: Nationalökonomie; 11 Uhr: Rednerschule; beide
im Schullokal. Montag, den 7. Oktober: Naturerkenntnis. Montag,
den 7. Oktober: Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen; im
Gewerkschaftshaus, Zimmer 27. Mittwoch, den 23. Oktober: Ein-
führung in den wissenschaftlichen Sozialismus (I. Teil); im König-
stadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntag-
vormittage. Abends Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.
Sonntag vormittags Beginn 9 Uhr resp. 11 Uhr; Schluss 10 1/2
resp. 12 1/2 Uhr.
Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden
von 7 1/2—8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld
für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten
Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler
erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadier-
straße 37, Hof geradezu I Treppe, und in nachstehenden
Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnim-
straße 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Raven-
straße 6; Horsch, Engelauer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann
Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I, Geld-
sendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasen-
heide 56, zu richten. Der Vorstand.

**Bei Rückgrat-
verkrümmung
glänzendste Erfolge**



mit meinem weltberühmten regulierbaren
Reduktions-Apparat — Patent
Hass — für Erwachsene und Kinder.
Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerzte-Kongress
mit d. 1. Preis ausgezeichnet u. erhielt
auf der internationalen Hygiene-Ausstellung
in Dresden 1911 die silberne Medaille.
Prospekt u. fachmänn. Beratung kostenlos.
**F. Menzel, Orthopädisches
Institut,
Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 23.**

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Volkshauses, Rosinensir. 3: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitag. Referent: Genosse Piesch. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Königs-Wusterhausen. Die Fortsetzung der Mitgliederversammlung vom 25. August findet am Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 Uhr bei Wedhorn statt.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 2. Oktober 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitag. Referent: Genosse P. Barthel. 2. Diskussion. 3. Antrag der Bezirksleitung auf Aufhebung der Einzeljahlabende. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Pankow. Der Bildungsausschuss hat für den kommenden Winter folgende Veranstaltungen getroffen: Am 6. Oktober: Theaterabend im Lokal „Zum Kurfürsten“. Zur Aufführung gelangt die Komödie „Die Nacht der Arbeit“ von L. Fulda.

Am Freitag, den 20. November: Lichtbilder-Vortrag des Herrn Otto Roth-Berlin. Ferner ist für die Tage: 1., 8., 15., 22. und 29. November ein Vortragzyklus über: „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ geplant. Referent: Landtagsabgeordneter Julian Vorchardt.

Berliner Nachrichten.

Die Erziehung im ersten Berliner Landtagswahlkreis.

Bei den gestrigen Urwahlen für die Abgeordneten-Erziehung im ersten Berliner Landtagswahlkreis an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Albert Träger (freisinnig) wurden gewählt 375 Wahlmänner der fortschrittlichen Volkspartei, 18 Konservative und 85 Sozialdemokraten. 36 Wahlen kamen nicht zustande. Es hätten müssen 514 Wahlmänner gewählt werden. In den Bezirken, wo gestern keine Wahlen stattfanden, muß nun event. eine Nachwahl stattfinden. An dem endgültigen Ergebnis, d. h. an der Wahl des freisinnigen Kandidaten, den die Wahlmänner noch nominieren müssen, wird aber dadurch nichts geändert.

Die Arbeiterbildungsschule

beginnt am heutigen Dienstagabend ihr neues Unterrichtsquartal. Sie bietet diesmal ein so reichhaltiges Programm, wie wohl kaum je zuvor, und man kann nur hoffen und wünschen, daß diese so gesteigerte Bildungsmöglichkeit von der Groß-Berliner Arbeiterschaft mit einer entsprechend zunehmenden Beteiligung am Unterricht beantwortet wird.

Am heutigen Dienstag fängt seinen Unterricht der Genosse Gänisch in der deutschen Geschichte an. Er behandelt das 19. Jahrhundert, das gerade für die Erklärung der modernsten Entwicklung und für die jetzt im Schwunge stehenden „Jubiläumseiern“ so wichtig ist. Am Mittwochabend leitet Genosse Däumig die Vorträge in Literaturgeschichte fort, die er im Anfang dieses Jahres begann. Das Thema: Von Luther bis Goethe wird aber auch selbständig interessanter und viele neue Teilnehmer heranziehen. Am Donnerstag findet der Kursus des Genossen Schmidt über die Geschichte der Sozialpolitik statt. Dies Thema wurde jetzt Jahren von der Generalversammlung der Schule gewünscht, und in der Tat kann man die Mängel des bestehenden Arbeiterkurses und die Notwendigkeit seines Ausbaues nicht besser erkennen als durch seine Geschichte. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft wird diesem Kursus daher ihre volle Anteilnahme zu schenken haben. Mit diesem Gebiet der Sozialpolitik berührt sich der Kursus am Freitag vom Genossen Dittmer über Gewerkschaftswesen, nur daß hier die gegenwärtige Sozialpolitik behandelt wird und diese wieder vornehmlich in ihren Beziehungen zu der eigenen sozialpolitischen Tätigkeit der Gewerkschaften. Am Sonnabend beginnt Genosse Eichhorn erneut eine Darstellung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, über deren notwendige Kenntnis kein besonderes Wort gesagt zu werden braucht. Ebenfalls über die beiden Kurse, die Genosse Grünwald wieder am Sonntagvormittag abhält: Praktische Nationalökonomie (Zusammenhang der Weltwirtschaft) und Redebungen (mit mündlicher und schriftlicher Betätigung der Teilnehmer). Wir erwähnen nach dem Programm nur noch, daß Genosse Grünwald diesmal in dem ersten Kurse auch die wirtschaftlichen Probleme des modernen Imperialismus behandeln will, ein Thema, dessen genaueres Studium für die Arbeiterklasse mit jedem Tage notwendiger wird. Am nächsten Montag kann die Schule dann wieder eine weibliche Lehrkraft begrüßen: die Genossin Käthe Duncker, die über Naturerkenntnis vortragen wird. Lehrerin wie Gegenstand des Unterrichts bedürfen hier auch keiner besonderen Empfehlung.

Diese vorgenannten Kurse werden sämtlich im eigenen Schullokale: Grenadierstr. 37, abgehalten. Außerdem oder beginnt nächsten Montag im Gewerkschaftshaus ein gewerkschaftlicher Fortschrittskursus des Genossen Dittmer und am Mittwoch, den 23. d. M., eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus durch den Genossen Vorchardt im Königstadtkajino. An diesen letzten Kursus werden wir später noch einmal erinnern.

Aus diesem ganzen, so mannigfaltigen und doch auch so systematisch aufgebautem Lehrplan sieht die Groß-Berliner Arbeiterschaft, welche Mühe und Sorgfalt die Schule gerade diesmal aufgewendet hat, dem Rufe nach umfassender und vertiefter Arbeiterbildung gerecht zu werden. Wir wiederholen: die Groß-Berliner Arbeiterschaft hat die Aufgabe und die Pflicht, sich nun noch weit stärker als bisher an allen Kursen der Schule zu beteiligen!

Eine zweite Wälderfahrt des Zweverbandes Groß-Berlin

wurde am Montag ausgeführt. Die erste Fahrt, die vor drei Monaten stattfand, hat den Wäldern an den Ufern der Havel gehalten. Gestern wurde den Verbandmitgliedern auf ihrer zweiten Fahrt, die vom prächtigsten Herbstwetter begünstigt war, Gelegenheit geboten, die Wälder an den Ufern der Obersee und der Dahme zu besichtigen. Für manche der Herren war es, wie sie offen erklärten, das überhaupt erstmalig, daß sie diesem Teil der Umgebung Berlins ihre Blicke wandten.

Am Bahnhof Grünau, der als Treffpunkt bestimmt worden war, begrüßte der Verbandsdirektor Steiniger die Erschienenen. Die etwa 100 Teilnehmer führten auf der nach Schmüdow führenden Uferbahn durch die Waldung des linken Dahmeufers, von der der Fiskus die Strecke zwischen Sportdenkmal und Carolinenweg als Dauerwald verkaufen will. In Schmüdow wurde ein Dampfer bestiegen, und nun ging die Fahrt hinein in den Reuthener See. Der Schmüdower Werder, der seine Ostufer bildet, soll von „Auchfangswerder“ bis Schmüdow und weiter am Seddiner See bis zum Spree-Oberkanal als Dauerwald erhalten bleiben, wenn der Zweverband ihn kauft. Der Dampfer wendete dann und fuhr zurück nach dem Langen See und hinein in die Große Krampe, deren nahe geräufte Ufer sich im Sonnenglanz darboten. Daß diese Ufer vollständig erhalten bleiben müssen, darüber schien keine Meinungsverschiedenheit zu bestehen. Nur erschwerte leider der Fiskus das den Zweverband, indem er für die nach Müggelsee zu gelegenen Strecken der beiden Ufer, den inneren Teil der Großen Krampe, die höheren Baulandpreise forderte. Die Fahrt ging dann wieder zurück nach dem Langen See und weiter nach Marienlust. Hier verließen die meisten der Teilnehmer den Dampfer, um über den großen Müggelsee nach dem Müggelsee zu wandern. Vom Turm schweiften der Wind über die in der Herbststimmung schimmernde Wald- und Wasserlandschaft. Die Müggelsee sind fiskalischer Besitz und sollen dem Zweverband überlassen werden, wenn er gut zahlt. Häben und drüben, an der Dahme und am Müggelsee, liegt am Fuße der Müggelberge Waldbesitz der Stadt Köpenick. Sie bietet ihn dem Zweverband an, aber auch sie will nur verkaufen, wenn möglichst viel für sie dabei herauspringt. Am Südufer des Müggelsees bei „Mübezahl“ nahm der Dampfer, der mit den übrigen Teilnehmern über Köpenick und Friedrichshagen hierher gefahren war, die Wanderer auf. Vom Nordufer grüßte der Wald herüber, den der Fiskus zur Erhaltung als Dauerwald, teils für Waldpreise, zum Teil wieder für Baulandpreise, hergeben will. Vorüber an Rohndorf ging es durch die Biesenlandschaft der Spree und durch den Dimerisee nach Erkner, wo die Fahrt endete.

Auch diese zweite Besichtigungsfahrt dürfte bei der Wehrzahl der Teilnehmer die Überzeugung bestärken haben, daß der Besetzung Groß-Berlins ihre Wälder erhalten bleiben müssen. Zu allererst wird man mit dem Fiskus einig werden müssen, aber das wird nur möglich sein, wenn er seine maßlosen Forderungen und Bedingungen noch sehr beträchtlich herabsetzt. Nicht nur die zum Zweverband zusammengeflohenen Gemeinden, sondern auch der Staat hat Verpflichtungen gegen die rund 4 Millionen Bewohner Groß-Berlins. Der Fiskus kann es sich schon etwas leisten lassen, auch mal ein bißchen zur Förderung der Volksgesundheit beizutragen. Bei einem Versuch, seine Wälder wirklich an private Käufer zu verschachern, könnte er diese Jahrzehnte warten, bis er alles los würde. Darum möchte er jetzt mit dem Zweverband ein glattes Geschäft machen, das ihm den erhofften Profit sofort bringen soll. Wenn das Geschäft zustande kommen soll, wird der Fiskus beschleunigt werden müssen.

Der Fiskus fordert Preise, die so bemessen sind, als wäre das zu erwerbende Land Bauland. Tatsächlich handelt es sich doch aber nur darum, daß der Zweverband die dem Staat moralisch obliegende Pflicht, die Wälder als solche zu erhalten, erfüllen solle. Daß diese moralische Pflicht vorliegt, ist unstreitig und ist ja auch durch die Zweverbandsgesetzvorlagen anerkannt. Das, worum es sich bei dem Hin und Her zwischen Fiskus und Zweverband handelt, ist eigentlich die Hebernahme der Verpflichtung des Fiskus, die Wälder als solche zu erhalten, durch den Zweverband. Der Zweverband übernimmt dadurch lediglich Lasten — Unterhaltung der Wälder, der Wege usw. — und soll dafür kein Entgelt erhalten, sondern noch zahlen. Und zwar, wiewohl der Zweverband, wenn auch formell, so doch nicht tatsächlich Eigentümer wird, soll er so zahlen, als er Bauland zur Ausnutzung erwerbe. Das ist ein hartes, an wucherische Auffassung stark anknüpfendes Stück. Man hört von einem Preise von über 40 Millionen, während allenfalls mit 1/2 Million überreichlich die Erwerbung der kostspieligen Verpflichtung bezahlt wäre, die dem Fiskus moralisch obliegende Pflicht durch den Zweverband zu erfüllen. Bei der Besichtigung drängte sich auch von neuem als dringliche Aufgabe auf, einen Uferweg um die öffentlichen Seen zu schaffen und zu belassen. Gemeinden und Staat haben schwer gedrängt, daß sie einzelnen Privatgrundstücke bis an den Uferstrand verkaufen, ohne für einen öffentlichen Uferweg Sorge zu tragen. Zugunsten weniger wird dadurch Millionen die Möglichkeit geraubt, die Schönheit der Secufer zu genießen.

Zwei Verbrechen gegen das Leben

riefen gestern in früher Morgenstunde die Kriminalkommission für Kapitalverbrechen nach dem Heinrichsplatz und nach dem ungebauten Gelände an der Ecke der See- und Rütticher Straße, in der Nähe des Birkow-Krankenhaus.

Nach 2 Uhr sahen Leute, die auf dem Heimwege die Oranienstraße entlang gingen, wie ein Mann und eine Frau aus dem Hause 103, am Heinrichsplatz, einen schweren Gegenstand, der unter einem großen Cape verborgen war, herauschleppten. Es waren ein Mann und eine Frau, die von einem Hausbewohner kurz vorher schon unter verdächtigen Umständen beobachtet worden waren. Abwechselfeld waren die beiden aus der Haustür herausgenommen und hatten sich rechts und links umgesehen, augenscheinlich in der Absicht, zu beobachten, ob die „Luft rein“ sei. Als der Hausbewohner eintrat, standen beide hinter der Tür in einer dunklen Ecke, in der sie sich möglichst verborgen hielten. Der Beobachter kammerte sich nicht weiter um die beiden, ließ sie stehen, ging in seine Wohnung hinauf und legte sich schlafen. Die anderen Leute, die später dort entlang kamen, sahen, wie der Mann und die Frau ihre schwere Last um die Ecke herum nach der Mariannenstraße schlepten. Sie gingen ihnen nach und beobachteten nun, daß unter dem Cape zwei Füße hervorragten. Die beiden Träger merkten nun, daß man auf sie und ihre Last aufmerksam geworden war und legten diese in der Türnische des Hauses Mariannenstr. 8, nur wenige Häuser vom Heinrichsplatz entfernt, ab. Dann liefen sie eiligst davon, die Mariannenstraße hinunter. Die Beobachter sahen jetzt in der Türnische, aufrecht an die Wand gelehnt, eine tote Frauensperson. Sie eilten den beiden Flüchtigen nach, verfolgten sie durch die Mariannen-, Stalitzer- und Rantaustraße, bis sie ihnen am Landwehrkanal außer Sicht kamen. Um die Leiche sammelte sich trotz der Nachtstunde bald eine größere Menschenmenge an, bis ein Schuhmann sie mit Hilfe anderer nach der Hülsenstraße in der Adalbertstraße brachte. Hier stellte der Arzt fest, daß die Unbekannte keinerlei äußere Verletzungen aufwies. Die Todesursache konnte er aus Grund der vorläufigen Besichtigung allein nicht angeben. Die zuständige Revierpolizei benachrichtigte unverzüglich die Kriminalpolizei. Diese erschien auch bald. Nach nochmaliger Besichtigung der Leiche, die vom Erkennungsdienst gleich fotografiert wurde, sperrte die Kriminalpolizei das Haus, aus dem sie herausgeschleppt worden war, ab und begann sofort mit seiner Durchforschung, während andere Beamte auf der Revierwache die Zeugen, die die Vorgänge draußen beobachtet hatten, vernahmen. Es ergab sich, daß die beiden Personen, die die Leiche aus dem Hause geschafft hatten, der 32 Jahre alte Kassenbote Otto Schaaf und seine 33 Jahre alte Frau Marie, geb. Schod, waren. Die Leute wohnen seit einem Jahr im vierten Stock des Vorderhauses. Eine Nachbarin hatte beobachtet, daß Frau Schaaf um 1 Uhr längere Zeit wiederholt zum Fenster hinausschauen hatte. Die Beschreibung

von den Trägern der Leiche, die die Zeugen gaben, paßte auch genau auf das Ehepaar Schaaf. Frau Schaaf, deren Mann nicht zu Hause war, erklärte aber, daß sie von der ganzen Sache nichts wisse, vielmehr die ganze Nacht ohne Unterbrechung zu Hause gewesen sei. Sie bestritt auch, ein Cape, wie das von den Zeugen beschriebene zu besitzen. Als man jedoch das Cape bei ihr fand, leugnete sie nicht weiter und gestand, daß ihr Mann und sie die Leiche weggeschafft hätten. Daraufhin wurde sie verhaftet; später wurde auch ihr Mann, der nicht mehr nach Hause gekommen war, auf seiner Arbeitsstelle in der Jerusalemmer Straße ermittelt und festgenommen. Nach der Darstellung der Frau ist die Tote in der letzten Zeit wiederholt zu ihr gekommen, um ihren „Moi“ in Anspruch zu nehmen, zuletzt am Sonnabend. In der vergangenen Nacht habe sie auf der Treppe Selbstmord verübt. Später gab Frau Schaaf zu, daß das Mädchen in ihrer Wohnung gestorben sei. Nach den Ermittlungen liegt ohne Zweifel ein Verbrechen gegen das Leben vor. Das Ehepaar Schaaf hat dann, um sich der Strafverfolgung zu entziehen, versucht, die Leiche heimlich zu schaffen. Es hatte ohne Zweifel die Absicht, sie in den Landwehrkanal, der nicht weit von dem Hause entfernt ist und in der Richtung liegt, die das Paar eingeschlagen hatte, zu werfen.

Die Vernehmungen des Ehepaares dauern noch fort. Die unbekannte Tote ist nach den bisherigen Ermittlungen ein Dienstmädchen aus Friedenau. Es ist bereits ein Kraftradfahrer ermittelt worden, der sie einmal zu Frau Schaaf oder umgekehrt gefahren hat. Die Tote ist ungefähr 25 bis 30 Jahre alt und etwa 1,56 Meter groß, hat mittelblaues Haar, ein ovales Gesicht mit gewöhnlichem Mund und eine gewöhnliche Nase und trägt ein hellgraubraun gemustertes, halblanges Jackett mit braunem Samtkragen, eine weiße Wollbluse mit ausgewaschener, ganz hellblauer Seidenstickerei, einen dunklen, blaugrünligen, großartigen Rock mit acht Knöpfen, der modern zugeschnitten ist, einen weißen Unterrock mit übergenähtem Spitzenbündel, weiße Weinleider mit Säumdien, schwarze, links und rechts gestricke, bis zum Knie reichende Strümpfe mit weißen Spitzenbändern, schwarze, schon sehr abgetragene Halbschuhe mit Lackspitzen und einen dunkelblauen, großen runden Strohhut, der mit blauem Band und weißen Federtosen garniert ist. Bei sich hatte sie eine kleine schwarze Samthandtasche mit Messingbügel, die ein kleines Fläschchen mit dem Rest einer stark riechenden Flüssigkeit, einen Kaufzettel über eine Tasse aus dem Porzellangeschäft von Hans Berger in der Weinstraße 10 zu Friedenau, zwei Straßenbahnfahrtscheine und zwei Taschentücher enthielt, die L. M. gezeichnet sind. Beide Buchstaben sind umkreist und befinden sich unter einer weißgestrichelten Weintraube.

Totschlag in Berlin-Norden.

Während die Kriminalpolizei mit der weiteren Aufklärung des oben erwähnten Verbrechens noch beschäftigt war, rief in der achten Morgenstunde die Meldung von einem Lustmord sie nach dem ungebauten Gelände an der Ecke der See- und Rütticher Straße. Dorthin begaben sich der Chef der Kriminalpolizei mit seinem Beamtenstab. Nach ihnen kamen auch der Vertreter der zuständigen Staatsanwaltschaft und der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann.

Ein Maurerpolier von einem Neubau an der Brüßeler Straße, dessen Hinterland an das ungebauten Grundstück stößt, fand dort bei Antritt seiner Arbeit in einer Vertiefung eine weibliche Leiche, die über und über mit Blut besudelt war, und deren Kleidung emporgestreckt war. Neben der Leiche lagen ein blubestledter grauer Sweater und Glascherben. Blutspuren fanden sich auch auf dem Erdboden in der Umgebung der Leiche. Die Person der Toten konnte in diesem Falle noch nicht festgestellt werden. Dagegen gelang es der Kriminalpolizei, bald zu ermitteln, daß der Gendarm Wegener aus Plöthen die Tote noch gegen 1 Uhr in der Nacht in der Seestraße gesehen hatte. Sie war dort von drei Burischen begleitet gewesen. Wegener sah aus einiger Entfernung, daß das Mädchen am Boden lag. Als die drei Begleiter merkten, daß Wegener sich näherte, nahmen sie, das Mädchen unter die Arme und gingen mit ihm nach dem beschriebenen Gelände zu. Wegener folgte den vier nicht weiter. Einen der drei Burischen hatte er erkannt. Es ist ein 20 Jahre alter Arbeiter Otto Weser aus der Seestraße 110. Dieser wurde sofort aus seiner Wohnung heraus nach dem Fundort geholt. Er bestritt erst, mit dem Mädchen irgend etwas zu tun gehabt zu haben. Ein Kriminaldiensthund jedoch, den die Kommission für Kapitalverbrechen mitgebracht hatte, verbellte ihn sofort. Weser bekannte jetzt folgendes: Mit seinen Freunden, dem 23 Jahre alten Arbeiter Hermann Ackermann aus der Genierstraße 61 und dem 16 Jahre alten Arbeiter Emil Kühn aus der Seestraße 116 traf er in der Kameruner Straße ein Mädchen, das die Straße entlang ging. Sie sprachen es an und veranlaßten es, sie zu begleiten. Die Unbekannte erklärte sich bereit, sie nach ihrer Wohnung in der Köppler Straße mitzunehmen. In der Seestraße konnte sich Weser, seiner Behauptung nach, von den übrigen, um nach Hause zu gehen. Er hatte gesehen, daß das Mädchen blutete, sah aber keine Gedanken darüber gemacht, woher das gekommen sein könnte. Bald kamen seine beiden Freunde wieder zu ihm gelaufen und baten ihn, wieder mitzukommen und ihnen zu helfen, das Mädchen nach dem ungebauten Gelände in der Nähe zu tragen, „weil es doch keine Meise“ habe. Diese Darstellung wurde bald durch die Festnahme der beiden anderen und durch Zeugenaussagen als unrichtig erwiesen. Ackermann und Kühn wurden ebenfalls in ihren Wohnungen noch angetroffen und festgenommen. Ackermann war gerade dabei, sich seiner blutgetränkten Kleidung zu entledigen. Besonders sein Jackett war stark mit Blut besudelt. Ihm gehörte auch, wie sich bald ergab, der neben der Leiche gefundene Sweater. Die Ermittlungen und sein eigenes Geständnis stellten bald fest, daß Ackermann der Hauptschuldige ist. Er sprach, als er mit Weser und Kühn die Kameruner Straße entlang ging, das Mädchen an. Als es ihm nicht gleich zu Willen war, streckte er es durch einen Fensterschlag ins Gesicht zu Boden. Jetzt sahen alle drei den Gendarmen kommen, und nun schlepten sie die Halbbestimmungslose nach dem ungebauten Gelände. Der Gendarm konnte nicht sehen, daß dem Mädchen etwas geschehen war und verfolgte deshalb die Gruppe nicht weiter. Auf dem Gelände verachte Ackermann dem Mädchen mit einer Schnapsflasche mehrere Schläge auf den Hinterkopf, so daß es blutend zu Boden stürzte. Die Flasche ging in Scherben. Der Burische schlepte das blutende Mädchen bald nach rechts, bald nach links, warf es dann endlich in die Vertiefung und ließ es dort liegen. Allem Anschein nach hat zwischen der Unbekannten und Ackermann und seinen Begleitern ein Kampf stattgefunden. Schon der Befund des Sweaters läßt darauf schließen. Außerdem haben aber auch heute in der Gegend Hülfskreuze gefügt, die wahrscheinlich das Opfer der Burischen ausgestochen hat. Nach ihrer vorläufigen Vernehmung wurden die Burischen alle drei mit einem Kraftradwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo ihre Verhör fortgesetzt wurde. Die Leiche wurde am Fundort und mit diesem fotografiert, an Ort und Stelle von

dem Gerichtsarzt befragt und dann zur genaueren Untersuchung nach dem Schauhause gebracht, wofür unterdessen auch die Leiche des Dienstmädchens vom Heinrichsplatz übergeführt worden war.

Die Ermittlungen zur Feststellung der Persönlichkeit der Toten hatten noch keinen Erfolg. Die Unbekannte ist 25 bis 30 Jahre alt, hat röthliches Haar und trägt nur einen schwarzweissen gestreiften Rock, ein schwarzes Jackett, schwarze Strümpfe und schwarze Halbschuhe, keine Kopfbedeckung, keine Bluse und keine Handschuhe.

Der Leichensfund in der Seestraße hat noch weiteren Ermittlungen seine Aufklärung gefunden. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich bei der Toten um die am 16. Mai 1872 zu Schneidemühl geborene Frau Emma Klarner handelt, die zuletzt in der Kösliner Straße 16 wohnte. Die Frau war schon vor einiger Zeit von ihrem Mann und ihren Kindern verlassen worden, da sie dem Trunke ergeben war.

Die Leiche der erschlagenen Frau Klarner wurde noch gestern nachmittags im Leichenschauhause obduziert. Geheimrat Straßmann, der die Obduktion vornahm, stellte fest, daß der Tod der Frau durch eine Gehirnerschütterung eingetreten ist. Diese ist durch den wuchtigen Schlag mit der Faßscheibe auf den Kopf und durch das Aufschlagen ihres Kopfes auf den Erdboden hervorgerufen worden. Wahrscheinlich ist die Person von dem Täter mehrere Male mit dem Kopf auf die Erde gestoßen worden, bis eine Gehirnerschütterung eintrat und sie an deren Folgen starb. Es wurde auch festgestellt, daß an der Frau unglückliche Handlungen vorgenommen worden sind, und zwar widerrechtlicher Art. Daß die Frau eine sehr starke Alkoholikerin war, zeigte sich ebenfalls bei der Obduktion.

Der verhaftete Adermann war im Januar d. J. schon einmal wegen Totschlages an dem Schankwirt Baroschewski in der Seestraße festgenommen worden. Er war damals nach einem heftigen Meinungsstreit mit Adermann und Komplizen zu Tode gekommen. Da sich aber mit Sicherheit nicht feststellen ließ, ob er an einem Schlag über den Kopf oder an einem Herzschlag verstorben sei, wurde Adermann außer Verfolgung gesetzt.

Der Neubau der Potsdamer Luftschiffhalle nähert sich langsam seinem Ende. Die Potsdamer Luftschiffhalle mißt in der Länge 176 Meter, in der Breite 55 Meter, während der nutzbare Innenraum 50 Meter beträgt. Die Gesamthöhe beläuft sich auf 36 Meter. Die Potsdamer Halle ist sonach die größte Luftschiffhalle der Welt. Die Konstruktion ruht auf 21 Säulen ohne die Giebelwand. Seitlich auf einer Kreisbahn herauschiebbar ruhen die Flügel des Schiebetors, die sich richterförmig in die Verlängerung der Halle einziehen lassen, um eine Art „Windhatten“ zu schaffen. Die Tore wiegen je 80 000 Kilogramm und ein komplizierter Mechanismus ermöglicht in 10 Minuten die völlige Öffnung. Später wird die Torbewegung elektrisch eingerichtet. Vom Innern der Halle führen lange Schienen ins Freie, wo die Anspannung des Luftschiffes ausgeführt wird. In der Halle werden die Luftschiffe an Vorhängen hängend befestigt. Zur Verminderung des Auftriebes wird das Luftschiff beladungsfähig. Die Gesamtanlage des Potsdamer Luftschiffhafens kostet 1 1/2 bis 2 Millionen. Um die durch die Sonnenbestrahlung der Sandflächen auftretende Verwitterung zu vermeiden, wird das ganze Flugplatzgelände mit Rasen belegt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am heutigen Montagmorgen auf einem Neubau an der Ecke der Linden- und Feilnerstraße. An dem dort fertig gestellten Rohbau sollte der 37-jährige Maurer Gottlieb Körner, Kamlitzerstr. 19 wohnhaft, unter dem Dach einige Balken anbringen. Zu diesem Zwecke wollte der Arbeiter am Dachstuhl ein Gerüst aufhängen. Bei der Arbeit verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte rücklings in die Tiefe. Der Verunglückte schlug mit dem Kopf auf das Dach eines Schuppens, das unter der Wucht des Aufspralles durchbrach. Mehrere Kollegen des Verunglückten schossen Körner nach der nahen Unfallstation in der Kommandantenstraße, wo der Arzt feststellte, daß der Arbeiter bei dem Aufprall das linke Auge verloren, Verletzungen der Wirbelsäule und innere Blutungen davongetragen hatte. In bewußtlosem Zustande wurde er nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Weder ein Unglücksunternehmer wird noch berichtet: Von einem schweren Unglücksfall wurde am 25. d. Mts. ein Arbeiter getroffen, welcher an der Kanalisation der Stadt Berlin hinter der Stadtbahnstraße Weihensee bis Landsberger Allee beschäftigt war. Aufstehende Firma ist der Tiefbauunternehmer Janke. Dort, wo der Ausbruch eine Tiefe von 12 Meter erreicht hat, wird der Boden mit einem Kran in einem Kubikmeter großem Gefäß hochgezogen. Beim Herunterlassen dieses Gefäßes stieß es oben auf eine Steife. Dieselbe löste sich und traf den unten beschäftigten Arbeiter am Kopf. In schwerverletztem Zustande wurde der Arbeiter fortgebracht. Am 26. September wurde einem anderen Arbeiter die rechte Hand stark gequetscht. Am 27. war es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß kein schwerer Unglücksfall geschah. Eine Bohle von 4 Meter Länge, 30 Zentimeter Breite und 8 Zentimeter stark, fiel in die Tiefe, wo wohl ein Dutzend Arbeiter und Arbeiter tätig waren. Glücklicherweise wurde keiner verletzt. Es entzieht die Frage: Sollte vielleicht der niedrige Lohn an diesen Unglücken die Schuld tragen? Den Erdarbeitern wird ein Lohn von 40 Pfennig gezahlt, für Akkordarbeiten pro Kubikmeter 30 Pf., der durch Arbeitsminderung für kurze Zeit auf 35 Pf. gebracht, dann aber wieder auf 30 Pf., schließlich sogar auf 25 Pf. herabgesetzt wurde.

Ein heftiger Zusammenstoß erfolgte Sonntag vormittag kurz nach 10 Uhr an der Ecke der Müller- und Ulmerstraße. Dort kollidierte ein Wagen der Regeler Eiswerke mit einem Straßenbahnwagen der Linie 68. Der Anprall war so stark, daß an dem Bahnwagen der ganze Vorderperren zertrümmert und an dem Eiswagen die Deckscheibe gebrochen wurde. Der Wagenführer Gustav Herzog aus der Löhrlstraße, 58 erlitt mehrere Kopfverletzungen und fand im Virchow-Krankenhaus die erste Hilfe.

Ein Bootungsunfall, welches sehr leicht hätte ernste Folgen nach sich ziehen können, ereignete sich Sonntag, den 29. d. Mts., abends um 1/11 Uhr auf der Obersee bei Ober-Schöneweide. Ein Schlepper des Rudervereins „Hellas“ fuhr mit voller Kraft zwischen die Pressfähle der Stubenrauchbrücke. Das Vorderende des Bootes wurde vollständig zertrümmert und es füllte sich sofort mit Wasser. Die sieben Insassen wurden vom dem hinzueilenden Motorboot „Nixe“ gerettet.

Abgestürzt. Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen stürzte am Sonntag der 40 Jahre alte Schmiedemeister Johann Urbanich aus der Friedrichsfelder Str. 41 von der Treppe des Fernbahnsteiges ab und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Er fand in hoffnungslosem Zustande im Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Ausgesetzt. In dem Abteil zweiter Klasse eines Vorortzuges Berlin-Zehlendorf wurde ein ungefähr sechs Wochen alter Knabe aufgefunden. Das Kind wurde von einem Bahnbeamten der Polizei übergeben, die es nach dem Waisenhaus in Berlin brachte. Die Mutter des Knaben ist noch nicht ermittelt.

Die Fortbildungsschule für schwächerbegabte junge Mädchen beginnt am 8. Oktober das Winterhalbjahr. Körperlich schwächliche, durch Krankheiten in den Schulfächern und Fertigkeiten aufgehaltene und darum etwas zurückgehaltene sowie heftig eigentümliche und schwer erziehbare Mädchen erhalten in dieser Schule eine ihrer Eigenart entsprechende Belehrung und Erziehung. Der Besuch der Schule ist unentgeltlich. Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule, Rektor A. Buchs, Dienstags und Freitags von 5-8 Uhr im Schulhaus Brunnenstr. 155 (2. Hof) entgegen.

Radrennen auf der Olympia-Bahn, 29. September. Die heutigen Rennen fanden im Zeichen des Rotorenneinmatters. Der über eine Stunde fahrende Herbst-Preis wurde von 20 Fahrern, die vier Vorkäufe (20 Kilometer) und einen Hoffnungslauf zu erledigen hatten, um die fünf Stellen für den Endlauf herauszufinden, bestritten. Das Rennen verlief ohne wesentliche Unfälle in folgender Weise:

Herbst-Preis. 1000, 600, 500, 400, 300 M.; außerdem dem Zweiten, Dritten und Vierten eines jeden Vorkaufes 150, 100, 50 M. 1. Vorkauf: 1. W. Nauß in 15 Min. 55 1/2 Sek.; 2. Fr. Hoffmann, 1490 Meter; 3. H. Kadel, 1620 Meter; 4. D. Wiegand, 3440 Meter; 5. R. Rowad, 5070 Meter zurück. Bis zum 9. Kilometer behauptete Hoffmann die Spitze, wird dann von Nauß überholt, der überlegen gewinnt. — 2. Vorkauf: 1. P. Kettelbed 15 Min. 38 1/2 Sek.; 2. P. Jendle, 1840 Meter; 3. Fr. Sellmayer, 6570 Meter; 4. E. Herrn, 6740 Meter; 5. W. Rawonitid, aufgegeben, da sein Motor von Anfang an verlagte. Kettelbed siegt mit weitem Vorsprung. — 3. Vorkauf: 1. A. Saldow 16 Min. 04 1/2 Sek.; 2. Amort, 720 Meter; 3. W. Rawonitid, 3470 Meter; 4. P. Kodel, 3520 Meter; 5. A. Schön nach 10 Kilometer aufgegeben. Saldow, sicherer Sieger. — 4. Vorkauf: 1. L. Didier 14 Min. 43 1/2 Sek.; 2. A. Riesner, 2010 Meter; 3. A. Pietsch, 2400 Meter; 4. A. Pöhle, 2620 Meter; 5. R. Leuterer nach dem 10. Kilometer gefahren und aufgegeben. Der schnellste Vorkauf. Didier geht wie im Fluge an seinen Begnern vorbei. — Hoffnungslauf (10 Kilometer) für die Zweiten der Vorkäufe: 1. Jendle 8 Min. 3 1/2 Sek.; 2. Amort 850 Meter; 3. Riesner 640 Meter. Schön und Hoffmann aufgegeben, da beide den Anschluss an ihre Schrittmachermaschinen verloren. — Endlauf (1 Stunde): 1. L. Didier 79,920 Kilometer; 2. Kettelbed 79,140 Kilometer; 3. Saldow 74,410 Kilometer; 4. Nauß 72,920 Kilometer. Jendle nach dem 80. Kilometer aufgegeben, da er ausichtslos zurückgeblieben war. Didier zeigt dieselbe Ueberlegenheit wie in seinem Vorkauf; er nimmt seinen Begnern Hunderte von Runden vor. Kettelbed ist nun an der Spitze, die er bis nach dem 70. Kilometer behauptet. Es entspinnt sich ein harter Kampf zwischen ihm und Didier, der wieder Boden gutmacht. Kettelbeds Motor fängt an zu rauen; er wechselt die Maschine, wodurch es Didier gelingt, ihn wieder zu überholen und mit etwa zwei Runden zu gewinnen.

Unter Sorilas, so lautet die Original-Pantomimenburleske, die am Sonnabendabend zum ersten Male im Zirkus Busch aufgeführt wurde. Was uns hier vorgeführt wird, setzt sich — wie das bei Burlesken zu sein pflegt — inhaltlich über Realitäten hinweg. Die prächtige Ausstattung und die abwechslungsreiche Farbenschönheit ist es, die den Besucher fesselt. Von den vier Bildern erweist zunächst der Aufzug der mannigfaltigen Tiere der Wildnis im zweiten Bilde reges Interesse. Die zahlreichen mitwirkenden Mädchen sind als Zebra, Krokodile, Schlangen, Panther, Schmetterlinge usw. verkleidet und führen im Walde vor dem von Sorilas geraubten Mädchen Geziere des vertriebenen Beduinenhäuptlings Hach Länge auf. Von guter Wirkung ist auch die in diesem Bilde arrangierte Waldbrandszene. Ihren Höhepunkt an Pracht erreicht die Pantomime im vierten Bilde, das uns im Geiste in eine Nacht des Pharaonenreiches mit-Regen führt. In bunter Abwechslung umtanzen bei einem Fest Dorfschwestern, Ballschlägerinnen, Schlangentänzerinnen, Krieger und Amazonen die Statue des Pharaos. Die Bühne zeigt die Sphinx und die Pyramiden bei Kairo. Im Hintergrund erstrahlt die Abendsonne und verguldet die Kuppel der altägyptischen Wandmalereien.

Die Pantomime, wie auch die übrigen Nummern des Programms wurden von dem vollen Hause mit großem Beifall aufgenommen.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S. O., Halberstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 Uhr und 3-8 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 551 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Aus Furcht vor der Verhaftung aus dem Fenster gesprungen. Auf dem Gesundbrunnen spielte sich am Sonntag eine aufregende Szene ab. Der 20 Jahre alte Arbeiter Fiedler verlangte von seiner im vierten Stock des Hauses Grünthaler Straße 11 wohnenden Mutter Geld, um es zu verbraten. Als die Mutter dies ablehnte, schlug der Sohn auf sie ein. Bald darauf kam auch der Vater herbei, der dem Sohn heftige Vorwürfe machte. Es entstand schließlich ein Streit, der die Nachbarn veranlaßte, einen Schutzmännchen herbeizurufen. Als dieser in der Wohnung erschien, um den blindlings um sich schlagenden Sohn zu verhaften, sprang dieser durch ein offenes Fenstereisen und wurde in hoffnungslosem Zustande in das Virchow-Krankenhaus gebracht.

Selbstmord auf der Polizeiwache. Auf der Wache des 26. Polizeireviere am Reichsplatz hat sich der 47 Jahre alte Dachdeckermeister Peter Benedig vom Engelfer durch einen Revolveranschlag getötet. Benedig war wegen eines angeblichen Diebstahlsverbrechens in Haft genommen worden. Als er auf der Polizeiwache verhört werden sollte, zog er plötzlich einen Revolver hervor und schob sich eine Kugel in den Mund. Er brach sofort leblos zusammen. Die Leiche wurde dem Schauhause zugeführt. Benedig war verheiratet und hinterläßt eine Frau mit einem erwachsenen Sohn.

Gefunden wurde am Sonntag bei der Versammlung in der Hafenstraße ein schwarzer steifer Herrenhut und ein brauner weicher Knüttel. Die Eigentümer können selbige im Sekretariat des „Vorwärts“ in Empfang nehmen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet wurde am Sonnabend der 88 Jahre alte Rutscher Otto Weiser aus der Kronprinzenstraße 20a. Weiser erkrankte von dem Fuhrwerk aus dem Hauptplatz 9 zu Rummelsburg, wo er seit 14 Tagen angestellt war, den Auftrag, von einem Neubau Klammotten abzuführen. Auf dem Heimwege fuhr er auf dem Bod ein. Vor dem Hause Markgrafendamm 25 fuhr der Wagen gegen die Bordwand. Durch den Aufschlag der Schale vom Bod herunter auf die Straße, direkt vor die Räder seines Wagens. Diese gingen über seinen Hals hinweg, so daß er einen Gehirnbruch erlitt und auf der Stelle verstarb. Er wurde nach dem Leichenhaus in Stralau gebracht. Der Verunglückte war nicht verheiratet.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. Nach einer amtlichen Bekanntmachung werden die Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung (Arbeitnehmer) in Lichtenberg am Sonntag, den 8. November d. J., in der Zeit von 11 bis 5 Uhr vorgenommen. Für Lichtenberg hat sich ein Wahlausschuß der freien Vereinigung konstituiert, der alle Wahlarbeiten erledigt, Auskunft über Wahlberechtigung usw. erteilt. Anfragen in allen Wahlangelegenheiten sind zu richten an den Obmann des Wahlausschusses, E. Dziurawitz, Berlin-Lichtenberg, Wartenbergstraße 56.

Für die Wahllogitation und für die Erledigung der Arbeiten am Wahltage selbst sind Hilfskräfte erforderlich. Meldungen hierzu, um die baldigst ersucht wird, nimmt ebenfalls der Obmann Dziurawitz entgegen. Der Wahlausschuß der freien Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten.

Charlottenburg.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. Die Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung finden am Sonntag, den 20. Oktober d. J., statt. Der Wahlausschuß der freien Vereinigung hat sich für Charlottenburg gebildet. Anfragen sind zu richten an den Obmann

Ingenieur Wagner, Lohmeyerstr. 14. Hilfskräfte für die Wahllogitation und für die Arbeit am Wahltage selbst wollen sich umgehend bei dem Obmann melden.

Elternverein für freie Erziehung. Die Mittwochsausflüge nach der Jungfernheide sind für dieses Jahr beendet. Vom 9. Oktober ab finden die Spielnachmittage wieder jeden zweiten und letzten Mittwoch im Monat, nachmittags von 3-6 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, statt. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können daran teilnehmen. Kaffeekosten wie im vorigen Jahre.

Neustädt.

Wegen eines Großfeuers wurde am Sonntagmorgen gegen 4 Uhr die gesamte Neustädter Feuerwehr nach der Thomastr. 67 gerufen, wo der Dachstuhl des Hauses in großer Ausdehnung in Flammen stand. Da die Dachbargen stark gefährdet waren, griffen die Mannschaften sofort mit mehreren Schlauchleitungen ein. Nach einstündiger Vöchtätigkeit war das Feuer unterdrückt; eine starke Rauchentwicklung hatte die Arbeiten sehr erschwert. Der Dachstuhl ist fast vollständig ein Raub der Flammen geworden. Mit den Nachhieb- und Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr noch bis zum Abend zu tun. Die Brandursache ist nicht ermittelt.

Wilmsdorf-Galensee.

Herr Dr. Leidig erucht um Aufnahme folgender Zuschrift: In der vierten Beilage der Nr. 228 vom 29. September 1912 heißt es unter der Spitzmarke Wilmsdorf-Galensee: „Er wird sich Herrn Leidigs Meinung anzuschließen haben, daß die kommunale Sozialpolitik mit der Mode der zugebundenen Röde im gleichen Maße steht.“ Diese von Ihnen bereits wiederholt mir zugeführte Äußerung habe ich niemals getan; sie wäre auch unfernig. Tatsächlich habe ich in einem Vortrage gesagt: „Auch in der Sozialpolitik gibt es Moden, ebenso wie wir jetzt die Mode der zugebundenen Röde, früher der haushigen Kleider haben.“ Das ist augenscheinlich ganz etwas anderes.

Treptow-Baumschulweg.

Einer sonderbaren Berichterstattung befehlige ich das hiesige Amtsblattchen. Trozdem die Feuerungsbedeutung die letzte Gemeindevollversammlung vollständig beherrschte, geht das Blatt darüber mit einigen einleitenden Worten hinweg, berichtet dann in behaglicher Weise über die wichtigsten Dinge der Tagesordnung und vertritt die Leser mit einem „Schluß folgt“. Auf diesen „Schluß“ mit der unangenehmen Konstatierung der Fleißigkeit und ihrer Ursachen warten aber die Amtsblattleser jetzt nach einer vollen Woche immer noch, d. h., wenn sie überhaupt mehr als die amtlichen Bekanntmachungen lesen. Um so mehr mag finden aber das Blatt für die weiterführenden Ereignisse in einem Schluß oder anderen Verzeichnisse.

Nachdem „Lütel-Mage“ sich vor kurzer Zeit erst in Gestalt einer „Einfunderin“ über die Begehrtheit der Arbeiterfamilien hatte vernehmen lassen, würde es den Spießer auch ganz sonderbar angemerkt haben, wenn er nunmehr hätte lesen sollen, daß die damalige Einfunderin sich etwas aus den Fingern gelogen hat. Ueberdies dürfte das Eingeklandt schon ziemlich alt gewesen sein. — Es scheint als ob es Lütel-Mage einmal irgendwo vor Jahren ausgegabelt und in sein „Paradiesfest“ gelegt hat. Bei der gegenwärtigen Feuerung hat er nun, weil er nichts Eigenes zu sagen wußte, das alte fremde Geistesprodukt hervorgeholt und eine Einfunderin für den darin verzapften Instanz verantwortlich gemacht.

Steglitz-Friedenau.

Arbeiter-Jugendheim. Um den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen außerhalb des Wirtshauses Gelegenheit zu geselligem Spiel und belehrender Unterhaltung durch Vorträge usw. zu geben, hat sich aus Arbeiterkreisen ein Komitee gebildet, welches die Gründung eines Vereins „Arbeiter-Jugendheim“ in die Wege geleitet hat. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet nun bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15, die konstituierende Versammlung des Vereins statt, auch werden dieselbst neue Mitglieder aufgenommen. Da ein derartiges Heim für unsere Jugend dringendes Bedürfnis ist, ersuchen wir die Arbeiterschaft, das Unternehmen tatkräftig zu unterstützen.

Weihensee.

Die Wahl der Vertrauens- und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung findet am Sonntag, den 3. November, von 12-5 Uhr nachmittags, statt. Die Wahlberechtigten mit dem Anfangsbuchstaben A-L wählen im Restaurant „Zum Spatenbräu“, Berliner Allee 292, und M-Z im Restaurant Richter, Berliner Allee 81. Weihensee bildet den Stimmbezirk 8 und umfaßt die Orte Markshof, Lindenberg, Karow, Heinersdorf, Annedelfarten zur Angestelltenversicherung sind zu haben im Verwaltungsgebäude Viktoriuststraße 27, sowie bei den Restaurateuren Fritz Preuß, Berliner Allee 19, Gustav Peufert, Berliner Allee 251, Gustav Schlegel, Gustav-Adolfstraße 169 und bei dem Obmann des Wahlkomitees Johann Jäger, Ledderstraße 71, 3 Treppen.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (S. 71.) Vorkundmachung am Dienstag, den 1. Oktober 1912, abends 9 Uhr, im Restaurant Jüdenstr. 18/19.

Marktbericht von Berlin am 28. Septbr. 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeidirektors. Marktpreisliste (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Speisebohnen, weiße, 30,00-30,00. Linen 35,00-35,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00-8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Kaula 1,80-2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,60-1,90. Schweinefleisch 1,60-2,40. Kalbfleisch 1,50-2,40. Hammelfleisch 1,70-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,00-6,00. 1 Kilogramm Karpen 1,40-2,40. Kalle 1,60-3,20. Jander 1,60-3,00. Heide 1,60-2,80. Barde 1,00-2,40. Schote 1,60-3,20. Nixe 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 1,00-30,00.

Witterungsübersicht vom 30. September 1912.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Wolkenlage	Temp. in °C (Tag u. Nacht)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Wolkenlage	Temp. in °C (Tag u. Nacht)
Swinemünde	767	SO	3heiter	6	Saparanda	756	W	4bedeckt	8
Danzburg	765	SO	4Dunst	6	Petersburg	766	W	2bedeckt	9
Berlin	764	SO	2heiter	5	Schiff	747	NO	2bedeckt	11
Frankfurt a. M.	763	NO	1heiter	7	Usterden	759	SO	4bedeckt	11
München	765	SO	1heiter	5	Paris	755	SO	3bedeckt	14
Wien	766	SO	2heiter	8					

Wetterprognose für Dienstag, den 1. Oktober 1912.

Ein wenig wärmer, vielwolbig mit etwas Regen und heißen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 9. 1912	seit 29. 9. 1912	Wasserstand	am 29. 9. 1912	seit 29. 9. 1912
Remel, Müggel	192	-8	Saale, Großh.	88	-4
Regel, Havel	20	-2	Havel, Spandau	32	-2
Beißel, Havel	168	-16	Kaisersberg	16	-8
Oder, Ratibor	169	-8	Spree, Spremberg	100	-10
„ Krosen	179	-9	„ Bestrom	78	+2
„ Frankfurt	192	-6	„ Wenden	138	-3
„ Scharn	36	-2	„ Rindem	222	-4
„ Landsberg	4	+2	„ Rhein, Maximiliansau	412	-9
„ Rade	4	+4	„ Roud	210	-7
„ Elbe, Zeitz	59	-7	„ Rölln	199	-8
„ Dresden	56	-2	„ Redar, Dellbrom	75	-14
„ Elbe	211	-5	„ Rain, Gnanu	138	-2
„ Magdeburg	166	-7	„ Josef, Arier	39	-4

+) + bedeutet Suhd. — Fall —) Unterpegel.

Bettfedern I Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betrieb

Berlin S77, Prinzenstr. 46 u. 47

**Beste
Bettenfüllung:**
(geartet, geschüttet)

Monopol-Daunen

3-4 Pfund zum
grossen Oberbett
Pfund
285 Mark

Bettfedern

Grüne Federn Pfd. 55 Pf.
Konturfedern Pfd. M. 1.-, 1.25
Enten-Halbdunen Pfd. M. 1.75
Gemischte Rappfedern
Pfd. M. 2.-
Halbwelisse Halbdunen
Pfd. M. 2.50
Gänsefedern (zum Relassen)
Pfd. 60 Pf.
Welisse Halbdunen
Pfd. M. 3.-, 3.50, 4.50, 5.00
Schliefefedern, halbwelisse
Pfd. M. 1.50
Welisse Schliefefedern
Pfd. M. 2.-, 2.50, 3.-
Kettwelisse Schliefefedern
Pfd. M. 3.50, 4.50, 5.-
Oderbruch-Gänsechliefefedern
m. Daunen Pfd. 1.50

Daunen

Russische Watadunen
(ges. gesch.) Pfd. M. 3.50
Welisse Daunen Pfd. M. 5.-
Prima hellwelisse Daunen
Pfd. M. 6.50
Hochf. böhm. Daunen
Pfd. M. 9.- (3/4-5 Pfd. u. Oberb.)

Bei Vorzeigung des Inserats:



Bettstelle

Nr. 92

mit Zugfeder-Matratze,
Pfosten 26 mm stark,
mit Messing-Verzierungen
im Kopf- u. Fussende, schwarz
lackiert.

Weiss lackiert 50 Pf. mehr

180x60
L. 19⁵⁰

180x90
L. 21.-

Preisliste und Proben kostenfrei.

Fertige Betten

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)

von grau-rot Waterstout, gefüllt 12- reichlicher gefüllt 15-
mit grauen Federn Stand M. 24.50 28.50 32.50
von grau-rot od. rot-rosa Köperstout, gefüllt 24.50 28.50 32.50
mit Esenfedern Stand M. 24.50 28.50 32.50
von echt türkisch-rottem Inlett (Unterbett Dreil) gefüllt 39.-
mit Halbdunen und Federn Stand M. 46.-, 55.-, 63.- bis 105.-
Bessere Betten M. 46.-, 55.-, 63.- bis 105.-

Fertige Bettinlette

Köper-Inlett rot, rot-rosa, grau-rot
Oberbett 120x200: Mark 3.60, 4.20, 4.80, 5.70
Kissen 80x75: Mark 0.90, 1.05, 1.20, 1.45
Unterbett 120x200: Mark 3.00, 3.50, 4.00, 4.75
Inlett rot, rot-rosa, braun
Oberbett 120x200: Mark 3.60, 3.-, 3.80
Kissen 80x75: Mark 1.95, 2.20, 2.75
Dreil rot, rot-rosa, braun, 100x200-M. 6.00, 6.40, 6.80, 7.40

MAGGI'S Suppenartikel

MAGGI'S Würze MAGGI'S Bouillon-Würfel MAGGI'S Suppen
sind die besten!

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 1. Oktober.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Der Biermahlstädter See und der Goldhaid.
Anfang 7 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Tristan und Isolde.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Schauspielhaus. 1812. Deutsches. Tolentanz.
Virtuos Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Russ. Rattenhahn. Festung. Karrenzug. Mammertspiele. Mein Freund Teddy. Deutsches Schauspielhaus. Gläubiger. Mit dem Feuer spielen. Theater am Kollendörferplatz. Der Phönix in der Unterwelt. Montis Operetten. Goldener Leichtsin.
Auriferen-Oper. Der Auferstehende. Romdickhaus. Die Jatin. Berliner. Große Hofjungen. Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleinod. Der Unvergleichliche. Der Herzog seiner Gattin. Gottschend Geburtdag.
Schiller O. Des Pfarrers Tochter von Studeldorf.
Charlottenburg. Der Talsman.
Neubau. Der Herr von Nr. 19. Thalia. Antiolethen. Apollo. Spezialitäten. Vorfage. Spezialitäten. Reichshallen. Die Nacht der Töne.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zirkus Busch. So'n Bindhund. Friede. Wilt. Schauspielhaus. Die feuchte Sulanne. Apollo. Spezialitäten. Vorfage. Spezialitäten. Folies Caprice. Der feuchte Jofeph. Der Rehdod.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Kanarienvogel.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Gisballett: Doonze.
Opernvorstellung. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Ballett-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Studeldorf.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Studeldorf.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. — Die Medaille.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Talsman.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Talsman.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Theater am Kollendörferplatz (Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Gastspiel des Münchener Künstler-Theaters:
Orpheus in der Unterwelt.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr zum erstenmal: Goldgrüner.
Vorher:
Mit dem Feuer spielen.
Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater)
Abends 8 Uhr:
Goldener Leichtsin.
Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Reuou und Barre.
Sonntag, 6. Okt., nachm. 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von K. Freund. Musik v. Rud. Wehler. Fänge arrang. von Wilh. Bischof. In Szene gesetzt vom Direktor H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauschen gestattet.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.
Sonnt. 3 Uhr: Der selbige Toupinol.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Nachm. 4 Uhr:
Der Vierwaldstätter See und der Goldhaid.
8 Uhr: Auf's Matterhorn.
Luisen-Theater.
Dienstag auf allgemeines Verlangen: Ich lasse dich nicht.
Mittwoch: Das Käthchen von Sellbrunn.
Donnerstag: Die Weineidgräfin.
Freitag Premiere: Die gelbe Gefahr.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 1/2 Uhr:
Zapfenreich.
Mittwoch: Wilhelm Tell.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Premiere:
Lucy König
Wiener Soubrette-Star.
Berte Brekina
Pariser Soubrette.
Bernhard Moritz, der populärste sächsische Komiker und 8 weitere Novitäten.
Theater Königstadt-Casino.
Polymarktstr. 72. Ecke Alexanderstr. 1. Min. v. Bahn. Tannowidbrücke.
Tägl. abends 8, Sonnt. 5 Uhr:
Gastspiel d. renommierten Verwundlungsschauspielers **Karl Braun** in seiner Szene „Ein Stundel im Restaurant“. Spezialitäten-Programm. Zanktuschelchen. Liebesp. in 1 Akt.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabriaspertie.
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Sonnabend: Herrnfeld-Premiere!
Folies Caprice.
Zum 31. Male
Die drei Schläger:
Der feuchte Jofeph. Der Rehdod. Der Glubrecher.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Eröffnung der Winterhallen. Gr. Orchester: Dirig.: R. Schröder.
Die Nacht der Töne.
Bunteste v. Wehler. Anf. 8 Uhr.
Nächsten Sonntag, den 6. Okt.:
Erste Sonntag-Nachmittags-Vorstellung zu ermäßig. Preisen.
Anfang 3 Uhr. Zum Schluss:
Der Kompagnie-Ball.
Loge 1 R. Balkon 75 Pf. Parquet und Orchesterplatz 50 Pf.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male:
Vorführung des bereits am 19. Dezember 1911 vor den Offizieren der Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrwesens und Vertretern des Luftschiffbataillons gezeigt.
Lenkballons
ohne Bemannung!
(Ingenieur H. Bohle).
Das Luftschiff wird durch drahtlose Stromübertragung vom festen Lande aus gelenkt. U. a. wird das Verfen von Sprengstoffen auf Land- und Seefestigung demonstriert.
Fern:
Houdini!
und das große Gala-Programm.
Zum Schluss
Unter Gorillas.
Original-Pantomimenburleske des Zirkus Busch in 4 Bildern. Besonders hervorzuheben: Gorillas als Menschenrüber! Der Waldbrand! Das große Schlangenballett (24 lebende Riesenschlangen.)
Neue Welt Arnold Scholz
Galenbeide 108/114
Dienstag, den 1. Oktober:
Gastspiel des Voigt-Theaters (früher Bernhard Hofe-Theater)
Drei Paar Schuhe.
Lebensbild in 3 Akten von Karl Götlich. Musik von Corrali.
Vorfage der Blüde: I. Vorfeld 75 Pf., II. Vorfeld 50 Pf., Balkon 50 Pf., Entrée 40 Pf. — Billets im Vorverkauf im Restaurant Neue Welt.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr
Gastspiel der sieben Spasmacher
Schaffner
Passage halten!!!
„Da tut sich was.“
Große Metropolrevue-Revue
Joan Pedro, Fratzi Masselov, Laatsch Messing, Papi Poppi, Kohn Erzbischof, Luido Quatscher.
Pfeifen überall gestattet!

Zirkus A. Schumann
Heute Dienstag, 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sportvorstellung mit einem anserwählt Sportprogramm.
Es wird extra darauf hingewiesen, daß diese Sportvorstellungen nur noch einige Tage dauern. U. a.:
10 Martonis, russischer Troica-Akt.
Willy Manns mit a. 3000 Pfund schweren Schulpferd „Goliath“. Agude Gudzw, Tscherkessent. Champagnerchule Choriten v. Direktor Schumann. und die übrigen Spezialitäten.
Voigt-Theater.
Dienstag, den 1. Oktober 1912:
Gastspiel in der „Neuen Welt“, Galenbeide 108-114.
Drei Paar Schuhe.
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von Karl Götlich.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater
Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das internationale Oktober-Programm
Robert Neesemann, Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlagern. Nerven-Lachfolg des lustigen Stüdes
Der Großfürst.
Sonnt. 4 Uhr: Papas Seitensprung.
Passage-Panoptikum
RAPPO
der größte Entfesselungskünstler der Zeit.
Der Mann mit dem eisernen Schlund! die anatom. Unmöglichkeit. Lebend! Ohne Extra-Entrée!
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



**„Clou 66“: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: Letztes Auftreten
des **Udel-Quartetts** aus Wien. Leiter: Professor Udel.
Berliner Konzerthaus-Orchester
Musik: Kaiser-Franz-Regts. Dirigent: v. Blon, Komp. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Verkäufe.

30% Rabatt Vorwärts... Teppiche... Gardinen... Möbel... Kleider... etc.

30% Rabatt Vorwärts... Gardinen... Kleider... Möbel... etc.

Möbel... Musikinstrumente... Bilder... Fahrräder... etc.

Verkauf... Möbel... Musikinstrumente... Bilder... etc.

Opel... Kaufgesuche... Unterrichts... etc.

Wohnungen... Vermietungen... Arbeitsmarkt... etc.